

Inhalt



6



22



48



62

Politische Entwicklung seit 1947

Übergang in die Unabhängigkeit

Ära der Nehru- und Gandhi-Familien

Wechselnde Regierungen der 1990er-Jahre

Entwicklungen seit 2000

4

5

6

7

9

Gesellschaftliche Strukturen

Bevölkerung und gesellschaftliche Pluralität

Armut und Einkommensverteilung

Gesellschaftliche Konfliktbereiche

Staatliche Sozialpolitik

12

12

14

17

27

Politisches System

Politische Institutionen

Gesellschaftliche Organisationen

30

32

39

Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik

Haltung im Ost-West-Konflikt

Neuausrichtung nach dem

Zusammenbruch der sozialistischen Staaten

Indiens Politik gegenüber seinen Nachbarstaaten

46

46

47

49

Grundzüge der Wirtschaft

Von der Selbstversorgung zur
marktwirtschaftlichen Öffnung

Die Reform von 1991 und ihre Wirkungen

Reformdefizite

54

55

55

58

Indiens Medienlandschaft

Presse

Rundfunk

Fernsehen

Film

66

66

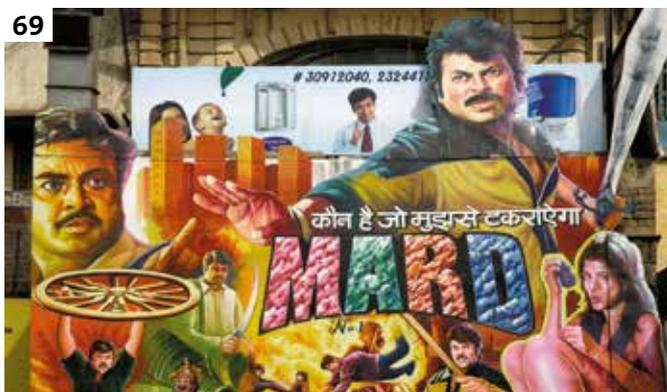
67

68

69



32



69

Bundesstaaten und Unionsterritorien	70
Literaturhinweise	72
Internetadressen	72
Der Autor	74
Impressum	74

Editorial

2017 feierte Indien den 70. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Am 15. August 1947 wurde das Land wie sein Nachbar und dauerhafter Konfliktpartner Pakistan aus der britischen Kolonialherrschaft entlassen. Das Datum gilt vielen als Zäsur, als Anfang vom Ende des Kolonialismus.

Die Inderinnen und Inder sind stolz auf ihr Land: Es fasziniert weltweit durch seine Kultur, seine Buntheit, seine sprachliche, ethnische und religiöse Vielfalt, seine vielgestaltigen Landschaften vom Himalaya bis zum Kap Komorin an der Südspitze des Subkontinents. Jahr für Jahr zieht es Menschen aus aller Welt ins Land, das ihnen als Zentrum und Hort der Spiritualität gilt.

Darüber hinaus hat Indien in den vergangenen sieben Jahrzehnten viel erreicht: Die bevölkerungsreichste Demokratie der Erde ist zu eine der führenden Wirtschaftsmächte Asiens geworden. Sie spielt als anerkannte Atom- und Regionalmacht in der internationalen Politik eine wichtige Rolle und ist u. a. Mitglied der G20-Staaten und der BRICS-Gruppe.

Auch die schiere Größenordnung der indischen Bevölkerung stellt einen gewichtigen Machtfaktor dar: Mit einer Bevölkerung von jetzt schon mehr als 1,3 Milliarden wird Indien seinen direkten Nachbarn und Rivalen China innerhalb der nächsten Dekade übertreffen. Dabei geht die Zahl der Inderinnen und Inder, die in absoluter Armut leben, langsam, aber stetig zurück, während eine kleine, aber wachsende Mittelschicht sich als Motor des Fortschritts etabliert hat, und so in einigen Branchen international konkurrenzfähige Unternehmen entstanden sind. Die Wachstumsraten betragen in den vergangenen Jahren stabil über sieben Prozent.

Doch das große Land steht weiterhin vor immensen Herausforderungen: Es fehlen ausreichende Arbeitsplätze für die jährlich 12 Millionen jungen Menschen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, ebenso wie effektive Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten. Nur ein kleiner Teil der indischen Bevölkerung profitierte vom Boom der vergangenen Jahre. Mehr als zwei Drittel leben immer noch in ärmlichen Verhältnissen auf dem Land oder in den Slums der Millionenstädte und suchen zu mehr als 70 Prozent im informellen Sektor ihr Überleben zu sichern. Bürokratische und gesellschaftliche Verkrustungen behindern das Fortkommen, allgemeine Achtlosigkeit und ein hoher Ressourcenverbrauch sowie die Auswirkungen des Klimawandels belasten die Umwelt und stellen die betroffene Bevölkerung vor existenzielle Gefährdungen.

In den Fokus – auch weltweiter – Öffentlichkeit rückt immer wieder die kritische Situation der Frauen in Indien. Und auch die latent immer schon vorhandene Konfliktlinie zwischen Hindus und Muslimen bereitet Beobachtern zunehmend Grund zur Besorgnis.

Mit umfangreichen Reformprogrammen, beispielsweise der 2014 auf den Weg gebrachten Initiative „Make in India“, will die indische Regierung sich den Herausforderungen stellen. Vieles hängt auch davon ab, ob es Indien gelingt, seine „Einheit in der Vielfalt“ zu bewahren, damit sich der 2007 vom damaligen Premier Manmohan Singh getätigte Ausspruch „Was gut ist für Indien, ist auch gut für die Welt“ bewahrheitet.

Jutta Klaeren



Gegensätze, hier nur durch eine Bahnlinie getrennt: Mumbai, die Hauptstadt des Bundesstaates Maharashtra ist mit 12,5 Millionen Einwohnern die größte Stadt Indiens und ein wichtiges Wirtschafts- und Finanzzentrum mit luxuriösen Hotels, Theatern und Galerien. Gleichzeitig leben dort Millionen Menschen am Rande des Existenzminimums.

JOACHIM BETZ

Politische Entwicklung seit 1947

Seit der Unabhängigkeit hat sich Indien zu einer wirtschaftlichen und militärischen Großmacht in Südasien entwickelt. Das demokratisch regierte, bevölkerungsreiche Land ist ein wichtiger Partner bei der Lösung globaler Herausforderungen. Doch innen- und außenpolitische Spannungen bergen dauerhafte Konfliktpotenziale.

Die indische Union ist mit einer Bevölkerung von derzeit (2016) 1,3 Milliarden der zweitgrößte Staat der Erde und wird trotz sich abschwächender Bevölkerungszunahme bald China überholt haben. Das Land ist damit die größte Demokratie der Welt und hat diesen Charakter über 70 Jahre nach der Unabhängigkeit aufrechterhalten, auch wenn kleine bis mittlere demokratische Schönheitsfehler nicht zu übersehen sind. Das ist allein schon wegen der ausgeprägten Vielfalt der indischen Gesellschaft bemerkenswert, die weltweit kaum eine Parallele hat.

Indien ist in den vergangenen Jahren auch die am schnellsten wachsende Volkswirtschaft unter den großen Entwicklungsländern geworden. Sie verfügt über international konkurrenzfähige Unternehmen und integriert sich zunehmend in die Weltwirtschaft. Die Mittelschicht ist zwar noch relativ klein, wächst aber rasch, während die absolute Armut durchaus noch vorhanden ist, aber eine stark abnehmende Tendenz aufweist. Das Wirtschaftswachstum schlägt sich allerdings nieder in einem steigenden Umweltverbrauch und in einem erheblichen Beitrag zum Ausstoß von Klimagasen in die Atmosphäre.

Nach Jahrzehnten der militärischen Zurückhaltung ist Indien seit 1998 auch faktische Atommacht, weist einen großen, technologisch anspruchsvollen Militärapparat auf und definiert seine Einflusszonen recht großzügig. Das Land ist aufgrund der geschilderten Eigenschaften ein unverzichtbarer Partner bei der Lösung der globalen sicherheits-, umwelt- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen.

Übergang in die Unabhängigkeit

Gesamtindien wurde am 15. August 1947 vergleichsweise überstürzt in die Unabhängigkeit entlassen, dabei allerdings in Indien und Pakistan geteilt. Versuche der britischen Kolonialregierung, zumindest noch eine lockere Einheit zu wahren, hatten nicht gefruchtet. Zu sehr hatten sich die Kongresspartei, die führende Bewegung des indischen Unabhängigkeitskampfes, und die auf einen eigenen Staat hinarbeitende Muslimliga bereits auseinanderentwickelt. Der Teilungsplan des britischen Vizekönigs Lord Mountbatten sah vor, die überwiegend muslimischen Distrikte Pakistan zuzuschlagen, die anderen sollten an Indien fallen. Die bislang halbautonomen Fürstenstaaten, darunter auch Kaschmir, sollten sich für die Zugehörigkeit zu einem der beiden Länder entscheiden.

Der Haken bei dieser Lösung war freilich, dass wegen der Durchmischung der Bevölkerung im vormalig britischen Indien beachtliche religiöse Minderheiten im hinduistisch dominierten Indien bzw. muslimisch dominierten Pakistan verblieben. Entsprechend wurde die faktische Teilung zu einer menschlichen Tragödie: Minderheiten in beiden neuen Staaten wurden zu Hunderttausenden Opfer einer Gewaltorgie; auf beiden Seiten fanden Vertreibungen statt, von denen insgesamt zwölf Millionen Menschen betroffen waren. Der politische und geistige Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung, Mahatma Gandhi, der sich für eine faire Teilung der materiellen britischen Hinterlassenschaft eingesetzt hatte, wurde am 30. Januar 1948 von einem Hindu-Fanatiker erschossen.

Indien wurde aber nicht nur mit Problemen in die Unabhängigkeit entlassen: Anders als viele Entwicklungsländer erbe es von der scheidenden Kolonialmacht einen effizienten Beamtenapparat, eine professionelle Armee, eine unabhängige Justiz und nicht zuletzt ein repräsentatives demokratisches Regierungssystem.

Ein unmittelbares Problem nach der Teilung war die Integration der Fürstenstaaten. Besonders schwierige Fälle stellten Hyderabad und Kaschmir dar. In Hyderabad hoffte der muslimische Herrscher auf internationale Anerkennung seines Territoriums als unabhängiger Staat, brachte aber die Unruhen seiner weitgehend hinduistischen Bevölkerung nicht unter Kontrolle. Indische Truppen marschierten im August 1948 ein.

In Kaschmir regierte ein hinduistischer Maharadscha eine überwiegend muslimische Bevölkerung. Der autoritäre Herrscher suchte trotz gegenläufiger Interessen der Nationalkonferenz, der politisch dominanten Partei in Kaschmir, die Unabhängigkeit und handelte mit Pakistan und Indien ein Stillhalteabkommen aus. Pakistan nutzte die anschließenden internen Unruhen zur Einschleusung von „Freiwilligen“, die später von regulären Truppeneinheiten abgelöst wurden. Der Fürst erbat indische Unterstützung und unterzeichnete ein Beitrittsabkommen. Indien intervenierte daraufhin (erfolgreich) militärisch; die Kämpfe mit Pakistan dauerten jedoch an, bis ihnen 1949 ein von den Vereinten Nationen vermittelter Waffenstillstand ein Ende setzte. Der Waffenstillstand brachte faktisch eine Zweiteilung Kaschmirs. Indien stimmte der Abhaltung eines Referendums zu, bei dem die Bevölkerung später über ihre Zugehörigkeit entscheiden sollte.

Die noch nach der alten Verfassung gewählte Konstituierende Versammlung entwarf nach der Unabhängigkeit die neue Verfassung der indischen Republik. Diese trat 1950 in Kraft und schuf einen föderalen Staat mit starken zentralistischen Elementen. Die neuen Bundesstaaten fassten zunächst Bevölkerungen unterschiedlicher Muttersprachen und kultureller Identität zusammen. Als in den 1950er-Jahren das Begehren nach Schaffung homogener Einheiten wuchs, setzte die Regierung einen Reorganisationsausschuss ein, der die Neubestimmung der Grenzen auf Grundlage der Muttersprache der Bewohner vornahm. 1952 fanden in Indien die ersten freien Wahlen statt, aus denen die Kongresspartei als weitaus stärkste politische Kraft hervorging.



1947 verhandelt Lord Mountbatten (2. v. re.) mit Jawaharlal Nehru (2. v. li.) und Muhammad Ali Jinnah (re.) über die Unabhängigkeit Britisch-Indiens. Das Ergebnis ist eine Teilung in die Staaten Indien und Pakistan (Bild links). In den folgenden ethnisch-religiösen Auseinandersetzungen sterben eine Million Menschen und mehrere Millionen werden aus ihrer bisherigen Heimat vertrieben. Muslime fliehen aus Neu-Delhi nach Pakistan (Bild rechts).



Ära der Nehru- und Gandhi-Familien

Der erste Premierminister des unabhängigen Indien, Jawaharlal Nehru (1889–1964), glaubte fest an die Demokratie als beste und einzig mögliche Regierungsform, um Indien zusammenzuhalten und den erwünschten sozialen Fortschritt zu erzielen. Unter seiner Führung wurden in den 1950er-Jahren Gesetze verabschiedet, die die Emanzipation der indischen Frauen (Verbot der Polygamie und der Mitgift, Erbberechtigung) und Landreformen durchsetzen sollten. Ihre Wirksamkeit blieb angesichts mangelnder praktischer Umsetzung jedoch eingeschränkt. Als effektivstes Entwicklungsinstrument wurde eine „gemischte Wirtschaft“ aus plan- und privatwirtschaftlichen Elementen angesehen, die über Fünfjahrespläne gelenkt werden sollte; der Staat besetzte die Kommandohöhen der Wirtschaft und schirmte diese zunehmend gegenüber dem Weltmarkt ab.

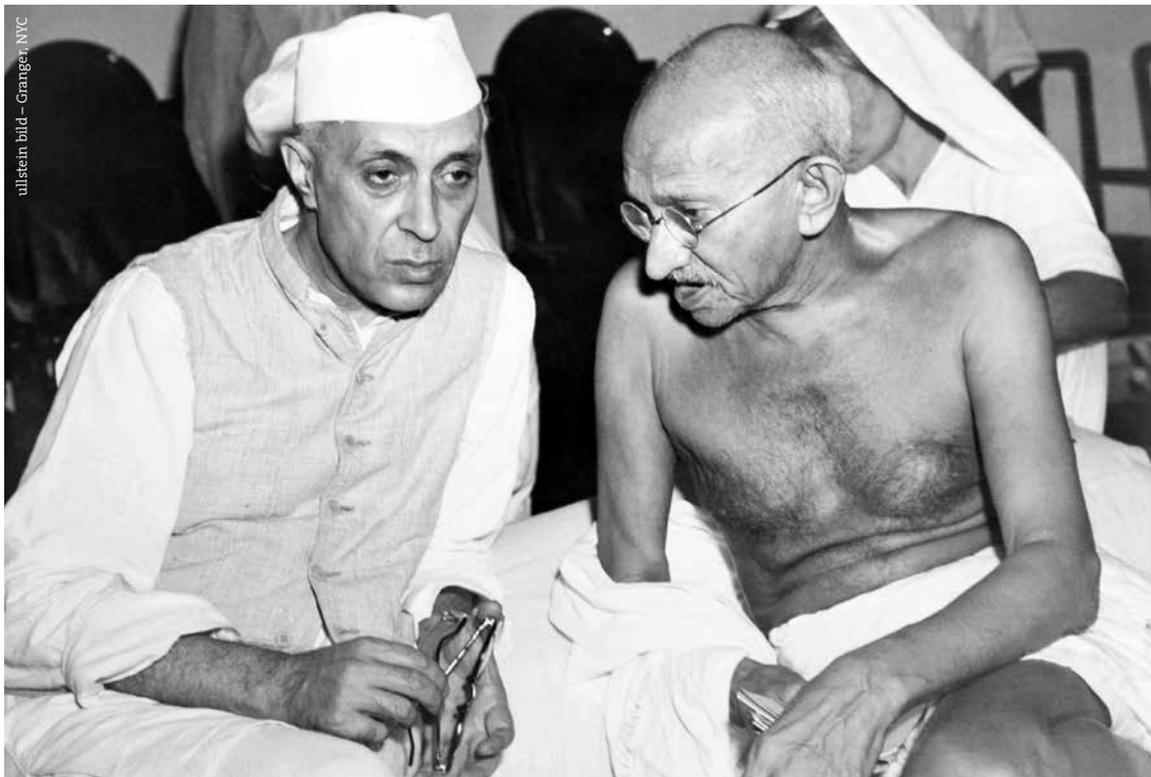
Nehrus Außenpolitik war zunächst geprägt von Antimilitarismus und dem Glauben, dass Indien von niemand bedroht werde. Ihre Pfeiler waren asiatische Solidarität, Blockfreiheit und Unterstützung multilateraler Bemühungen zur Friedenswahrung. Mit dieser Politik gewann Indien stärkeren internationalen Einfluss, als es seiner realen Macht entsprach. Die territoriale Expansion der Volksrepublik China wurde zu lange ignoriert: Die chinesische Besetzung des von Indien reklamierten Aksai Chin (nordöstliches Kaschmir) und nachfolgende ergebnislose Grenzverhandlungen führten zum indisch-chinesischen Krieg (1962), zu einer raschen Niederlage Indiens und einem entsprechenden Prestigeverlust.

Nehru starb 1964. Die einflussreichsten Führer der Kongresspartei wählten den als wenig durchsetzungsfähig geltenden Lal Bahadur Shastri zum Nachfolger. Einem ähnlichen Kalkül verdankte zwei Jahre später Indira Gandhi (1917–1984, Tochter Jawarhalal Nehrus, kein familiärer Bezug zu Mahatma Gandhi)

ihr Amt als Premierministerin. Angesichts wachsender politischer und wirtschaftlicher Probleme entwickelte sie einen schnell autoritärer werdenden Führungsstil, verdrängte innerparteiliche Konkurrenten und ergriff zunehmend populistische Maßnahmen. Sie verstaatlichte die Banken, schaffte die Fürstenprivilegien ab und konnte im Wahlkampf von 1971, den sie unter das Motto der Armutsbekämpfung stellte, der Kongresspartei eine Zweidrittelmehrheit verschaffen.

Die sich ab Anfang der 1970er-Jahre zuspitzende Wirtschaftskrise zwang Indien 1974, um einen Beistandskredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) nachzusuchen. Protestbewegungen gegen die Misswirtschaft der Kongresspartei, Streiks und eine nationale Kampagne zu ihrer Ablösung beantwortete die Premierministerin mit Repressionen und Einschränkung der Bürgerrechte. Im Juni 1975 ließ sie den Ausnahmezustand erklären, der erst kurz vor den Wahlen 1977 gelockert wurde.

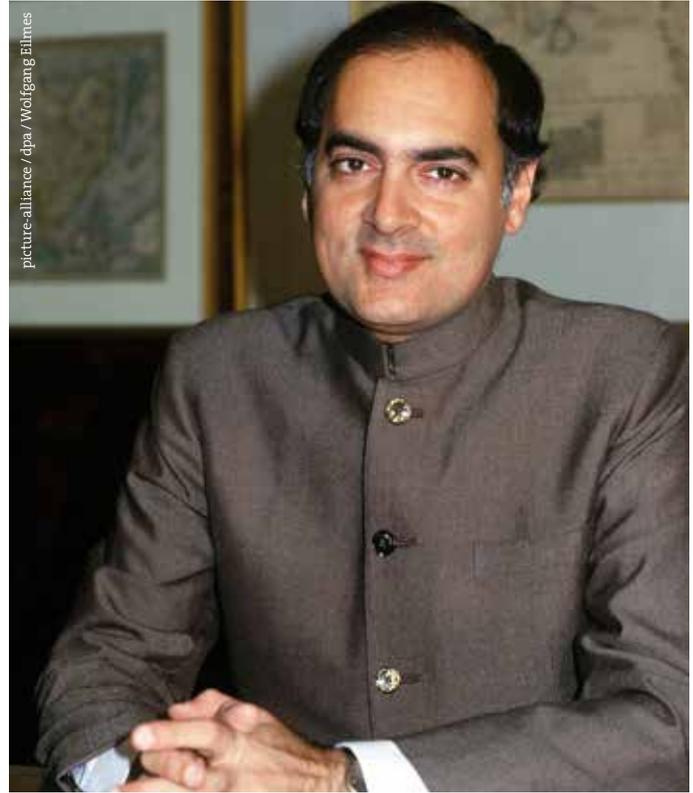
Die Oppositionsparteien konnten mit der Bildung einer heterogenen Koalition, der *Janata Party (JNP)*, vorübergehend die Macht erobern und unbestreitbare Leistungen – so vor allem die Rücknahme von AusnahmeGesetzen der Notstandszeit – erzielen, rieben sich aber in internen Auseinandersetzungen auf. In den Wahlen von 1980 errang die Kongresspartei erneut eine Zweidrittelmehrheit und Indira Gandhi kehrte an die Macht zurück. Ihre zweite Amtsperiode war von zunehmenden politischen und religiösen Konflikten sowie Kastenkonflikten geprägt. In Assam und im Punjab bildeten sich separatistische Bewegungen. Im Juli 1984 ließ die Premierministerin den Goldenen Tempel von Amritsar im Bundesstaat Punjab stürmen. Dort, im höchsten Heiligtum der Sikhs, hatten sich radikale Separatisten verschanzt, die einen autonomen Sikh-Staat forderten. Ende Oktober 1984 fiel Indira Gandhi einem Attentat ihrer Sikh-Leibwächter zum Opfer.



Jawaharlal Nehru (li.) wird der erste Premierminister des unabhängigen Indien. Wegweisend für seine Regierungsführung sind die Prinzipien Mahatma Gandhis (im Bild mit Nehru 1946). Gandhi, der politische und geistige Führer der Unabhängigkeitsbewegung, fällt 1948 einem Attentat zum Opfer.



akg-images



picture-alliance / dpa / Wolfgang Ehlmes

Seit 1947 leitet die Nehru-Gandhi-Familie fast durchgehend die Kongresspartei. Bis 1989, von zwei kurzfristigen Unterbrechungen abgesehen, stellt sie die Premierminister. Nehrus Tochter Indira Gandhi – hier beim Start eines Bewässerungsprojektes 1971 – regiert bis 1984, ihr Sohn Rajiv Gandhi bis 1989. Beide fallen Attentaten zum Opfer.

Fast handstreichartig wurde ihr Sohn, Rajiv Gandhi, damals Generalsekretär der Kongresspartei, zum Nachfolger bestimmt und in den Wahlen vom Dezember 1984 triumphal bestätigt. Er leitete mutige Schritte zur Liberalisierung der staats- und binnenwirtschaftlich orientierten indischen Industrie ein, brachte konfliktmindernde Vereinbarungen mit den Separatisten in Assam und vor allem im Punjab zustande und befriedete sezessionistische Bestrebungen im indischen Nordosten. Doch seine Regierung wurde durch interne Auseinandersetzungen und Korruptionsaffären im Zusammenhang mit Rüstungskäufen geschwächt, die auch den Premierminister ins Zwielflicht brachten. 1987 verließen etliche Minister das Kabinett, darunter Vishwanath P. Singh, der mit seinen Anhängern eine neue Oppositionspartei gründete. Der Kongress erlitt bei den Parlamentswahlen Ende 1989 daher eine empfindliche Niederlage.

Die Macht übernahm die „Nationale Front“, eine (Minderheits-)Koalition vorwiegend aus Regionalparteien, die in den Jahren zuvor schon an Bedeutung gewonnen hatten. Sie bildete mit Duldung der hindu-nationalistischen *Bharatiya Janata Party (BJP)*, die selbst erhebliche Stimmengewinne verzeichnet hatte, eine Minderheitsregierung, der V.P. Singh als Premier vorstand, scheiterte aber schon nach einem Jahr an internen Spannungen.

V.P. Singh versuchte daraufhin, seine Wählerbasis durch Begünstigung der niederen Kasten (der *other backward castes, OBCs*) zu verbreitern: Bundesweit sollten – zusätzlich zur bereits praktizierten Reservierung von Stellen im öffentlichen Dienst für Dalits (die sogenannten Unterdrückten) und Adivasi (hindi, dt.: „erste Menschen, erste Siedler“, die hauptsächlich in den Berg- und Waldregionen lebende indigene Bevölkerung, siehe S. 20) – weitere Stellen für Angehörige der OBCs reserviert werden. Die Ankündigung rief massive Proteste hervor,

vor allem bei Studierenden aus höheren Kasten, die ihre Karriereaussichten geschmälert sahen.

Dazu kamen religiöse Konflikte um die Moschee im nordindischen Ayodhya, die militante Hindus als Geburtsort des Gottes Rama (auch Ram) ansahen und für sich beanspruchten. Die hindu-nationalistische BJP unterstützte dieses Anliegen und inszenierte im Sommer 1990 eine Massenprozession zum Heiligtum. Als die Regierung diese im Oktober gewaltsam aufhalten ließ, entzog die BJP ihr die Unterstützung.

Wechselnde Regierungen der 1990er-Jahre

Nach dem kurzen Intermezzo einer im November 1990 gebildeten weiteren Minderheitsregierung wurden für Ende Mai 1991 Neuwahlen angesetzt. Der Wahlausgang war noch völlig offen, als Rajiv Gandhi am 21. Mai auf einer Wahlveranstaltung in Südindien dem Selbstmordattentat einer tamilischen Terroristin zum Opfer fiel. Getragen von der Sympathiewelle für den Ermordeten legte die Kongresspartei bei den Unterhauswahlen deutlich zu. Narasimha Rao wurde der erste Premier ohne Verbindung zum Nehru-Gandhi-Clan.

Er ernannte Manmohan Singh, einen Wirtschaftsliberalen, dem man zutraute, die schwere Wirtschaftskrise zu beheben, zum Finanzminister. Unmittelbaren wirtschaftlichen Notstandsmaßnahmen folgten später marktwirtschaftliche Reformen, die das Ende der noch von Nehru initiierten „gemischten Wirtschaft“ einläuteten. Politisch konnte der Premier seine innerparteiliche Position festigen, bis fanatisierte Hindus im Dezember 1992 die Moschee in Ayodhya erstürm-



Radikale Hindus zerstören im Dezember 1992 die Babri-Moschee in Ayodhya, Uttar Pradesh, mit dem Ziel, an deren Stelle einen Tempel zu Ehren des Hindu-Gottes Rama zu errichten. Die Aktion löst landesweit Unruhen aus, die rund 1200 Menschen das Leben kosten. Eine Verurteilung des Vorfalls durch die Regierung bleibt aus.

ten und zerstörten. Die Regierung reagierte darauf zwar mit der Absetzung von BJP-geführten Landesregierungen, die den militanten Hindu-Organisationen nahestanden. Sie ließ aber den politischen Mut vermissen, die Aktion zu verurteilen; das Image der religiösen Neutralität des Staates war damit stark beschädigt.

Der schon länger anhaltende Niedergang der Kongresspartei und der Aufstieg der hindu-nationalistischen BJP, die beide aber keine absolute Mehrheit erringen konnten, sondern der Unterstützung einer größeren Anzahl stärker gewordener Regionalparteien bedurften, läuteten eine Periode mäßig stabiler Regierungen ein, die erst 2014 zu einem vorläufigen Ende kam.

Bei den Wahlen 1996 erlitt die Kongresspartei wegen eines spektakulären Bestechungsskandals und Absplitterungen interner Gruppen eine schwere Niederlage, die davon begünstigte BJP brachte aber keine Regierungsmehrheit zustande. Darauf übernahm eine lose Verbindung von Kleinparteien die Regierung, die der Duldung durch die Kongresspartei bedurfte. Diese wurde ihr alsbald entzogen.

Daraufhin bildete sich unter Inder Kumar Gujral als Regierungschef – auf nochmals verkleinerter Basis – erneut eine wiederum von der Duldung der Kongresspartei abhängige Koalitionsregierung von Kleinparteien. Diese zeichnete sich zwar nicht durch innenpolitische Erfolge aus, betrieb aber erstmals eine recht konstruktive, nachbarschaftliche Außenpolitik. Sie startete einen Dialog mit Pakistan und brachte endlich einen Vertrag mit Bangladesch zur Teilung des Gangeswassers zuwege. Mit China wurden vertrauensbildende Maßnahmen zur Minderung des Grenzkonflikts vereinbart. Auch dieser Regierung entzog die Kongresspartei (1997) die Unterstützung, weil eine der Koalitionsparteien bei der Ermordung Rajiv Gandhis eine zumindest zwiespältige Rolle gespielt hatte.



1998 offenbart sich Indien als faktische Atommacht. Maßstabsgetreue Nachbildung einer Mittelstreckenrakete, die über 200 Kilometer nukleare Sprengköpfe transportieren kann, in Mumbai 1998

Die Neuwahlen 1998 setzten den Siegeszug der BJP fort; sie bildete eine Koalitionsregierung mit 16 Partnern, was sie zu deutlicher Mäßigung ihrer hindu-radikalen Agenda zwang: Die wirtschaftliche Liberalisierung wurde fortgesetzt, der Tempelbau in Ayodhya verschoben, das muslimische Zivilrecht blieb unangetastet. Das dadurch aufgebrachte hindu-nationalistische Vorfeld konnte teilweise durch die im Mai 1998 durchgeführten Nukleartests besänftigt werden, mit denen sich Indien als faktische Atommacht offenbarte. Die Tests wurden in Indien frenetisch gefeiert, allerdings waren sie von sich unmittelbar anschließenden pakistanischen Tests, internationaler Verurteilung und harten, allerdings bald wieder gelockerten Wirtschaftssanktionen der Industriestaaten begleitet.

Die von der BJP geführte Regierung kam durch die Intrige eines Partners zu Fall, wurde aber gleichsam begünstigt durch die Invasion pakistanischer Verbände in einer Region Kaschmirs (Kargil), die durch den Einsatz der indischen Armee und Luftwaffe entschlossen, aber sehr besonnen zurückgeschlagen wurden, unterstützt durch amerikanischen Druck auf Pakistan. Daher siegten die BJP und ihre Allianzpartner mit deutlichem Vorsprung bei den vorzeitigen Wahlen 1999.

Entwicklungen seit 2000

Ein großer Erfolg für Indien war der Staatsbesuch des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton im März 2000, bei dem trotz fortbestehendem Dissens in der Nuklearfrage eine strategische Partnerschaft vereinbart und Indien zum bevorzugten Partner der USA in Südasien gekürt wurde. Das Jahr darauf stand unter den Rückwirkungen der islamistischen Anschläge vom 11. September in den USA und des globalen Antiterrorkampfes, für den Indien den Vereinigten Staaten volle Unterstützung zusagte.

Dominiert wurde die politische Agenda ferner von einer Verhärtung der Fronten beim Tempelbau in Ayodhya. Die aufgeheizte Stimmung entlud sich in einem Anschlag auf Hindu-Aktivistinnen in Gujarat im Frühjahr 2002, dem ein Pogrom gegen die Muslime in diesem Staat folgte. Hierbei leistete ganz offenkundig die BJP-Landesregierung unter Regierungschef (*Chief Minister*) Narendra Modi Hilfestellung.

Angesichts einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung setzte die Zentralregierung 2004 frühzeitige Wahlen an, erlitt aber entgegen allen Prognosen eine deutliche Niederlage. Gründe hierfür waren, dass sich die Kongresspartei anders als früher rechtzeitig um Koalitionspartner bemüht hatte und dass die günstige Wirtschaftsentwicklung an benachteiligten Bevölkerungsteilen vorbeigegangen war.

Die neue, von der Kongresspartei unter Premier Manmohan Singh geführte Regierung bemühte sich daher, die Interessen marginalisierter Gruppen stärker zu berücksichtigen. Am eindrucksvollsten war diesbezüglich der Start eines landesweiten Programms garantierter Beschäftigung (für 100 Tage) auf dem Land (siehe auch S. 29). Die Orientierung auf die von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen war schon deshalb nötig, weil die neue Regierung auf die Unterstützung der in der parlamentarischen Opposition befindlichen kommunistischen Parteien angewiesen war.

Sie setzte die Außenpolitik der Vorgängerin fort, insbesondere die weitere Annäherung an die USA und den umfassenden Dialog mit Pakistan über vertrauensbildende Maßnahmen.

Massaker an Muslimen: Urteile nach 14 Jahren

[...] Ein indisches Sondergericht hat elf Angeklagte wegen eines Massakers an Muslimen im Jahr 2002 zu lebenslanger Haft verurteilt. Ein weiterer Täter erhielt eine Gefängnisstrafe von zehn, zwölf andere von sieben Jahren. Im Bundesstaat Gujarat hatte ein hinduistischer Mob von tausenden Menschen eine vorwiegend muslimische Siedlung in der Stadt Ahmedabad angegriffen, Anwohner aus den Häusern gezerrt, gelyncht und das Viertel in Brand gesteckt. Ein Richter nannte das Massaker „den dunkelsten Tag in der Geschichte der Zivilgesellschaft“.

Bei den Ausschreitungen wurden 69 Menschen getötet, unter ihnen der Parlamentsabgeordnete Ehsan Jafri, der vergeblich versucht hatte, die Polizei zum Einschreiten zu bewegen. Jafri soll erst verstümmelt und dann bei lebendigem Leibe verbrannt worden sein. Anfang Juni hatte das Gericht die 24 Täter für schuldig befunden und 36 weitere Angeklagte wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft hatte für alle die Todesstrafe gefordert.

Das Massaker in der Gulbarg-Society-Siedlung war eine Reaktion auf den Brand eines Zuges mit hinduistischen Pilgern, bei dem 60 Menschen starben. Gerüchte, der Zug sei von Muslimen angezündet worden, stellten sich später als haltlos heraus. In den drei Tage dauernden Pogromen in Gujarat wurden mehr als 1000 Menschen getötet, die meisten waren Muslime. Laut dem Sondergericht war der Angriff auf die Gulbarg-Siedlung nicht geplant.

Unter den Verurteilten ist auch Atul Vaid, ein bekannter Ayurveda-Heiler und Mitglied einer rechtsradikalen Organisation, die unter anderem Angriffe auf Kirchen in Indien verteidigt. Vaid erhielt eine Haftstrafe von sieben Jahren. Das Gericht hörte mehr als 330 Zeugen.

Der indische Ministerpräsident Narendra Modi von der hindu-nationalistischen Partei BJP war damals Regierungschef des Bundesstaats Gujarat. Ihm wurde vorgeworfen, die antiislamische Stimmung nach dem Zugbrand geschürt zu haben. Das Oberste Gericht sprach ihn 2012 allerdings frei. [...]

epd – Evangelischer Pressedienst, Juni 2016



Ausgangspunkt für weitere Ausschreitungen: Brandanschlag auf einen mit Hindu-Pilgern besetzten Zug bei Godhra, Gujarat, 2002



Im Zuge des Dialogs mit Pakistan ab 2004 werden Verkehrsverbindungen wiedereröffnet. Indisch-pakistanischer Grenzverkehr bei Wagah, dem einzigen Grenzübergang zwischen Lahore, Punjab (Pakistan), und Amritsar, Punjab (Indien), 2006

Letzterer führte zu einer ganzen Reihe von Verbesserungen, vor allem auch zur Wiedereröffnung von Verkehrsverbindungen und Konsulaten und zu einer vorsichtigen Annäherung im Kaschmirkonflikt. Mit den USA wurde 2005 ein weit gefasstes Abkommen zur Verteidigungspartnerschaft geschlossen und später globale Partnerschaft vereinbart. Indien wurde von den USA damit als De-facto-Atommacht anerkannt, in Vorbereitung des indisch-amerikanischen Nuklearvertrags.

Die interne Sicherheitslage entwickelte sich weniger positiv; die sogenannten Naxaliten, also militante Landbesetzer und ihre politische Führung, breiteten ihre Aktivitäten bedrohlich auf zahlreiche Landesteile aus. Den Naxaliten versuchten die Zentralregierung und die Landesregierungen durch die Aufstellung von zusätzlichen Sicherheitskräften beizukommen. Spektakuläre Anschläge in Mumbai, ausgeübt von extremistischen Gruppen aus Pakistan, verschlechterten erneut die Beziehungen zum Nachbarland.

Wirtschaftlich machten sich mit einer gewissen Verzögerung die Auswirkungen der globalen Finanzkrise bemerkbar. Innenpolitisch war 2008 von Bedeutung, dass die kommunistischen Parteien nach der Verabschiedung des indisch-amerikanischen Nuklearabkommens der Kongresspartei die Partnerschaft aufkündigten. Trotz aller Widrigkeiten errang ein Parteienbündnis unter Führung der Kongresspartei bei den Wahlen 2009 eine komfortable Mehrheit. Dabei spielten die Effekte der neuen Sozialprogramme eine wichtige Rolle. Die Regierung versuchte, die Wirtschaft durch ein umfangreiches Konjunkturprogramm zu beleben, das alsbald, unterstützt durch steigende Ölpreise, zu wachsenden Defiziten und beschleunigter Inflation führte.

Hinzu kamen in den Jahren 2010 bis 2012 massive Korruptionsskandale beim Verkauf von Kohleförderungs- und Breitbandlizenzen, die das Vertrauen in die Regierung zu erschüttern begannen. In der Folge organisierten zivilgesellschaftliche Gruppen eine Antikorruptionsbewegung, die die Regierung unter Zugzwang setzte. Sie legte ein Gesetz zur Schaffung eines Ombudsmanns vor, das die Aktivisten jedoch als nicht weitgehend genug kritisierten, woraufhin die Proteste landesweite Dimensionen erreichten. Zusammen mit der wirtschaftlichen Abkühlung und steigender Inflation, vor allem bei Grundnahrungsmitteln, sowie mit zu späten und allzu zögerlichen Reformansätzen führte dies zu Niederlagen der regierenden Parteien bei etlichen Landtagswahlen, die diese weitgehend lähmten.

Der hohe Wahlsieg der BJP im Mai 2014 war dennoch für die meisten Beobachter überraschend. Zum ersten Mal seit Langem hatte eine Partei wieder die absolute Mehrheit der Sitze errungen, die Kongresspartei wurde geradezu dezimiert, die Regionalparteien sahen sich mit dem vorläufigen Ende ihres Aufstieges konfrontiert.

Die neue Regierung unter dem energischen, aber auch kontrovers beurteilten Premierminister Narendra Modi machte sich alsbald daran, Indien zu dynamisieren. Wesentliche Programmpunkte waren die Beschleunigung und Verbreiterung des industriellen Wachstums (Kampagne „Make in India“), die flächendeckende Ausstattung der indischen Bevölkerung mit Ausweispapieren und Bankkonten zur einfacheren und korruptionsfreien Umsetzung der Sozialprogramme und die Erleichterung von in- und ausländischen Investitionen (auch durch beschleunigte, elektronisch verarbeitete Genehmigungen).

Außenpolitisch wurden zunächst die kleineren Nachbarstaaten Bangladesch, Bhutan, Nepal und Sri Lanka umworben – auch, um sie von der Einflussnahme Chinas zu lösen. Später wurden die Beziehungen zu den USA vor allem in der sicherheitspolitischen Kooperation auf eine neue Stufe gehoben. Dabei zeichnet sich auch ein leichtes Abrücken von der bisherigen indischen Außenpolitik ab, faktische Allianzbildungen zu vermeiden.



Narendra Modi, Spitzenkandidat der hindu-nationalistischen BJP, beim Wahlkampfauftritt in der Nähe von Bengaluru, Karnataka. Seine Partei gewinnt 2014 die bundesweiten Parlamentswahlen. Seither regiert er als Premierminister das Land.

Beginn einer stolzen Nation und eines anhaltenden Traumas

Das neue Indien wurde buchstäblich über Nacht geboren. Nach Jahren des erbitterten Kampfes gegen die Unabhängigkeitsbewegung konnte es dem vom Zweiten Weltkrieg erschöpften Großbritannien nun auf einmal nicht mehr schnell genug gehen, sich von dem Kronjuwel des Empire zu trennen. Der im Auftrag der britischen Regierung entsandte Lord Louis Mountbatten zog den geplanten Abzug sogar um ein Jahr auf den 15. August 1947 vor. „Punkt Mitternacht, während die Welt schläft, wird Indien zu Leben und Freiheit erwachen“, sagte Jawaharlal Nehru, der erste Ministerpräsident des freien Landes, in seiner Ansprache, als der südasiatische Subkontinent von den Fesseln der Kolonialherrschaft befreit wurde.

Doch für Indien bedeutete das Ende der Unterdrückung auch den schmerzhaften Prozess der Teilung. Entlang einer hastig von dem Anwalt Cyril Radcliffe gezogenen Grenze wurde das ehemalige Herrschaftsgebiet des *British Raj* in zwei Länder getrennt. Der eine Staat, das damals noch in einen westlichen und einen östlichen Teil gesplante Pakistan, sollte die Heimat der Muslime werden. Der andere, die Republik Indien, vereinigte die überwiegende Mehrheit der Hindus und die Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften in einem eigenen Staatsgebilde. Der indische Unionsstaat konnte sich zwar auf die Tradition einer jahrtausendealten Kultur berufen, hatte aber kein wirkliches historisches Vorbild. Sowohl in der Zeit der Briten als auch in der der Großmoguln war Indien nur durch Fremdherrschaft zusammengehalten worden.

Für die Inder steht am Unabhängigkeitstag bis heute deshalb auch die positive Geschichte ihrer Emanzipation im Vordergrund. Mit dem Datum verbinden sie den Beginn einer stolzen Nation, eines säkularen Staats, in dem Hindus, Muslime, Christen und Sikhs nebeneinander leben können, sowie den Anfang der größten Demokratie der Welt. Doch das Trauma der Teilung belastet auch hier die Erinnerungen. Die Geschichten von Vertreibung, Flucht und Tod sind zum Gegenstand der Literatur und in Bollywood-Filmen geworden, so etwa in Khushwant Singhs Roman „Der Zug nach Pakistan“. Millionen wurden getötet und vertrieben. Frauen wurden vergewaltigt, verschleppt und zur Heirat gezwungen. Doch die Geschichtsschreibung konzentrierte sich lange auf politische Führungsfiguren wie Nehru, Gandhi und den pakistanischen Gründervater Muhammad Ali Jinnah. Das erste Museum zur Teilung hat sogar erst vor kurzem in Amritsar eröffnet.

[...] [M]it der hastigen Aufspaltung des Landes in Pakistan und Indien und dem später aus Ost-Pakistan hervorgegangenen Bangladesch [wurde] der Samen für die Probleme gesät, die Südasien nun seit Jahrzehnten plagen. Die Entstehung der indisch-pakistanischen Erzfeindschaft, die zu einem nuklearen Wettrüsten geführt hat, ist das Resultat der übereilten Separation.

In Indien sieht man sich selbst nun aber als den gelungeneren Teil dieses Prozesses an. Man rühmt sich der demokratischen

Errungenschaften, der Beständigkeit im Angesicht höchster Diversität, der Führungsrolle in der Dritten Welt sowie der Erfolge bei der Bekämpfung der Armut und der wirtschaftlichen Entwicklung bei einer Bevölkerung mit mittlerweile fast 1,3 Milliarden Menschen. Gleichwohl zeugt die teilweise obsessive Auseinandersetzung mit Pakistan nicht von Selbstbewusstsein. Das zeigt sich, wenn die Feindschaft mit dem Nachbarn bis ins Cricket-Stadion getragen wird – oder wenn ausgiebig lamentiert wurde, dass die indische Flagge, die täglich am Grenzübergang von Wagah gehisst wird, kleiner sei als die pakistanische.

Darüber hinaus wird die Sicht auf Pakistan fast ausschließlich von der Situation in der zwischen den beiden Staaten geteilten Region Kaschmir bestimmt. Um das Gebiet haben die Nachbarländer schon zwei Kriege geführt. Indien wirft Pakistan vor, die Separatisten zu stützen und für die Infiltration durch bewaffnete Terroristen entlang der Waffenstillstandslinie verantwortlich zu sein. Doch auch Delhi ist nicht bereit, den Anspruch auf das gesamte Gebiet Kaschmirs fallenzulassen. [...]

Ironischerweise sind mit den Hindu-Nationalisten in Delhi nun aber auch diejenigen an der Macht, die ihrerseits mit Jinnahs Zwei-Nationen-Theorie sympathisierten, wonach Hindus und Muslime zwei historisch-kulturell unterschiedliche Nationen seien. Unter ihnen hat sich die Lage der mehr als 170 Millionen Muslime – immerhin fast so viele wie in Pakistan selbst – noch deutlich verschlechtert. Misstrauisch werden sie als potentielle Agenten Pakistans behandelt. In der Vergangenheit hat dies zu regelrechten Pogromen geführt, etwa nach den Unruhen um die Zerstörung der Babri-Moschee im Jahr 1992 und bei den Ausschreitungen in Gujarat im Jahr 2002. Heute spitzt sich die Lage wieder zu. Unter dem Vorwand, sie würden heilige Tiere schlachten, sind die Muslime etwa der Verfolgung durch radikale Kuhwächter ausgesetzt.

Kritiker beklagen darüber hinaus eine vermehrte Intoleranz gegenüber anderen politischen Meinungen. So scheint auch das Erbe der „Einheit in der Vielfalt“, auf das die Inder zu Recht so stolz sind, zunehmend unter Druck zu geraten. Die Geschichte eines aus unzähligen Religionen, Ethnien und Sprachen geprägten Staats wird durch das Idealbild von einer Nation der Hindus ersetzt. Zwar hält sich die Regierung von Narendra Modi in dieser Frage öffentlich noch vornehm zurück. Aber das Fußvolk auf der lokalen Ebene treibt seine radikale Hindu-Agenda voran, ohne dass ihm von oben Einhalt geboten wird. Das liegt auch daran, dass es an einer starken Opposition fehlt, seitdem die altherwürdige Kongresspartei zunehmend abgehalftert wirkt. Dennoch wird die einstige Partei Gandhis und Nehrus nicht müde, daran zu erinnern, wer das Streben nach Unabhängigkeit einst angeführt hatte.

Till Fährnders, „Der säkulare Staat“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. August 2017 ©Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GbmH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.

JOACHIM BETZ

Gesellschaftliche Strukturen

Ethnische, religiöse und sprachliche Vielfalt prägen die indische Gesellschaft und verhindern, dass sich lokale Konflikte landesweit ausbreiten. Der Anteil der absolut Armen sinkt. Das Kastenwesen, Defizite in Gesundheit und Bildung sowie die Diskriminierung von Frauen und Minderheiten verursachen allerdings soziale Probleme.

Bevölkerung und gesellschaftliche Pluralität

Indien weist mit knapp 1,3 Milliarden Einwohnern (Stand: 2016) die höchste Einwohnerzahl weltweit nach China auf, wird Letzteres aber binnen Kurzem ein- und überholen; es verfügt über eine enorme, vergleichsweise junge und damit beschäftigungsfähige Bevölkerung. Diese potenzielle demografische Dividende (also der hohe Anteil Arbeitsfähiger an der Bevölkerung) ist gleichzeitig Segen und Fluch. Segen, weil der Reichtum an vergleichsweise billigen und jungen Arbeitskräften Indien Konkurrenzvorteile auf dem Weltmarkt verschafft und die Lasten für die Älteren tragbar macht, Fluch, weil jährlich mehr als zwölf Millionen zusätzliche Arbeitskräfte in Lohn und Brot gebracht werden sowie zuvor ausgebildet und gesundheitlich versorgt werden müssen.

Dazu kommen noch diejenigen Arbeitskräfte, die zwangsläufig die überbesetzte Landwirtschaft verlassen werden. Letztere diente lange Zeit als Auffangbecken, was sich an der vergleichsweise geringen Verstädterungsrate des Landes (nach der letzten Volkszählung 2011 nur 31 Prozent) und der mäßigen Land-Stadt-Wanderung zeigt, sie kann diese Funktion bei abnehmenden Betriebsgrößen aber kaum noch erfüllen. Die Schaffung ausreichender Arbeitsplätze ist daher zwangsläufig zu einem Kernanliegen indischer Politik geworden. Dass dies gelingt, ist nicht sichergestellt und wird durch den bislang recht geringen Umfang des warenproduzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die geringe Beschäftigungsintensität der wirtschaftlichen Wachstumsbranchen nicht erleichtert.

Faktoren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Indien wird nicht zu Unrecht als Staat immenser gesellschaftlicher Pluralität betrachtet. Mit Blick auf andere, auseinandergebrochene Vielvölkerstaaten stellt sich die Frage, wie diese enorme Vielfalt gebündelt oder zusammengehalten werden konnte. Erklären lässt sich dies durch das auch vor den wirtschaftlichen Reformen bestehende Wirtschaftswachstum, aber auch durch die traditionell eher geringe Einkommenskonzentration (die sich in der vergangenen Dekade allerdings deutlich erhöht hat).

Stabilisierend wirkten aber vor allem die demokratische Ordnung und die föderalen Strukturen. Man kann mit Recht sagen, dass ein Land mit der ethnischen, religiösen und sprach-



Während des Ganesh-Chaturthi-Festes 2017 begleiten gläubige Hindus die Statue des elefantenköpfigen Gottes Ganesha durch Mumbai.



In einer Prozession tragen Sikhs im September 2013 das heilige Buch Guru Granth Sahib unter einem Baldachin in den Goldenen Tempel von Amritsar, Punjab.



Muslime begehen im Juni 2017 in der Sarkhej-Rosa-Moschee in Ahmedabad, Gujarat, das Ende des Fastenmonats Ramadan.

lichen Vielfalt sowie den vorhandenen sozialen Zerklüftungen auf Dauer nur in einem demokratischen Gemeinwesen mit gewisser Autonomie der homogeneren Teilstaaten und garantierter Rechte der Minderheiten zusammengehalten werden kann.

Zudem ist diese Vielfalt auch an sich stabilisierend: In Indien verfügt keine Ethnie, keine sprachliche oder religiöse Gruppe und auch keine Kastengruppe über landesweit dominanten Einfluss: Der Hinduismus, der Glaube von mehr als 80 Prozent der Bevölkerung, ist kein einheitliches Glaubenssystem mit festen Dogmen etwa im christlichen Sinn. Er kennt eine enorme Vielzahl, aber keine für alle verbindlichen Gottheiten. Er ist mehr eine Lebensform und dient als solche auch der Begründung und Rechtfertigung des Kastensystems. Gerade aber wegen der Spaltung der Hindus in Kasten und dem recht hohen Bevölkerungsanteil der sogenannten Kastenlosen (besser: Dalits), der Adivasi und der Muslime konnte der Hinduismus lange Zeit keine politisch einheitsstiftende Kraft entfalten. Überdies gibt es auch kein Indien übergreifendes, einheitliches Kastensystem, zudem ist die soziale Lage der Angehörigen gleicher Kasten und Kastengruppen recht unterschiedlich. Eine gesamtindische politische Mobilisierungsstrategie entlang der Kastengrenzen würde daher an enge Grenzen stoßen, was allerdings heftige, zumeist lokal ausgetragene Kastenkonflikte nicht verhindert hat.

Auch sprachliche Zerklüftungen eignen sich kaum noch als Konfliktvehikel. Jeder Unionsstaat weist zwar eine dominante ethno-linguistische Gruppe auf, diese unterscheiden sich aber nach Religion, Sekten, Kasten und einer Vielzahl sozio-ökonomischer Merkmale. Seit von Mitte der 1950er-Jahre an Unionsstaaten nach sprachlichen Grenzen neu zugeschnitten wurden, seitdem der Versuch, Englisch durch Hindi als alleinige Amtssprache zu ersetzen, faktisch aufgegeben wurde und die Examinierung der Bewerber für den Staatsdienst in den anerkannten Regionalsprachen erfolgt, hat sich die frühere Aufregung deutlich gelegt.

Heftige Klassenkonflikte wie im Europa des 19. Jahrhunderts gibt es in Indien nicht. Dies hat zu tun mit dem lange Zeit dominanten staatlichen Einfluss auf den modernen Wirtschaftssektor und der Privilegierung der staatlich beschäftigten Arbeitskräfte, der Zersplitterung der Gewerkschaften und Unternehmerverbände (nach Parteienbindung bzw. Unternehmenscharakter) und – nicht zuletzt – mit dem recht geringen Bevölkerungsanteil der Industriearbeiter.

Die dominante Berufsgruppe sind bis heute die Bauern, die sich zwar zu teils militanten Verbänden, zeitweise auch zu Protestbewegungen zusammenschlossen. Wegen ihres wahlpolitischen Gewichts konnten ihre Interessen aber von keiner Partei vernachlässigt werden. So wurden ihnen vergleichsweise attraktive staatliche Ankaufpreise für ihre Produkte und Schutz vor ausländischer Konkurrenz gewährt. Freilich konnten die Landlosen und marginalisierten Bauern für einige Zeit flächendeckend von militanten „Naxaliten“ bzw. deren politi-

scher Führung mobilisiert werden und stellten eine Gefahr für die gesellschaftliche Stabilität dar. Diese Gefahr konnte durch ein neues Landrecht, Mittelzuweisungen an die betroffenen Landesteile und Unterdrückung der Rebellen einigermaßen gebannt werden.

In politischer Hinsicht ging von der starken gesellschaftlichen Zerklüftung Indiens und den sich überlappenden sozialen Gruppenzugehörigkeiten ein starker Zwang zum Kompromiss aus, zur Politik des föderalen und sozialen Ausgleichs und zum Schutz der Minderheiten. Genau diese Politik haben – mit Abstrichen – die lange Zeit dominante Kongresspartei und später selbst die heute regierende hindu-nationalistische BJP verfolgt.

Die Kongresspartei war zur Sicherung ihrer Herrschaft auf die Loyalität der Minderheiten angewiesen; diese wiederum bedurften in einer vergleichsweise feindlichen Umwelt der Unterstützung und Hilfe durch lokale Kongresspolitiker. Dieser wechselseitigen Abhängigkeit verdanken sich (nicht immer sonderlich erfolgreiche) Bemühungen zum Schutz der Adivasi vor Landverlust, die Reservierungsquoten für diese, die Dalits und später auch die Angehörigen niedriger Kasten sowie die Beibehaltung der familienrechtlichen Regelungen für die Muslime. Wie bereits erwähnt, beugte sich auch die hindu-nationalistische BJP diesem Zwang zum Kompromiss, die in der Regierung ab 1998 (und auch seit 2014) unerwartet rasch ihre umstrittenen Zielsetzungen (z.B. Abschaffung der relativen Autonomie Kaschmirs, Einführung eines einheitlichen Zivilrechts) aufgab, den Föderalismus stärkte sowie die Reservierungsquoten und die Sozialprogramme für die Minderprivilegierten nicht antastete. Militante Hindu-Nationalisten toben sich daher vor allem im kulturellen Bereich aus.

Man übertriebe sicher, würde man Indien als Insel des Friedens und absoluter gesellschaftlicher Stabilität kennzeichnen, dafür ist das Ausmaß lokaler Konflikte zwischen konkurrierenden Parteien, Hoch- und Niedrigkastigen, Religionsgruppen, ethnischen Gruppen, die Gewalt gegen Frauen, Unterprivilegierte und Minderheiten einfach zu virulent. Entscheidend ist aber, dass sich lokale Gewalt bislang nie in einen das ganze Land erschütternden gesellschaftlichen Konflikt umgesetzt hat, so unerfreulich auch zahlreiche Einzelprobleme waren bzw. sind.

Das muss nicht für alle Zeit so bleiben; langfristig gefährlich ist vermutlich nicht die gesellschaftliche Vielfalt als solche, sondern ihre modernisierungsbedingte Zuspitzung in Richtung weniger, aber leicht zu mobilisierender Konfliktlinien (etwa zwischen Hindus und Muslimen). Dies lässt sich bereits unter der jetzigen Regierung beobachten: Sie betreibt zum einen eine stramme Hinduisierung des Bildungswesens, indem sie Curricula umschreibt und wichtige Positionen mit hindunationalistischen Anhängern besetzt. Zum anderen setzt sie hinduistische Reinheitsvorstellungen (etwa das Verbot der Kuhschlachtung) in jenen Unionsstaaten durch, die von ihr beherrscht werden. Die Ausgrenzung der Muslime, immerhin 14 Prozent der Bevölkerung, wird dabei bewusst in Kauf genommen.



AP Photo / Manish Swarup

Arm und Reich in enger Nachbarschaft: In einem Geschäft für elektronische Haushaltswaren in Neu-Delhi 2017 interessiert sich eine Mittelschichtfamilie für das Angebot an Waschmaschinen ...

Armut und Einkommensverteilung

Bislang gängige Vorstellungen zur krassen, gleichbleibenden Armut in Indien und staatlichem Desinteresse an einer Änderung dieser Situation bedürfen deutlicher Revision. Zwar leben gegenwärtig noch ca. 200 Millionen Menschen in absoluter Armut – das heißt, sie hatten ein Pro-Kopf-Einkommen von 1,25 US-Dollar oder weniger pro Tag zur Verfügung –, jedoch ist ihr Anteil an der Bevölkerung, der 1972/73 noch 51,5 Prozent betrug, bis 2011 auf 21,9 Prozent gesunken. Setzt sich diese Entwicklung fort, wird dieser Anteil bis 2030 auf unter drei Prozent sinken. Das ist ohne Zweifel ein großer Fortschritt, auch wenn man argumentieren kann, dass die indische Armutslinie etwas niedrig angesetzt ist. Auch hätte es mit der Armutsminderung durchaus schneller gehen können, wenn das Wirtschaftswachstum früher die besonders armen Bundesstaaten erreicht hätte (die aber nun zum Teil schnellere Fortschritte machen), wenn dies wiederum mit einer rascheren Schaffung neuer Arbeitsplätze und einem stärkeren Einbezug der Landwirtschaft in den wirtschaftlichen Aufschwung verbunden gewesen wäre und nicht zu einer leichten Verschlechterung der Einkommensverteilung geführt hätte.

Absolute Armut konzentriert sich auf die Bundesstaaten im Zentrum und im Osten, geht dort aber seit Kurzem schneller zurück als im indischen Durchschnitt; kaum von Armut betroffen sind Goa, Kerala und Himachal Pradesh. Die Kluft zwischen den reichen und armen Unionsstaaten hatte sich nach 1991 zunächst geweitet. Letztere wiesen ein niedrigeres Wachstum auf und konnten es auch schlechter in Armutsreduktion umsetzen. Begründen lässt sich dies unter anderem damit, dass die reichen Staaten zu Beginn der Liberalisierung bessere Startvoraussetzungen mitbrachten. Private Investitionen aus dem In- und Ausland flossen in jene Staaten, die über eine angemessene Infrastruktur, einen akzeptablen Bildungsstand und eine stabile Regierungsführung verfügten sowie Recht und Ordnung einigermaßen gewährleisteten – die also Eigenschaften aufwiesen, die durchaus veränderungsfähig sind.

Arme Bevölkerungsgruppen leben noch zu 70 Prozent auf dem Land und setzen sich dort aus Landarbeitern sowie Klein-



Reuters / Ahmad Masood

... und auf einer Müllhalde am Rand der Stadt sichern Slumbewohner ihre Existenz, indem sie die Müllberge nach recycelbarem Material durchsuchen.

bauern mit sehr geringen Betriebsgrößen zusammen. Landlosigkeit und Kleinstbetriebe haben seit den 1960er-Jahren wegen des Bevölkerungswachstums und einer verbreiteten Tendenz zur Realteilung ererbten Besitzes deutlich zugenommen, lange Zeit auch mangels Beschäftigungsalternativen auf dem Land. Das hat sich in den vergangenen Jahren deutlich geändert; beigetragen dazu haben die rege Bautätigkeit in Indien, das neue ländliche Beschäftigungsprogramm, Bildungsfortschritte auf dem Land und Überweisungen der im Wesentlichen in den Golfstaaten beschäftigten Migranten an die zu Hause Gebliebenen. Absolute Armut gibt es natürlich auch in der Stadt, vor allem bei den „Selbstständigen“ im Dienstleistungsgewerbe (Typus: Kleinverkäufer), die auch keinerlei staatliche soziale Absicherung genießen.

Falsch ist die lange Zeit auch in Indien gehörte Behauptung, die wirtschaftliche Liberalisierung nach 1991 hätte zu stagnierender Armutsreduktion, dem Zurückbleiben der Unterprivilegierten und einer dramatischen Verschlechterung der Einkommensverteilung geführt. Die Armut ging im Gegenteil rascher

als vorher zurück, *alle* Schichten und religiösen Gruppen haben davon nahezu gleichermaßen profitiert (am wenigsten jedoch die Adivasi). Wohlhabender sind meist immer noch die Angehörigen der religiösen Minderheiten (mit Ausnahme der Muslime), also zum Beispiel Christen, Jains, Sikhs und Buddhisten, ärmer vor allem neben den Muslimen die Dalits und insbesondere die Adivasi. Die genannten wohlhabenderen religiösen Minderheiten kommen nur auf einen sehr kleinen Bevölkerungsanteil (jeweils 1–2 Prozent) und eignen sich daher nur begrenzt für eine Neiddebatte. Problematischer ist das relative Zurückbleiben der Muslime in Bezug auf Einkommen und Bildungsstand, hier könnten sich für die Zukunft aus politischer und wirtschaftlicher Diskriminierung Zündstoff ansammeln.

Die Einkommensverteilung hat sich in Indien seit den Reformen tatsächlich verschlechtert; die Werte sind, gemessen am Konsum, jedoch immer noch im grünen Bereich, nähern sich aber beim Einkommen und vor allem beim Vermögen langsam lateinamerikanischen Werten. Der Gini-Index (Maß zur Darstellung von Ungleichheiten) beträgt beim Konsum auf dem Land etwa gleichbleibend 0,31, ist im städtischen Bereich aber mittlerweile auf 0,41 gestiegen; beim Vermögen liegt der geschätzte Index bei über 0,5. Ursächlich für die wachsende

Lohnspreizung ist, dass das indische Wirtschaftswachstum vornehmlich in kapitalintensiven Branchen generiert wird und überwiegend nur qualifizierte Arbeitskräfte nachgefragt werden. Enorm ist das gar nicht leicht zu erfassende Vermögen der Superreichen gestiegen (es gibt zahlreiche indische Dollarmilliardäre), was sich vor allem an der steigenden Anzahl von Luxusimmobilien und teuren Importautos zeigt.

Unzutreffend wäre auch die Unterstellung, der indische Staat habe zur Beseitigung der Armut nichts getan und die aus dem Ausland einströmenden Mittel zur Armutsbekämpfung gänzlich zweckentfremdet. Das wäre schon am demokratischen Charakter des Staates gescheitert, also am Stimmgewicht der Armen. Bereits der Unabhängigkeitskampf war eine Massenbewegung, die Ideologie der lange Zeit dominierenden Kongresspartei war egalitär ausgerichtet, sie und andere Parteien maßen der Armutsbekämpfung hohe Priorität zu, auch wenn bei der konkreten Umsetzung der zahlreichen Programme erhebliche Defizite sichtbar wurden und diese daher nur einen insgesamt bescheidenen Beitrag zur Armutsminderung brachten. Wirtschaftlicher Fortschritt und begrenzte staatliche Umverteilung haben aber zweifelsohne zur Dämpfung gesellschaftlicher Konflikte beigetragen.

NRIs – Auslandsinder

Heute sind die USA weltweit das Land mit der größten Zahl von Auslandsindern (*Non-Resident Indians* oder kurz NRIs) und indischstämmigen US-Bürgern. Diese 3,1 Millionen *Indian Americans* (nicht zu verwechseln mit der Urbevölkerung der *American Indians*) bilden die ethnische Gruppe mit dem höchsten jährlichen Pro-Kopf-Einkommen (rund 100 000 Dollar), höher als das der traditionellen Elite der angelsächsischen Weißen und der chinesischen Diaspora. Sie weisen eine überdurchschnittliche Zahl von Anwälten, Richtern, Ärzten, Professoren, Managern und Unternehmern auf. Schon tauchen die ersten Politiker indischer Herkunft im amerikanischen Kongress auf, und in der Fernsehserie *The Simpsons* gibt es eine indische Figur namens Apu Nahasapeemapetilon. [...]

[...] [Ö]konomisch wird [...] [die indoamerikanische Diaspora der Reichen] [...] von der mittelöstlichen Diaspora der Armen in den Schatten gestellt. Die rund vier Millionen Inder in der Golfregion – eine große Mehrheit von ihnen sind unter unwürdigsten Bedingungen schuftende Arbeitskulis und nicht Intelligenzarbeiter – senden jeden Monat große Teile ihres Lohns in ihr Heimatland. Die Hälfte von ihnen stammt aus Kerala. Lohn- und Goldtransfers haben einen reichen Bundesstaat aus ihm gemacht. Kerala kommt heute praktisch ohne eine verarbeitende Industrie aus und vermittelt dem Besucher trotzdem das Bild eines Wohlfahrtsstaats.

Die sozialen Folgen sind allerdings nicht so rosig. Das Fehlen heiratsfähiger Männer und verheirateter Väter hat ein akutes sozialpsychologisches Spannungsfeld geschaffen. Junge Mütter haben oft Mühe, den Anforderungen einer vaterlosen Familie gerecht zu werden. Viele sind sexuellem Missbrauch ausgesetzt, da in den halbleeren Dörfern die soziale Kohäsion bröckelt. Trotz einer vorbildlichen Schul- und Berufsbildung wird den meisten Frauen durch die Bürden von Haus und Kindern eine Berufsausübung erschwert. Ein drastischer Hinweis auf dieses Stresssymptom ist die hohe Selbstmordrate unter jungen Keralerinnen zwischen 20 und 40 Jahren – die höchste in ganz Indien.

Mit einem jährlichen Rückfluss von 70 Milliarden Dollar steht Indien heute an der Spitze der Länder mit einer großen Diaspora, weit vor China. Die indische Regierung hat ihr Misstrauen bezüglich des Absaugens ihrer besten Hirne begraben. Stattdessen wurden Gesetze verabschiedet, die neue Kategorien von Indern schaffen: Zu den NRIs gesellen sich die „PIOs“ und „OCIs“, „persons of indian origin“ und „overseas citizens of India“. Sie haben zwar keinen indischen Pass, aber ein hybrider PIO-OCI-Ausweis hilft ihnen mit mehreren Vorrechten darüber hinweg, dass ihr Heimatland keine formelle Doppelbürgerschaft anerkennt.

Europa, und namentlich Kontinentaleuropa, ist die Weltregion, in der Inder im letzten halben Jahrhundert am wenigsten Fuß gefasst haben. Die Geschichten der Sikhs in Italien und der Palanpuri-Gujaraten in Antwerpen beschreiben eher Ausnahmen als die Regel. Ähnlich ist es in Großbritannien [...]. Nur knapp 700 000 der weltweit vier Millionen indischen Auslandsbürger leben dort. [...] Nach dem Vereinigten Königreich liegt Italien mit 116 000 indischen Bewohnern bereits an zweiter Stelle und viel weiter dahinter kommt das drittplatzierte Finnland mit 4300 NRIs.

Die Landessprachen sind zweifellos ein wichtiger Grund dafür. Viele Mittelklasseinder verfügen über recht gute passive Kenntnisse des Englischen. Fragt man Inder nach der geringen Beliebtheit Kontinentaleuropas, wird aber die Immigrationspolitik der EU verantwortlich gemacht. Sie sei eine Mischung von Ängstlichkeit und Überheblichkeit, schrieb der Politologe Devesh Kapur in einer Kolumne: „Viele westeuropäische Eliten – in den Universitäten, Parlamenten oder Medien – leben in einem kognitiven Universum, in dem europäische Hegemonie immer noch ein unumstößlicher Fakt ist. Indien wird immer noch gegängelt und exotisiert und der unterschwellige Rassismus ist deutlich stärker als etwa in den USA.“

Bernad Imhasly, Indien. Ein Länderporträt, 2. aktualisierte Auflage. Ch. Links Verlag, Berlin 2016, S. 140 und 144 ff.

Opfer des Menschenhandels – Schicksale verschwundener Kinder

Es ist eine unfassbare Zahl: 14 671 Kinder sind zuletzt innerhalb eines Jahres verschwunden – allein im ostindischen Bundesstaat Westbengalen. Auf dem ganzen Subkontinent soll die Zahl bei fast 63 000 im Jahr 2015 gelegen haben, schätzt die Hilfsorganisation „Child Rights and You“ auf Grundlage von Daten des Innenministeriums. Damit verschwinden Tag für Tag 173 Kinder in Indien. Hinter jedem einzelnen verbirgt sich ein trauriges Schicksal. Gestern noch hatten die Kinder ein Zuhause und eine Familie, heute fehlt von ihnen jede Spur, oft weil sie in die Fänge skrupelloser Menschenhändler geraten sind. Die haben nur ein Ziel: mit den geraubten Existenzen gutes Geld verdienen. [...]

Indien will das ändern. Bei der breit angelegten „Operation Smile“ durchkämmten Polizisten und Sozialarbeiter Anfang des Jahres verdächtige Betriebe. Sie kommen Schritt für Schritt vorwärts: So fanden Polizisten rund 200 Kinder, die meisten jünger als vierzehn Jahre, in einer Ziegelei in der Nähe der südindischen Großstadt Hyderabad. Sie stammten aus dem nordöstlichen Bundesstaat Odisha. In der Ziegelei lebten sie mit Erwachsenen – von denen viele aber nicht ihre Eltern waren, wie die Polizei vermutet. „Die Retter haben Mädchen im Alter von sieben, acht Jahren gesehen, die Ziegel auf ihrem Kopf trugen. Manche waren gerade mal vier Jahre alt“, berichtet Mahesh Bhagwat, der örtliche Polizeichef. [...]

Viele der Kinder befreien die Retter in Ziegeleien, aber auch in Fabriken, die die Kinder nutzen, um dank ihrer kleinen Finger und scharfen Augen Billigarmbänder aus Plastik mit Glitzersteinen zu bekleben. Auch in privaten Haushalten wurden die Fahnder fündig. Dort werden Kinder als Helfer oder Sexsklaven ausgebeutet. [...]

Manchmal fängt es vergleichsweise harmlos an und endet für die Kinder in der Katastrophe. Auch weil die Eltern auf Geld angewiesen sind: „Die Mittelsmänner, die die Kinder für die Ziegeleien anwerben, bezahlen deren Eltern im Voraus“, berichtet einer der Aufklärer. Viele zögen dann für eine Saison in den südindischen Staat Telangana. „Wenn sie dann aber hierhergekommen sind, müssen sie oft weiterarbeiten und haben keine

Chance mehr, zu fliehen und zurückzukehren. Dann wird ihnen auch oft kein Lohn mehr bezahlt“, sagt der Mann. Die Kinder würden zu Sklaven.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass in Indien fast sechs Millionen Kinder zwischen fünf und siebzehn Jahren arbeiten müssen. Nicht alle von ihnen sind entführt – viele werden mit Versprechen von guter Kleidung, Kosmetik oder Mobiltelefonen etwa in Spinnereien gelockt oder auch von ihren armen Eltern verkauft. Rund die Hälfte der Kinderarbeiter schuftet unter härtesten Bedingungen in der Landwirtschaft, mehr als ein Viertel in Betrieben, schätzen die Fachleute der ILO. Menschenhandel in Indien gilt als das drittgrößte illegale Geschäft – nach dem Verschieben von Waffen und Drogen.

Das Schockierende: Die Verbrechen laufen ab wie ein ganz normaler Handel. Der Preis für ein Mädchen, das in einem der Bordelle in Südindien zur Prostitution gezwungen wird, liege bei rund 200 000 Rupien (2 727 Euro) berichtet ein Menschenhändler. „Ist sie Jungfrau, groß gewachsen und mit heller Haut, ist sie ideal. Interessant sind Mädchen zwischen elf und vierzehn Jahren“, gibt der Mann im Gespräch mit dem indischen Magazin „The Week“ wie selbstverständlich zu Protokoll. Rund 100 000 Rupien Gewinn fielen für ihn dabei ab.

Die Geschäfte laufen professionell organisiert ab. Drahtzieher arbeiten im Hintergrund, sie beschäftigen Männer, die die Mädchen aussuchen, wieder andere werben die Opfer an, überreden sie zum Weglaufen oder kaufen sie ihren Eltern ab. Transporteure sorgen für eine problemlose und unerkannte Reise der Mädchen, indem sie sich oft als deren Vater ausgeben. Die Tour der Opfer dauert Monate, um Spuren zu verwischen, bis sie schließlich eines der Bordelle in den Metropolen Chennai oder Bangalore erreichen. Dort bleiben sie dann Jahre, kaum noch auffindbar. [...]

Christoph Hein, „Geraubte Leben“ in: Frankfurter Allgemeine Woche 15/2017 vom 7. April 2017 © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GbMh, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.

Es muss allerdings auch erwähnt werden, dass die Verringerung der absoluten Armut nicht bedeutet, alle anderen lebten nun im Wohlstand. Über ein Einkommen von zehn US-Dollar und mehr pro Tag verfügen ca. fünf Prozent der Bevölkerung; damit hält sich auch der Anteil der viel zitierten „riesigen“ indischen Mittelschicht durchaus noch im Rahmen. Zu ihr werden derzeit ca. 24 Millionen Menschen gerechnet, also etwa drei Prozent der Bevölkerung. Diese Gruppe, einschließlich der Reichen, verfügt aber über 62 Prozent des privaten Gesamtvermögens und wächst rasch.

Mit dem steigenden Wohlstand in Indien war auch eine Verbesserung der Sozialindikatoren verbunden. Die Kindersterblichkeit ist deutlich gesunken (in Teilen Indiens auf osteuropäische Werte), die durchschnittliche Lebenserwartung auf immerhin 68 Jahre gestiegen, die Einschulungsraten liegen bei etwa 97 Prozent, dabei haben sich auch die Unterschiede zwischen den Geschlechtern fast eingeebnet. Ein wesentlicher Schwachpunkt der Entwicklung ist die massenhafte Unterernährung von Kindern und Frauen, bei der Indien das Schlusslicht in Südasien bleibt. Auch bei der Müttersterblichkeit erreicht Indien noch sehr hohe Werte.



Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO müssen in Indien fast sechs Millionen Kinder im Alter zwischen fünf und 17 Jahren arbeiten. Ziegelei bei Kolkata, Westbengalen, 2012

Gesellschaftliche Konfliktbereiche

Das Kastenwesen

Das indische Kastenwesen wird vielfach als entscheidende Entwicklungsbremse angesehen. Dem widerspricht jedoch schon die wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik Indiens während der vergangenen Jahrzehnte. Diese Dynamik, die zunehmende Verstädterung, der relative Bedeutungsverlust der Landwirtschaft, die Bildungsfortschritte auch ärmerer Bevölkerungsgruppen und ihr Gewicht bei Wahlen haben die gesamtgesellschaftliche Relevanz der Kastenordnung deutlich geschwächt. Sie beruht nicht in erster Linie auf den vier Kastengruppen (ind.: *Varnas*) der Priester, Krieger, Händler und Bauern, die gar keine gemeinsamen Organisationen kennen, sondern auf Tausenden von *Jatis* (Geburtsgruppen) mit ursprünglich gemeinsamer Zugehörigkeit durch Geburt, strikte Berufsbezogenheit, Vorschriften zur Reinerhaltung der Kaste und insbesondere Beschränkung der Partnerwahl auf Kasten-zugehörige.

Diese Beschränkungen haben sich vor allem in der Stadt und im modernen Wirtschaftssektor deutlich gelockert, die Vorstellung, man könne einem niedrigkastigen Vorgesetzten in Indien den nötigen Respekt versagen, wäre völlig absurd. Dominante Kasten, selbst die Kastenhierarchie, unterscheiden sich überdies nach indischen Regionen und Bundesstaaten teilweise erheblich, sodass eine gesamtindische politische Mobilisierung nach Kastenkriterien schwer vorstellbar ist. Das heißt nun freilich nicht, dass die Angehörigen höherer Kasten im Durchschnitt nicht über höhere Bildungsabschlüsse, Landbesitz, Einkommen, Vermögen und vor allem kulturell-soziales Prestige verfügen. Das ist mit leicht abnehmender Tendenz immer noch so.

Unrichtig ist auch die Vorstellung, das Kastenwesen unterbinde jegliche gesellschaftliche Mobilität. Schon seit Langem gibt es immer wieder erfolgreiche kollektive Versuche einzelner Kasten, etwa durch den Erwerb von politischen Ämtern oder Landerwerb, die soziale Leiter emporzusteigen und die rituellen Vorschriften der Oberkastigen zu übernehmen – sich, wie es heißt, zu *sanskritisieren*. Die individuelle Mobilität ist durch höhere Bildung und Ausbrechen aus den tradierten Berufen der Kastengruppen deutlich gestiegen, verbleibende Benachteiligungen sind eher einkommensbezogen.

Allerdings gibt es nach wie vor kastenbezogene Diskriminierung, selbst etwa bei Einstellungen und Beförderungen in der Privatwirtschaft. Rituelle Reinheitsgebote werden heute weniger strikt beachtet, getrennte Sitzordnungen nach Kasten (etwa bei Festessen auf dem Dorf) werden seltener, Heiraten über Kastengrenzen hinweg sind noch relativ selten, nehmen aber in den wohlhabenden und gebildeten Schichten zu.

Sozial ist das Kastenwesen zwar geschwächt worden, seine politische Relevanz hat im demokratischen Prozess aber eher zugenommen. Bedeutsam hierfür waren die Reservierungen von Ausbildungsplätzen in den Hochschulen und von Stellen im öffentlichen Dienst zugunsten der Unterkastigen (*scheduled castes*) und der Adivasi (*scheduled tribes*), später der übrigen niederen Kasten (*other backward castes*).

Um die Bedeutung dieser Maßnahmen zu ermessen, muss man wissen, dass Arbeitsplätze im formellen Wirtschaftssektor in Indien rar und privilegiert sind, die Hälfte davon auf den staatlichen Bereich entfallen, Reservierungen also bedeutsame Startvorteile für bessere Lebenschancen verschaffen. Ein nachteiliger Effekt der als Überbrückungsmaßnahme gedachten (jedoch ständig verlängerten) Reservie-

rungen ist bis heute, dass viele potenziell Begünstigte gar nicht über die Qualifikationen verfügen, um diese Stellen zu besetzen, vor allem nicht in den höheren Rängen. Sie haben aber einer Elite innerhalb der niederen Kasten nicht gekannte Aufstiegschancen verschafft. Im Jahr 1990 wurde unter heftigen Protesten der oberen Kasten eine Reservierung von 27,5 Prozent der Stellen im öffentlichen Dienst und der Ausbildungsplätze an den Hochschulen für die übrigen niederen Kasten angekündigt. Diese Quote wurde durch ein Urteil des Obersten Gerichts bestätigt – die Reservierungen aber auf insgesamt die Hälfte der zur Verfügung stehenden Stellen begrenzt.

Diese Reservierungspolitik ist zu einem mächtigen Mittel der Umverteilung von Lebenschancen geworden. Konsequenterweise kämpfen neuerdings einige traditionell eher nicht niedrig stehende Kasten um den Einbezug in die Liste. Die Reservierung ist in einigen Unionsstaaten mittlerweile auf die Muslime ausgedehnt worden und wird informell auch von privaten Bildungsinstitutionen und größeren Privatunternehmen praktiziert, sodass sie also fast flächendeckenden Charakter angenommen hat.

Ein zweiter Grund für die politisch eher steigende Bedeutung der Kasten ist, dass die politischen Parteien Kandidaten für die Volksvertretungen oder Führungspositionen besonders auch nach Kastenkriterien auswählen. Das hat damit zu tun, dass die Kastenzugehörigkeit ein leichtes Erkennungsmerkmal (meist schon anhand des Nachnamens) und politisches Mobilisierungsinstrument darstellt und sich nach der Wahl zur Verteilung gruppenbezogener Vorteile anbietet. Daher achten alle Parteien auf eine ausgewogene Repräsentanz nach Kasten, wenn sie nicht schlicht simple Kastenallianzen sind.

Die am stärksten unterprivilegierte Minderheit in Indien bilden die „Unberührbaren“, heute üblicherweise Dalits (die „Unterdrückten“) genannt, bei uns oft unsinnigerweise „Kastenlose“ (unsinnig deshalb, weil man als Hindu gar nicht aus dem Kastensystem herausfallen kann). Nach dem Zensus von 2011 entfielen 16,6 Prozent der Bevölkerung auf die sogenannten *scheduled castes*, die sich in zahlreiche (über 1000) Unterkasten gliedern und sich deshalb nicht zwangsläufig miteinander solidarisch fühlen.



Die als „unrein“ betrachtete Arbeit in Gerbereien wird traditionell von den Angehörigen niederer Kasten (Dalits) ausgeführt. Lederfärberei in Kolkata, Westbengalen, 2015

Das Kastenwesen in Indien

Bis heute ist das gesellschaftliche Leben in Indien durch das **Kastenwesen** geprägt. Dessen Grundlagen entstanden vor Jahrtausenden, in einer Zeit, als Nomadenvölker aus Zentralasien, die sich selbst *Aryas* („Edle“) nannten, in Nordindien einwanderten und dort ab etwa 1000 v. Chr. sesshaft wurden. Ihre herrschende Priesterklasse entwarf damals jene Kategorien, die heute mit dem Begriff der „Kaste“ bezeichnet werden. Der Begriff selbst ist allerdings eine Fremdzuschreibung durch Europäer, abgeleitet von dem portugiesischen Wort *casta* für „rein“. Die „Kasten“-Hierarchie besteht eigentlich aus **zwei Kategorien**, die sich gegenseitig ergänzen: Die erste Kategorie der **• Varna** (sanskritisch für „Farbe“) unterteilt die Gesellschaft grob in soziale Schichten bzw. Stände. Im Rigveda, der ältesten heiligen Schrift des Hinduismus, werden sie mythologisch begründet: Bei der Opferung des Urwesens Purusha seien aus seinem Mund die *Brahmanen* (Priester) entstanden, aus seinen Armen die *Kshatriyas* (Krieger), aus den Schenkeln die *Vaishyas* (Händler) und aus den Füßen die *Shudras* (Bedienstete). Später wurden in einer fünften Schicht verschiedene Gruppen außerhalb des Varna-Systems (*Avarna*) zusammengefasst: die „Unberührbaren“, die „unreine“ Arbeiten verrichten – wie das Töten von Tieren oder das Reinigen von Latrinen –, und die Stämme der Ureinwohner, die nicht in das Kastensystem integriert wurden. Nach und nach wurde in die Varna-Ordnung die wesentlich differenziertere Kategorie

der **• Jati** („Geburt“) eingewoben. Sie bezeichnet eine fiktive Abstammungslinie mit meist beruflichem Bezug, z. B. die Jati der Zimmerer, der Töpfer oder der Wäscher. Der Zensus von 1881 im damaligen Britisch-Indien zählte rund 2000 solcher Jatis. Jatis sind, zumindest vom Prinzip her, endogam, geheiratet wird also nur innerhalb der Jati.

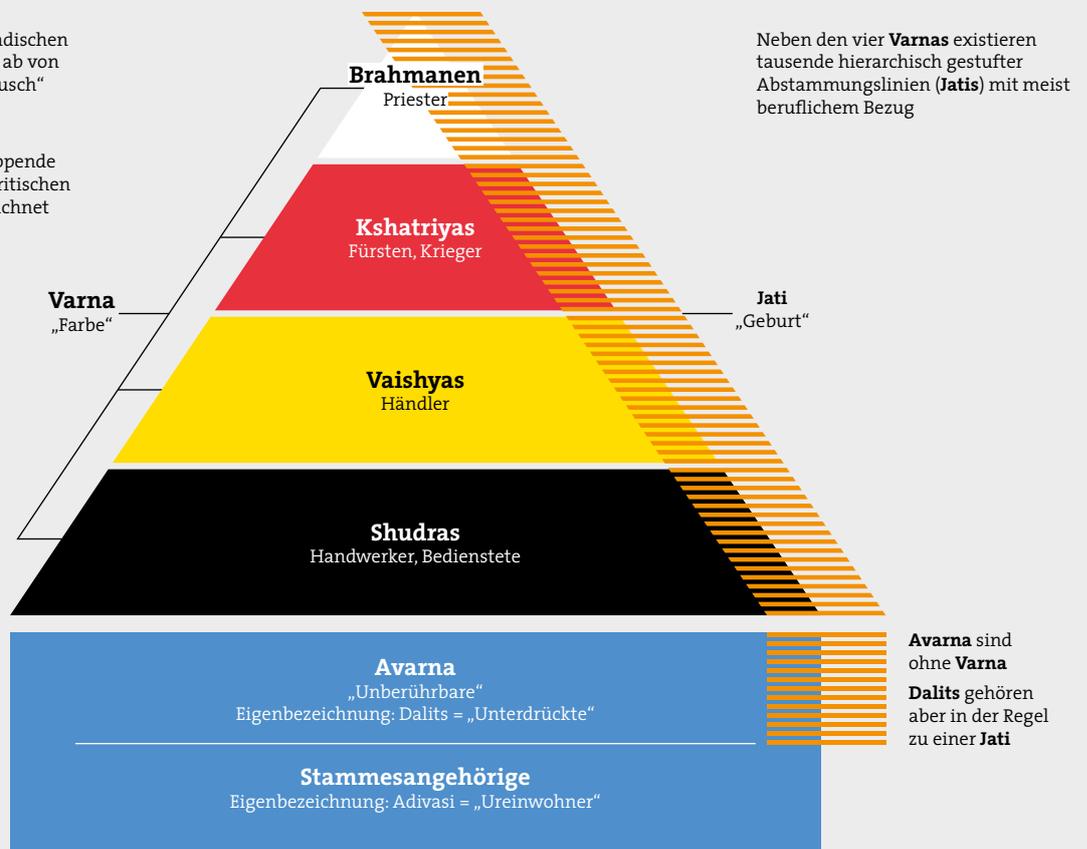
In den Städten des modernen Indiens weichen solche Kastengrenzen allmählich auf, doch vor allem auf dem Land spielen sie noch eine wichtige Rolle. Darunter leiden besonders die **untersten Schichten**. Sie gelten als „unrein“, werden von Angehörigen höherer Kasten in vielerlei Hinsicht ausgegrenzt und haben kaum eine Chance auf sozialen Aufstieg. Die indische Verfassung erkennt ihre Schutzbedürftigkeit an und führt die „Unberührbaren“, die sich selbst *Dalits* („Unterdrückte“) nennen, als „gelistete Kasten“ (*scheduled castes*). Diese stellten im Zensus 2011 mit 167 Mio. Menschen rund 16% der Bevölkerung. Hinzu kamen 84 Mio. Stammesangehörige (8%), die sogenannten *scheduled tribes*, die sich selbst oft als *Adivasi* („Ureinwohner“) bezeichnen. Beiden Bevölkerungsgruppen werden im Rahmen der Politik der „positiven Diskriminierung“ Privilegien in Bildung und Beruf eingeräumt und Parlamentssitze reserviert. Diese Politik ist aber umstritten, da sie aus Sicht der Kritiker zur Zementierung der Kastengrenzen beiträgt.

© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 874 581, Stand: 10/16

Das Kastensystem

Der Begriff „**Kaste**“ ist nicht indischen Ursprungs, sondern leitet sich ab von portugiesisch *casta* = „rein, keusch“

Ihm entsprechen zwei überlappende Kategorien, die mit den sanskritischen Begriffen **Varna** und **Jati** bezeichnet werden



© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 874 581



Nach dem Selbstmord des Dalit-Studenten Rohith Vemula protestieren im Februar 2016 tausende Kommilitonen und Hochschullehrer in Neu-Delhi gegen die Diskriminierung durch das Kastenwesen.

Dalits waren und sind typischerweise in der Landwirtschaft beschäftigt (als Landarbeiter, auch als Kleinbauern), wobei ihr Anteil am Landbesitz und noch mehr am Besitz von bewässertem Land unterproportional ist. Andere typische Dalit-Berufe auf dem Land und in der Stadt sind die Reinigung von Straßen, Gebäuden und Latrinen (wobei ihre Beschäftigung bei Letzterem eigentlich untersagt ist, das Verbot aber nicht umfassend durchgesetzt wird), die Ledergerbung und die Schuhmacherei. Es gibt aber auch eine größer werdende Schicht von Wohlhabenden unter den Dalits. Ihre eigene Handelskammer weist bereits über 3 000 Mitgliedsmillionäre auf, der Anteil der Dalits mit Stein- statt Lehmhäusern ist beachtlich gestiegen, ihr Anteil an denjenigen, die unter der Armutsschwelle leben, ist deutlich gesunken. Dazu haben die wirtschaftlichen Reformen und die Liberalisierung, die zunehmende Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft sowie steigende Überweisungen von Dalit-Arbeitsmigranten an ihre Familien beigetragen. Die zahlreichen staatlichen Programme zu ihrer Besserstellung hatten allerdings nur begrenzte Wirkung.

Artikel 17 der indischen Verfassung erklärt die Unberührbarkeit für abgeschafft, gewaltsame Übergriffe gegenüber Dalits wurden strafrechtlicher Verfolgung unterworfen. Das milde gefasste Ausführungsgesetz ließ allerdings fünf Jahre auf sich warten und musste schon 1976 nachgebessert werden. Doch bis heute führen die Prozesse gegen gewalttätige Übergriffe auf Dalits (über 20 000 pro Jahr) in den meisten Fällen zum Freispruch der Angeklagten. Zuletzt wurde wenigstens die Anzahl mobiler Gerichte erhöht, um diese Verstöße schneller zu ahnden. Umgekehrt ist die hohe Anzahl dieser Vorfälle auch ein Zeichen dafür, dass sich Dalits nicht mehr alles gefallen lassen, worauf Oberkastige dann mit Gewalt reagieren.

Eine jahrhundertlang währende Diskriminierung einer zahlenmäßig doch recht bedeutenden Minderheit müsste unter demokratischen Vorzeichen eigentlich deren politische Mobilisierung fördern. Tatsächlich trat 1972 mit den *Dalit Panthers* erstmals eine militante politische Partei als Vertreterin dieser Gruppe auf, die allerdings unstrukturiert blieb, sich im Wesentlichen auf Mumbai und Umgebung beschränkte und sich nach zwei Jahren auflöste. Zwölf Jahre später wurde sie durch die wesentlich erfolgreichere *Bahujan Samaj Party (BSP)* abgelöst. Diese war ab 1993 mehrmals an der Landesregierung von Uttar Pradesh beteiligt und konnte nach ihrem Wahlsieg 2007 erstmals allein die Regierung bilden, wurde aber 2012 wegen schwacher Leistung abgestraft. Die erwähnten Erfolge konnte sie nur durch Aufstellung auch oberkastiger Kandidaten und durch Koalitionsbildung mit der hindunationalistischen BJP erringen. Entsprechend durchwachsen war ihre Regierungsführung.

Kastendenken wird in Indien mit Sicherheit nicht über Nacht verschwinden; dazu ist es kulturell zu stark verwurzelt. Es wird durch die faktische Endogamie bei der Verhehlung (also die Wahl der Partner aus der gleichen oder nahestehenden Kaste) auf Dauer gestellt. Befördert wird es auch durch die staatlich verordneten Reservierungen, die die Konkurrenz zwischen den Kasten anheizen und entsprechende politische Strategien der Parteien fördern. Reservierungen sind ein vergleichsweise preiswertes Mittel, um den Anschein sozialer Gerechtigkeit zu erzeugen; sinnvoller, aber auch kostspieliger wäre eine inklusive Sozial- und Wirtschaftspolitik. Gesellschaftlich würde eine Überwindung eine deutliche Zunahme kastenübergreifender Ehen erfordern; Anzeichen dafür sind schon zu erkennen.



Die Adivasi, Nachkommen der „Ureinwohner“ Indiens, siedeln vorwiegend als Kleinbauern in der nordöstlichen Himalaya-Region und im zentralindischen Berg- und Waldland. Adivasi-Markt in Kunduli, Odisha, 2016

Adivasi

Indien ist das Land mit der weltweit größten indigenen Bevölkerung (ca. 8,2 %). Die Adivasi (Selbstbezeichnung, dt.: erste Siedler, in Indien offiziell mit dem englischen Begriff *scheduled tribes* bezeichnet) bilden ca. 600 verschiedene Gruppierungen, die ihre Zugehörigkeit jeweils auf gemeinsame familiäre Abstammung zurückführen. Sie sind vermutlich die Reste der Urbevölkerung, die sich bei der indoarischen Einwanderung in die unwegsamen Berg- und Waldregionen zurückzogen. Dort konzentrieren sie sich auch heute noch hauptsächlich auf die nordöstliche Himalaya-Region und das zentralindische Berg- und Waldland. Sie besiedelten dort die Hänge, betrieben neben Sammeln und Jagen in den Wäldern Brandrodung, kannten meist kein individuelles Landeigentum und waren egalitär organisiert. Viele Stämme haben mit der Zeit ihre Muttersprache verloren, den hinduistischen oder christlichen Glauben angenommen und sich sozial differenziert. In Mischgebieten haben sie auch die gängigen landwirtschaftlichen Anbau-Praktiken übernommen. Heute verdingt sich der größere Teil als Landarbeiter oder Kleinbauern.

Schon zur Kolonialzeit wurde ein großer Teil ihres Landes von Fremden in Beschlag genommen. Auf diese Praxis reagierte die Kolonialregierung viel zu spät mit speziellen Schutzgesetzen, die die Gebiete der Adivasi aus der allgemein geltenden Rechtsprechung ausnahmen und Landverkäufe verboten. Diese Regelungen wurden vielfach umgangen und im unabhängigen Indien ohne große Begeisterung übernommen.

Die zugunsten der Adivasi praktizierte positive Diskriminierung und spezielle Maßnahmen zum Schutz ihrer kulturellen Identität hatten gemischte Ergebnisse. Die Ausbildung fand entgegen den Bestimmungen häufig in der Regionalsprache statt, die den Adivasi fremd war, die Rekrutierung von Lehrern für die entlegenen Gebiete erwies sich als Problem. Die Adivasi blieben am Ende der Bildungs- und Wohlstandsskala und – am wichtigsten – die Einführung privaten Landrechts statt

Gemeinschaftsbesitz führte dazu, dass Adivasi-Land in andere Hände kam.

Eine weitere wesentliche Quelle des Landverlustes ist bis heute die staatliche Entwicklungs- und Industrialisierungspolitik. In Adivasi-Gebieten wurden schwerindustrielle Komplexe angesiedelt (unter anderem das mit deutscher Hilfe erstellte Stahlwerk *Rourkela*), riesige Staudämme (*Narmada*) gebaut, Erz geschürft oder auch nur schlicht Wald zum Holz- und Bambuseinschlag verpachtet. Dies unterminierte die traditionellen Lebensgrundlagen der Stämme, deren Angehörige überdies zu Hunderttausenden im Gefolge dieser Projekte umgesiedelt wurden. Besonders verbitterte sie die staatliche Forstpolitik, die die Brandrodung und den individuellen Holzeinschlag untersagte, gleichzeitig aber Papiermühlen die preiswerte Holzverwertung gestattete.

Kein Wunder, dass diese Entwicklungen Teile der Adivasi radikalisierten; im Nordosten des Landes verstärkten sie den Zulauf zu secessionistischen Gruppen, im Rest des Landes zusammen mit landlosen Unterkastrigen den Zulauf zu den Naxaliten, gewaltbereiten Landbesetzern, die von der radikalen *Communist Party of India (Marxist Leninist)* organisiert wurden. Die Naxaliten liefern sich immer noch blutige Auseinandersetzungen mit privaten Armeen von Grundbesitzern sowie den Sicherheitskräften, haben aber zuletzt deutliche Rückschläge erlitten.

Sehr spät hat der indische Staat auf diese Entwicklungen auch auf nicht militärischem Wege reagiert und 2006 ein neues Forstgesetz, eine neue Adivasi- und Rehabilitierungspolitik verabschiedet. Ziele dieser Initiativen waren die Rückerstattung von Land an die Adivasi durch spezielle Gerichte, die Beschränkung von Umsiedlungen und die Anerkennung ihrer traditionellen Rechte an den Produkten des Waldes. In jüngster Zeit wurden auch illegale Kohle- und Erzminen im Adivasi-Gebiet geschlossen, ebenso wurde ein von der Regierung genehmigtes, großes privates Minenprojekt einer britischen Firma nach Protesten der Adivasi gestoppt.

Guerillakampf nach Vorbild Maos – die Naxaliten

Im ländlichen Indien kann es passieren, dass Begleiter vor Rebellen warnen, die in den umliegenden Bergen und Wäldern ihr Unwesen treiben sollen. Bei diesen Rebellen handelt es sich um sogenannte Naxaliten, maoistische Aufständische.

[...] Die Naxaliten kämpfen ihrer eigenen Vorstellung zufolge für ein kommunistisches Gesellschaftssystem, für die Armen und Unterdrückten ihres Landes. Sie haben sich vor allem den Einsatz für die indischen Stammesvölker auf die Fahnen geschrieben, die sogenannten Adivasi, die im strengen Kastensystem Indiens besonders benachteiligt werden. Aus diesen marginalisierten Gruppen rekrutieren sie die meisten ihrer Kämpfer. Deren Gesamtzahl wird landesweit auf mehrere zehntausend Personen geschätzt.

Die Wurzeln der Maoisten liegen in den sechziger Jahren im Ort Naxalbari im Bundesstaat Westbengalen. Von ihm haben sie auch ihren Namen. Dort hatten sich die Kommunisten zum ersten Mal zu einem Aufstand zusammengerottet, nachdem ein Bauer daran gehindert worden war, sein eigenes Land zu bestellen. Der Aufstand wurde nach 72 Tagen niedergeschlagen. Danach beriefen sich andere auf diesen Aufstand, als sie an verschiedenen Orten bewaffnete Gruppen gründeten. Militärstrategisch folgten sie der Guerrillataktik des chinesischen Revolutionärs und Staatsgründers Mao Tse-tung.

Innenminister Rajnath Singh sprach [...] von 12 000 Toten durch den Konflikt in zwei Jahrzehnten. Nahrung bekommt er durch Landnahmen, Minenarbeiten und die schlechte Versorgung in den Gebieten der Adivasi. Viele von ihnen sind arme Bauern oder sie leben von den Erzeugnissen der Wälder buchstäblich von der Hand in den Mund. Aber immer mehr Wald und Ackerfläche werden beschlagnahmt und durch den Bergbau zerstört. Viele Adivasi wurden vertrieben, ihre Wasserquellen verschmutzt. Sie leiden an Krankheiten und unsicheren Arbeitsbedingungen. Die Sicherheitskräfte gehen hart gegen

die Rebellen vor, aber auch gegen die Bevölkerung, die sie ihrer Unterstützung beschuldigen. Es gibt Berichte über Menschenrechtsverletzungen. Zusammen mit dem Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, entsteht der ideale Nährboden für die Ausbreitung des Aufstands. Die Maoisten sind heute in einem „roten Korridor“ von Jharkhand, Bihar, Odisha, Uttar Pradesh und Westbengalen im Nordosten bis nach Chhattisgarh, Telangana, Madhya Pradesh und Andhra Pradesh weiter im Süden aktiv. Mit der Zeit haben sie sich auch in andere Regionen ausgebreitet, bis in den Westen und in den Süden des Landes. In Bundesstaaten wie Maharashtra, wo die Metropole Bombay liegt, sind sie in kleineren „Nestern“ zu finden. [...]

[...] Die Regierung will nun ihr Vorgehen gegen die Naxaliten ändern. Innenminister Rajnath Singh traf sich Anfang [Mai 2017] mit den Landeschefs der zehn am stärksten betroffenen Bundesstaaten. Dabei wurden die Sicherheitsvorkehrungen hinterfragt und gezielte Schläge gegen die Führung der Maoisten geplant. [...]

Es sollen aber auch neue Wege gefunden werden, um die wirtschaftliche Entwicklung in den Stammesgebieten zu verbessern. Ein Hauptbestandteil der neuen Strategie soll sein, die Rebellen von ihren Finanzquellen abzuschneiden. Auch diese Idee ist nicht ganz neu. Schließlich hatte Regierungschef Modi schon seine große Bargeldreform Ende des vergangenen Jahres unter anderem damit begründet, dass diese auch den Naxaliten und islamistischen Extremisten die Geldhähne zudrehen würde. Dies hatte allerdings offenbar nicht wie erwartet gewirkt. So ist auch unwahrscheinlich, dass die neuen Maßnahmen tatsächlich schon das Ende dieses lange währenden Aufstands bringen werden.

Till Fährnders, „In Indiens ‚rotem Korridor‘“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Mai 2017 ©Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GbmH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.



Gegen die Unterdrückung der Adivasi und niederer Kasten kämpfen die Naxaliten, maoistische Guerillaeinheiten. Nach einem Feuergefecht bei Padia an der Grenze der Staaten Odisha und Chhattisgarh stellt die Polizei 2013 erbeutete Waffen zur Schau.



Bernd Jonkmanns / laif

Indien ist eine von Männern dominierte Gesellschaft. Frauen sind entgegen der biologischen Norm in der Minderheit. Straßenszene in Coimbatore, Tamil Nadu, 2015

Situation der Frauen

Diskriminiert sind immer noch die indischen Frauen. Sie sind entgegen der biologischen Norm eine Minderheit im Lande. Nach dem Zensus von 2011 kamen auf 1000 indische Männer 943 Frauen, zehn mehr als zehn Jahre zuvor. Bei den Kindern (0–6 Jahre) hat sich das Verhältnis weiter verschlechtert (auf 1000 zu 919). Traurige Spitzenreiter beim Männerüberschuss sind die agrarisch und patriarchal geprägten Bundesstaaten im Zentrum und im Norden Indiens, wo ca. 850 Mädchen auf 1000 Jungen kommen, deutlich besser sieht es im Süden und bei den religiösen Minderheiten aus.

Was dies für die Zukunft bedeutet, kann man sich ausmalen. Es gibt schon Berichte von Raubzügen junger, nordindischer Männer zur Beschaffung von Ehefrauen. Der Männerüberschuss ist in erster Linie Folge der Tötung weiblicher Föten nach vorgeburtlicher Geschlechtsbestimmung per Ultraschall. Diese ist seit 1994 in ganz Indien untersagt bzw. nur noch in medizinischen Notfällen erlaubt, wird aber von den meisten indischen Ärzten weiterhin praktiziert. Zu Anklagen oder gar Verurteilungen kommt es selten. Gründe für die höhere Sterberate von Mädchen und Frauen sind mangelnde Ernährung und unzureichende gesundheitliche Fürsorge sowie die nach wie vor hohe Müttersterblichkeit, die wiederum auf ein sehr frühes Heiratsalter (das durchschnittliche Heiratsalter bei Frauen beträgt 19,3 Jahre und liegt bei ärmeren Schichten

noch deutlich darunter), zu rasch aufeinanderfolgende Geburten und Untergewicht der Gebärenden zurückzuführen ist.

Die Diskriminierung von Frauen ist schon – wie bei etlichen anderen Religionen auch – in den geheiligten hinduistischen Schriften angelegt, wird aber durch die Praxis immer wieder bekräftigt. Indien ist noch eine von Männern dominierte Gesellschaft, in der Frauen ein untergeordneter Status zugewiesen ist. Dabei ist die physische Gewalt gegenüber Frauen, die kürzlich in spektakulären Vergewaltigungsfällen gipfelte, nur die Spitze des Eisberges. Die praktizierte Diskriminierung findet in der indischen Verfassung und in späteren Ausführungsgesetzen keine Entsprechung. Diese sehen die völlige Gleichstellung von Mann und Frau vor. Ein prominentes Ausführungsgesetz, der sogenannte *Hindu Code*, modernisierte das überkommene Familienrecht in Bezug auf Verhehlung, Scheidung, Adoption und Erbrecht mit dem Ziel völliger Gleichstellung. Einschlägige Institutionen zur Frauenförderung entstanden gleichzeitig. Bis zur Publizierung eines äußerst kritischen Berichts („*Towards Equality*“, 1974) änderte sich an der Selbstgefälligkeit über das Erreichte wenig.

Die aufsehenerregende Vergewaltigung eines Mädchens in Haft Ende der 1960er-Jahre führte zur Verschärfung der entsprechenden strafrechtlichen Bestimmungen, später zu Gesetzen, die sexuelle Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz unterbinden sollten. Im Jahr 1990 wurde zudem die Nationale Frauenkommission (NCW), der auch Anzeigen gegen Gewalt übermittelt werden können, ins Leben gerufen. Beobachter sind der Meinung, dass es sich dabei um ein schwaches, personell unterausgestattetes und nicht wirklich autonomes Organ handelt, dessen Mitglieder von der Regierung ernannt und nicht gewählt werden.

Die Wirksamkeit der erlassenen Gesetze scheitert oft an der Umsetzung auf staatlicher Ebene (so wurde das Erbrecht von 1956 nur von den südindischen Staaten durchgesetzt) oder an seiner Umgehung (etwa durch „Schenkungen“ des Erbes an die Brüder). Die gesetzliche Anhebung des Heiratsalters für Mädchen auf 18 Jahre und das Mitgiftverbot, das schon 1961 erlassen wurde, bleiben praktisch unbeachtet. Ein von der Regierung 2010 eingebrachtes neues Scheidungsrecht, das die Möglichkeit der Trennung von Paaren wegen Zerrüttung und die Teilung des gemeinsam erworbenen Eigentums vorsieht, wurde nach Protesten auf die lange Bank geschoben und ist immer noch nicht verabschiedet.

Die prominente Beteiligung von indischen Frauen in der Politik wird oftmals als Beweis für die fehlende Benachteiligung angeführt. Dabei wird unterschlagen, dass weibliche Abgeordnete im Parlament auch heute noch eine winzige Minderheit darstellen (unter zehn Prozent), ebenso wie Frauen in höheren Rängen der Ministerialbürokratie, die sich überdies nicht unbedingt der Frauenförderung verpflichtet fühlen. Besserungen brachten Verfassungsänderungen (1993/94) zur Dezentralisierung, die eine Frauenquote von einem Drittel für die lokalen Körperschaften festlegten. Die Ausdehnung dieser Quotierung auf das Unterhaus und die legislativen Versammlungen der Bundesstaaten wird seit Jahren von den (ländlich orientierten) Regionalparteien hintertrieben mit dem Argument, die Quotierung helfe nur den ohnedies schon privilegierten Frauen.

Die Reservierungen auf lokaler Ebene, ursprünglich oft spöttisch kommentiert, haben das Leben von Tausenden von Frauen verändert. Die gewählten weiblichen Vertreter wurden zwar anfangs oft von ihren Männern zur Kandidatur bewegt und später im Amt „ferngesteuert“. Einmal im Amt, wirkte



Reuters / Nawesh Chitrakar

Um sie vor Belästigungen und Übergriffen zu schützen, gibt es in den öffentlichen Transportmitteln spezielle Abteile für Frauen. Vorortzug nach Mumbai 2012

sich aber die Teilhabe von Frauen deutlich auf die Bereitstellung lokaler Dienste, vor allem in den Bereichen Gesundheit und Bildung, aus sowie auf das Selbstbewusstsein der Gewählten und ihren Willen, ihren Töchtern bessere Bildung zu kommen zu lassen.

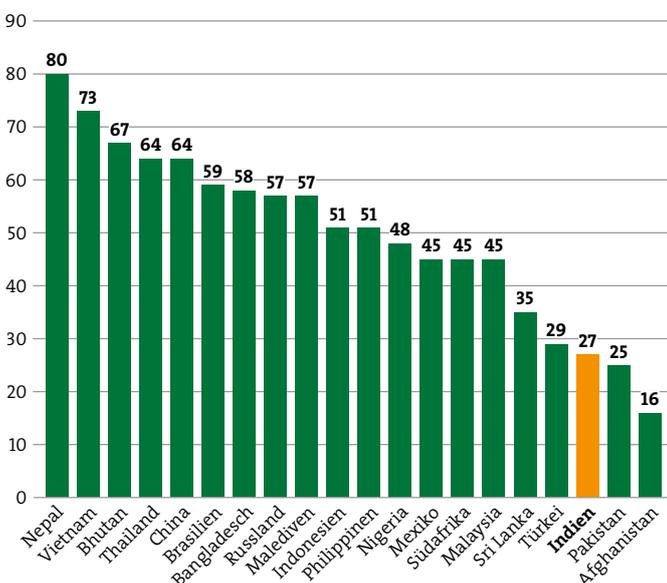
Hinsichtlich der Bildungschancen von Frauen hat sich in Indien viel geändert. Bei der Einschulung, im Primarbereich und bis Klasse 9 sowie beim Hochschulzugang gibt es keine Diskriminierung mehr. Allerdings sind die Abbrecherquoten von Mädchen ab Klasse 9 immer noch höher, zudem studieren

Frauen seltener oder lassen sich – wie andernorts auch – seltener in Richtung gut bezahlter Berufe ausbilden.

Bedauerlicherweise schlägt sich der deutlich gestiegene Bildungsstand der Frauen nicht in einer höheren Beteiligung am Arbeitsmarkt nieder. Indien belegt hierbei einen der letzten Ränge weltweit. Nur 27 Prozent der Frauen gehen einer geregelten Erwerbstätigkeit außerhalb des Hauses nach – eine Quote, die in den letzten Dekaden quer durch alle Schichten (mit Ausnahme der Adivasi) gefallen ist. Auch hierbei gibt es eine beträchtliche regionale Varianz. Höher ist

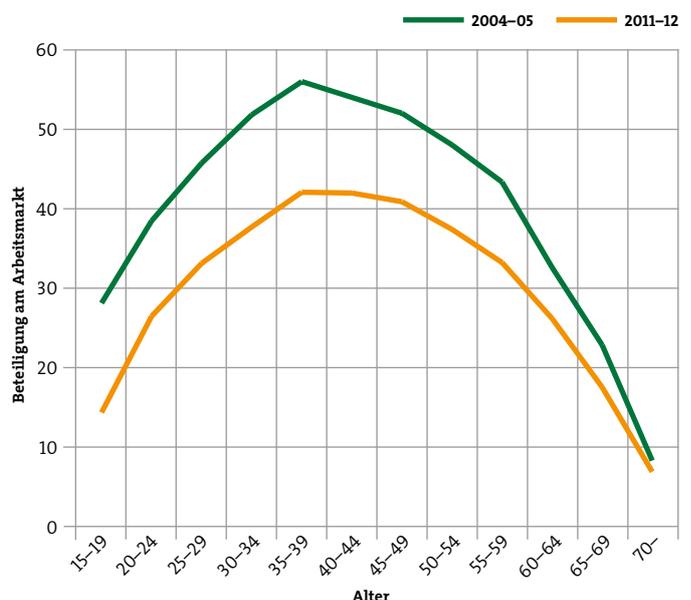
Die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt in Indien ist vergleichsweise niedrig ...

2017, Angaben in Prozent



... und sinkt in allen Altersgruppen

Angaben in Prozent



Weltbank, India Development Update May 2017, Grafik 85, S. 56 (li.) und Grafik 97, S. 61 (re.). Datenquelle (li.): World Development Indicators, (WDI); Datenquellen (re.): National Sample Survey, NSS, und Berechnungen der Weltbank. Gesamt-PDF unter <http://documents.worldbank.org/curated/en/107761495798437741/pdf/115297-WP-P146674-PUBLIC.pdf>



Die bezahlte Beschäftigung von Frauen in Indien ist sozial stigmatisiert, für Angehörige unterer Schichten aber eine Überlebensnotwendigkeit. Schwerstarbeit in einer Fabrik für Sari-Stoffe im nordindischen Rajasthan 2017

die Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt besonders im weniger patriarchalisch geprägten Süden und Osten des Landes und bei besonders armen Familien (bei Letzteren aus purer Notwendigkeit), besonders gering bei den Muslimen und den oberkastigen Hindus sowie in den Städten. Mit höherem Bildungsgrad sinkt die Beteiligung zunächst und steigt erst wieder mit dem Hochschulabschluss an. Dieser etwas paradoxe Befund erklärt sich durch den Bedeutungsgewinn traditioneller Normen bei zunehmendem Wohlstand. Die bezahlte Beschäftigung von Frauen in Indien ist sozial stigmatisiert, vor allem, wenn sie wenig vorzeigbare Tätigkeiten betrifft. Gute und damit angesehene (Büro-)Arbeitsplätze zum Beispiel nehmen in Indien aber langsamer zu als die Anzahl der Kandidatinnen hierfür.

Wesentliche Ursachen für die Benachteiligung von Mädchen (einschließlich der Abtreibung weiblicher Föten) sind, dass Frauen nach der Verheiratung in die Familie ihres Mannes wechseln, für die Versorgung ihrer eigenen Eltern im Alter also nicht mehr zur Verfügung stehen, und für die Familie des Mädchens wegen steigender Mitgift (*dowry*) hohe Kosten bei der Verheiratung entstehen. Diese Praxis geht auf eine Zeit zurück, als in Indien Privateigentum entstand und das Patriarchat gleichzeitig die Beschäftigung der Frauen aus höheren Kasten außerhalb des eigenen Haushalts verbot.

Die Mitgift diente früher der materiellen Absicherung der Frau nach dem Eheschluss, hat sich aber von diesen Ursprüngen weit entfernt. Sie ist zu einer wirtschaftlichen Transaktion zwischen zwei Familien geworden, bei der sich die Brautfamilie einen passenden, möglichst gut ausgebildeten und aus einer höheren Kaste stammenden Bräutigam durch Geschenke an diesen und seine Familie einkauft. Die Verheiratung einer Tochter kann in Indien eine teure Angelegenheit werden; mehrere heiratsfähige Töchter können den sicheren finanziellen Ruin einer Familie bedeuten. Fällt die Mitgift zu dürrig aus, werden Bräute mitunter Opfer insze-

nierter häuslicher Unfälle in der Familie des Bräutigams, die auf die nächste Mitgift spekuliert. Dieser skandalösen Praxis fallen pro Jahr nach offiziellen Angaben mehr als 8000 junge Bräute zum Opfer.

Auch sonst ist Gewalt gegen Frauen in der Familie und andernorts ein alltägliches Phänomen. Indien gehört zu den Ländern mit der höchsten Vergewaltigungsrate weltweit und zeichnet sich durch mäßigen Erfolg bei der Verurteilung von Tätern aus. Das Land zog deswegen besonders nach einem brutalen Vorfall in Delhi Ende 2012 (Gruppenvergewaltigung, in deren Folge das Opfer schwere innere Verletzungen erlitt und starb) die internationale Aufmerksamkeit auf sich. Die Regierung reagierte mit einer Verschärfung des Sexualstrafrechts (inklusive der Todesstrafe) und der Einrichtung von Schnellgerichten. In der Folge wurden Vergewaltigungen häufiger angezeigt, ein positives Anzeichen dafür, dass das Stigma vergewaltigter Frauen sinkt.

Gewalt gegen Frauen in der Familie geht meist vom Ehepartner aus. 37 Prozent der Männer gaben laut einer Untersuchung an, ihre Frauen regelmäßig zu schlagen. Besser ausgebildete Frauen mit eigenem Einkommen sind deutlich seltener Opfer von physischer und sexueller Gewalt in der Familie. Bezeichnend ist, dass die Mehrzahl der befragten Frauen der Aussage zustimmt, Gewalt gegen sie sei unter bestimmten Umständen gerechtfertigt. Dies zeigt, wie tief patriarchalische Wertvorstellungen verankert sind.

Gerechterweise muss man sagen, dass sich in urbanen und intellektuellen Mittelschichten die traditionelle Unterordnung der Frauen deutlich abgeschwächt hat. Hier ist auch die Scheidungswilligkeit von Frauen gestiegen. Im Übrigen nimmt auch der Anteil von „Liebesheiraten“ statt arrangierter Verbindungen zu, sodass man zumindest einen zaghaften Wandel konstatieren kann.

Ein beträchtlicher Teil der vorsichtigen Emanzipation indischer Frauen geht auf das Konto der Frauenbewegungen im

Unter Druck von Ehemann und Schwiegermutter

[...] Nichts fürchten viele indische Frauen mehr als ihre Schwiegermutter. Überall in der Welt werden Witze über Schwiegermütter gerissen, meist von Männern. Doch nur selten spielen Schwiegermütter eine so zentrale Rolle dabei, patriarchalische Strukturen zu zementieren und junge Frauen zu kontrollieren, wie im mehrheitlich hinduistischen Indien.

Zwar verändert sich Indien rasant. Kleinfamilien nehmen zu und die jungen Frauen von heute lassen sich weniger gefallen. Aber noch immer folgen viele Paare der Tradition, nach der Hochzeit zu den Eltern des Mannes zu ziehen. Dort stehen die jungen Frauen unter der Fuchtel der „Saas“, wie die Schwiegermutter auf Hindi heißt. Man erwartet, dass sie sich der älteren Frau klaglos unterwerfen.

Natürlich gibt es Frauen, die ihre Schwiegertöchter liebevoll behandeln. Doch für viele junge Ehefrauen beginnt eine Leidenszeit. Sie werden wie Sklavinnen ausgebeutet und müssen die ganze Familie bedienen. Dieses Muster pflanzt sich über Generationen fort: Später schikanieren sie ihre eigenen Schwiegertöchter, um sich für die eigenen harten Jahre zu entschädigen.

Während die Männer draußen das Sagen haben, geben die Schwiegermütter in der Familie oft ihren verlängerten Arm. Ihnen obliegt es, die Ehre der Familie zu schützen und die jüngeren Frauen zu überwachen. So gelingt es ihnen, von den patriarchalischen Strukturen zu profitieren und Macht zu erringen. Damit tragen Frauen zur Unterdrückung von Frauen bei.

Von ihren Ehemännern haben die jungen Frauen wenig Hilfe zu erwarten. So verlangt die Sitte, dass sich die Söhne bei Konflikten aus Respekt stets auf die Seite ihrer Mutter schlagen. Bis heute haben viele Männer ein engeres emotionales Band zu

ihrer Mutter als zu ihrer Frau. Indische Mütter vergöttern und verhätscheln ihre Söhne oft maßlos, weil sie erst durch einen Sohn einen Wert bekommen, während Töchter als minderwertig gelten. [...]

Dafür reklamieren viele Mütter eine Machtposition im Leben ihrer erwachsenen Söhne und deren Frauen. Ihre Kontrolle kann sich auf fast alle Aspekte des Lebens erstrecken. Sie bestimmen, wie sich die Schwiegertochter kleidet, ob sie ihre Eltern besuchen, einen Job annehmen oder verreisen darf. Viele Frauen dürfen nicht mal alleine einkaufen oder zum Arzt gehen. Im Extremfall bestimmen Schwiegermütter sogar, wie oft das junge Paar Sex hat, indem sie die „Bahu“, die Schwiegertochter, bis tief in die Nacht schuften lässt, um romantische Augenblicke zu zweit zu verhindern.

Das Machtgefälle beinhaltet oft direkte Gewalt. „Es gibt wachsende Hinweise, dass viele indische Frauen Gewalt durch ihre Schwiegermütter erleiden“, heißt es in einer Studie von 2013. „Indische Schwiegermütter sind beständig in Verfahren wegen Gewalt gegen ihre Schwiegertöchter verwickelt, insbesondere in Mitgiftfällen.“ [...]

Umgekehrt machen auch Fälle Schlagzeilen, in denen Frauen ihre Schwiegermütter misshandeln. Vor allem ältere Frauen wie Witwen, die ohne Schutz eines Ehemannes dastehen, gelten als Bürde und werden leicht Opfer häuslicher Gewalt. Das geht so weit, dass sie ausgesetzt werden. Die heilige Stadt Vrindavan ist voll von Witwen, die in ihren Familien nicht mehr erwünscht sind.

Christine Möllhoff, „Die Angst vor der ‚Saas‘“, in: Frankfurter Rundschau vom 15. August 2016 ©Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GbmH, Frankfurt



In Danganmal, Maharashtra, nehmen manche Männer eine Zweitfrau, oft alleinstehende Mütter oder Witwen, deren alleinigen Aufgabe es ist, für die Wasserversorgung der Familie zu sorgen.

Kampf für Geschlechtergerechtigkeit

„Ich hasse es, wie die Männer hier starren. Als wäre ich kein Mensch. Ich hatte Angst und meine Eltern wollten mich abends nicht vor die Tür lassen“, erzählt Rachel Bali über ihre Erfahrungen in Neu-Delhi. „Ich gehe trotzdem raus. [...] Aber natürlich habe ich die Angst verinnerlicht und gehe ungern raus.“ Die 24-Jährige hat genug von diesem Gefühl und der Machtlosigkeit.

Deshalb gründete sie die Initiative „*KrantiKali*“, die durch Kunst und Aktion Geschlechtergerechtigkeit voranbringen will. Sie veranstaltet feministische Literaturabende, organisiert Nachtspaziergänge und sammelt Geschichten von Frauen, die auf der Straße belästigt wurden, damit den Männern klar wird, wie sich das anfühlt: angestarrt, angegrapscht oder beschimpft zu werden.

Der niedrige Status von Frauen in Indien werde im Umgang zwischen den Geschlechtern auf der Straße besonders deutlich. „Ständig belästigt zu werden, verändert einen“, erzählt Rachel Bali. „Nur wenige wollen darüber sprechen. Aber Männer jeder Klasse und Kaste scheinen jegliche Empathie verloren zu haben. Bildung allein reicht nicht. Ich weiß nicht genau, was es ist, was in unserem Land fehlt, aber die Erziehung und Denkweise der Männer muss sich radikal ändern“, fordert die junge Frau aus Kaschmir.

Bali ist nicht allein auf der Suche nach Antworten. Für Jasmen Patheja, Gründerin der Initiative „*Blank Noise*“, ist klar: „Die Männer denken, sie hätten einen Anspruch auf Frauen. Die Tatsache, dass Politiker das Verhalten der Männer auch noch rechtfertigen und Gewalt gegen Frauen verharmlosen, führt zu Normalisierung von Gewalt und Abwertung von Frauen. Das Verhalten der Männer wird auf die Kleidung, den Westen oder die Jugend geschoben. Damit kann niemand zur Verantwortung gezogen werden.“

Der Psychiater Samir Parikh erklärt: „Wir erleben einen Verfall in der Einstellung zu Geschlecht auf einem kollektiven Level. Das kommt in Kriegssituationen vor und in Gesellschaften, die sich im Umbruch befinden.“

Weitere Gründe für die Belästigung sind seiner Meinung nach fehlende sexuelle Aufklärung und die massenhafte Verbreitung von Pornografie bei gleichzeitiger Tabuisierung von Sexualität. Es gehe aber auch um Macht: Viele indische Männer scheinen

nicht in der Lage zu sein, sich an die Machtlosigkeit in einer sich wandelnden Welt anzupassen. Hinzu komme, dass Gesetze, die nachlässige Strafverfolgung und Politiker eher als Bollwerk des Patriarchats dienen, anstatt Anstoß für Reformen zu geben. Das kritisieren auch Frauenrechtsgruppen immer wieder. [...]

Immer mehr Frauen wollen die Diskriminierungen nicht mehr hinnehmen, deshalb ermutigen zahlreiche feministische Initiativen sie, ihre Angst in Wut und Selbstbewusstsein umzumünzen. Als direkte Reaktion auf den Vorfall in Bangalore, bei dem in der Silvesternacht [2016] Männergruppen mehrere Frauen auf der Straße sexuell belästigt und angegriffen haben sollen und auf die Kommentare von Politikern, die Frauen empfahlen, nach Einbruch der Dunkelheit im Haus zu bleiben, finden in ganz Indien Märsche unter dem Hashtag #IWillGoOut statt.

[...] Die Initiative „*Blank Noise*“ stellt auch Kleidung von Frauen aus, die sie trugen, als sie belästigt wurden. Von der Pluderhose bis zum Rock ist alles dabei. Damit zerstören sie den Mythos, dass bedeckende Kleidung vor Belästigung schützt.

#Walkalone ist der Hashtag, den Frauen in ganz Indien benutzen, um zu zeigen, wie sie eine Strecke ablaufen, obwohl sie Angst haben. Die Frauen berichten, das Gefühl, Angst zu überwinden und sich die Stadt zurückzuerkämpfen, überwiege die negativen Erfahrungen. [...]

Das Problem bleibt bestehen, solange sich die Männer nicht ändern. Umfragen zufolge haben 96 Prozent der Frauen in Neu-Delhi – fast neun Millionen – Angst, alleine rauszugehen. Nur 27 Prozent der erwerbstätigen Frauen in Indien arbeiten außerhalb des Hauses. Familien wollen oft nicht, dass Frauen arbeiten. Sicherheit spielt dabei eine große Rolle.

Bei dem jüngsten #IWillGoOut-Marsch zeigten sich die Frauen kämpferisch und wütend. In Sprechchören rufen sie: „Ich gehe raus! Am Tag und in der Nacht! Alleine oder mit meinen Freundinnen!“ Eine Teilnehmerin erklärt, sie marschiere mit, weil sie keine Geduld mehr habe, darauf zu warten, „dass die indischen Männer im 21. Jahrhundert ankommen [...]“

Lea Gölnitz, „Als wäre ich kein Mensch“, in: Frankfurter Rundschau vom 2. März 2017



Protest gegen häusliche Gewalt vor dem Sitz der städtischen Polizei in Kolkata 2016. Die Demonstranten verlangen Gerechtigkeit für die Opfer. 2015 wurde laut Nationalstatistik jede sechste Frau in der Stadt von ihrem Ehemann misshandelt.



ddp images / robertharding / Goong

Seit 2010 haben indische Kinder von sechs bis 14 Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf kostenfreie Bildung, es wurde eine nahezu vollständige Einschulung erreicht. Unterricht in der Sandipani-Muni-Schule für bedürftige Mädchen in Vrindavan, Uttar Pradesh, 2016

Land, die in den späten 1970er-Jahren entstanden. Ihre Kritik richtete sich zunächst generell gegen traditionelle hinduistische Praktiken, später gegen sexuelle Gewalt und den Fortbestand frauendiskriminierenden Zivilrechts in Indien. Diese Kampagnen brachten die Politik unter Zugzwang: Neben der Bestätigung des Verbots von Witwenverbrennungen wurden 1984/86 auch die Strafen für Mordmorde deutlich heraufgesetzt.

Nicht nur städtische, sondern auch unterprivilegierte Frauen sind stärker mobilisiert worden; eine der bekanntesten Organisationen ist SEWA (*Self Employed Women's Association*), die ursprünglich als demokratisch organisierte Gewerkschaft armer, selbstständiger Frauen im informellen Sektor (d. h. dem Teil der Volkswirtschaft, der nicht durch formalisierte Beschäftigungsverhältnisse geprägt ist) gegründet wurde. Später dehnte sie ihre Aktivitäten auf den Zugang von Frauen zu Beschäftigung, Wohnraum, Krediten, Umschulungsprogrammen und Märkten, zum Beispiel für kunsthandwerkliche Produkte, aus.

Staatliche Sozialpolitik

Nicht nur das Einkommen, auch die Lebensqualität der indischen Bevölkerung hat sich weiter verbessert, allerdings in etwas geringerem Maß, als es das rasche wirtschaftliche Wachstum erlaubt hätte. Bei den üblichen Sozialindikatoren (Kinder- und Müttersterblichkeit, Lebenserwartung, Alphabetisierung, Dauer des Schulbesuchs) schneidet Indien nicht besser ab als ärmere Staaten in Südasien, nach dem Index der menschlichen Entwicklung (*Human Development Index, HDI*) rangiert es auf Platz 135 (von 185). Die Indikatoren streuen auch nach wie vor beachtlich nach Geschlecht, Regionen, sozioöko-

nomischen und religiösen Gruppen. Diese sehr durchwachsene Bilanz erklärt sich auch durch die für eine Demokratie bescheidenen staatlichen Sozialleistungen, mehr aber noch durch deren oft dürftige Qualität.

Bildung

In Bezug auf Bildung wurde nahezu vollständige Einschulung erreicht, die geschlechterspezifischen Unterschiede sind bis zu Klasse 9 geschwunden, machen sich aber danach noch bemerkbar. Die Zahl und Ausstattung der Schulen hat sich durch das 2000/01 aufgelegte nationale Bildungsprogramm „Bildung für alle“ (*Sarva Shiksha Abhiyan, SSA*), verstärkt durch das 2010 gesetzlich verankerte Recht auf kostenfreie Bildung von sechs bis 14 Jahren, deutlich verbessert, die Klassengrößen sind gesunken, Ausbildungserfordernisse für Lehrer wurden erhöht.

Allerdings ging damit keine Steigerung der Lernerfolge einher. Das hat einmal mit der höheren Einschulungsrate zu tun, die auch Kinder bildungsferner Schichten erreicht, mehr aber noch mit der häufigen Abwesenheit der Lehrer und Kinder vom Unterricht, bedingt durch Mitarbeit der Kinder im Haushalt/Familienbetrieb bzw. anderweitiger Aktivitäten des Lehrpersonals. Es hat auch mit veralteten Lehrmethoden (Frontalunterricht) zu tun, mäßigem Kenntnisstand und Engagement der Lehrer – vor allem wegen schwacher Schulaufsicht, nicht aber mit deren zu geringer Bezahlung. Private Schulen erzielen bei deutlich geringeren Lehrergehältern bessere Ergebnisse, weil dort Lehrer leichter vom Dienst suspendiert werden können.

Konsequenterweise hat in Indien eine massive Privatisierung des Schulwesens eingesetzt. Diese schließt auch die Hochschulen ein; hier sind vor allem Ausbildungsstätten für marktnahe Berufe aus dem Boden geschossen, mit teilweise

Was zieht indische Studierende nach Deutschland?

[...] Die Liberalisierung der indischen Wirtschaft und die sich daraus ergebenden neuen Chancen für Beschäftigung und Mobilität haben zur Entstehung einer neuen Mittelschicht geführt, die mit dem wachsenden indischen BIP stetig breiter wird.

Weil immer mehr Menschen in eine Hochschulausbildung investieren wollen und sich das auch leisten können – und weil 50 Prozent der indischen Bevölkerung jünger als 25 Jahre sind –, ist die Nachfrage nach einer Hochschulausbildung im Land enorm gestiegen. Zwar schießen in Indien Colleges und Universitäten mit unterschiedlich hohen und für viele Angehörige der Mittelschicht erschwinglichen Studiengebühren wie Pilze aus dem Boden, doch verfügt nur ein geringer Prozentsatz davon über nationales Renommee.

Infolgedessen herrscht ein erbitterter Konkurrenzkampf um den Zugang zu diesen prestigeträchtigen Universitäten. Durch die Internationalisierung der Hochschulausbildung erweist sich auch das Auslandsstudium für die neue Mittelschicht als realisierbare Bildungsstrategie.

Traditionell steuern indische Studierende seit langer Zeit englischsprachige Länder an, insbesondere die USA, Großbritannien und Australien. Doch [...] werden seit einem Jahrzehnt einige neue Länder – insbesondere europäische Staaten wie Deutschland oder die Niederlande bis hin zu Lettland und Litauen – bei indischen Studierenden zunehmend beliebter.

In vielen dieser Länder bemühen sich Universitäten, ausländische Studierende anzuwerben, und einige von ihnen sind Partnerschaften mit Studienberatungsagenturen in Indien eingegangen. In deren Werbematerialien werden häufig bestimmte Punkte hervorgehoben: die Verfügbarkeit hochwertiger Bildung zu erheblich geringeren Kosten als in den USA, Großbritannien usw., englischsprachige Studiengänge, die „internationale“ Atmosphäre der Universitäten und der angebotenen Studiengänge und in einigen Fällen auch Praktika und Beschäftigungschancen nach dem Studium.

Viele Universitäten in Mittel- und Osteuropa betonen außerdem, dass sie international anerkannte „europäische Abschlüsse“ anbieten, und eines der Argumente der sie vertretenden indischen Beratungsagenturen lautet, dass Studierende an diesen Universitäten in andere Schengen-Staaten reisen und unter Umständen nach dem Studium ein Arbeitsvisum erhalten können, das zu einer Aufenthaltsgenehmigung für die EU berechtigt. [...]

[...] Deutschland [gilt] aus mehreren Gründen als attraktives Studienland.

Erstens werden die meisten Studierenden zunächst durch die relativ geringen Kosten eines Aufbaustudiums motiviert, Deutschland als Studienland in Betracht zu ziehen. Da sich die Studiengebühren an US-amerikanischen und britischen Universitäten pro Jahr auf ein Mehrfaches des durchschnittlichen Jahreseinkommens indischer Mittelschichtsangehöriger belaufen, erscheint ein Studium in Deutschland vielen als erschwinglicher Weg zu einer internationalen Qualifikation.

Zweitens bietet Deutschland zahlreiche Aufbaustudiengänge in englischer Sprache an. [...] Dennoch lehnen es die Studierenden nicht ab, Deutsch zu lernen. Sie erfahren sowohl von ihren Beratern als auch von Kontaktpersonen in ihren sozialen Netzwerken, die selbst in Deutschland studieren, dass eine gewisse Sprachbeherrschung wichtig ist, um im Land gut zurechtzukommen, und unabdingbar, um die eigenen Beschäftigungschancen zu verbessern. [...]

Drittens gelten deutsche Universitäten als hochwertig und ein Studium in Deutschland damit als erstrebenswert. Deutschland gilt als „Technik-Drehscheibe“ und als besonders gutes Land für Studienabschlüsse in den Fachrichtungen Ingenieurwesen (insbesondere Maschinenbau oder Fahrzeugtechnik) und Informationstechnologie (IT). 54 Prozent aller in Deutschland studierenden Inder sind für ein Ingenieurstudium eingeschrieben. Weitere 30 Prozent studieren IT, Mathematik und Naturwissenschaften. [...] Staatliche deutsche Universitäten sind umkämpft und es ist nicht leicht, eine Zulassung zu bekommen. Dies steigert noch das Prestige eines Abschlusses in Deutschland. [...]

Viertens sind die Möglichkeiten, einer bezahlten Beschäftigung nachgehen und studienbegleitende Praktika absolvieren zu können, für viele Studierende ein wichtiges Entscheidungskriterium für ein bestimmtes Studienland. In Deutschland dürfen Studierende 120 volle oder 240 halbe Tage pro Jahr arbeiten [...]. [...]

Ein enormer „Pull“-Faktor sind schließlich die guten Beschäftigungschancen in Deutschland nach dem Studium. Während einige im Auslandsstudium einen Weg zur dauerhaften Auswanderung sehen, möchte die Mehrheit wenigstens für einige Jahre im Ausland arbeiten. [...]

Dennoch studieren die meisten jungen Leute nur dann bereitwillig in Deutschland, wenn sie keine Studiengebühren bezahlen müssen. Studierende, die in Deutschland nur eine Zulassung zu kostenpflichtigen Studiengängen erhalten, entscheiden sich dann oft für die USA, selbst wenn sie dafür noch mehr Geld aufbringen müssen.

Mit über 4 000 Universitäten, einer der größten Ökonomien der Welt und einer langen Geschichte als „Mekka“ für indische Studierende nehmen die USA hinsichtlich Bildungsqualität und Chancen für die meisten indischen Studierenden weiterhin den ersten Platz ein. Die Studierenden glauben auch, dass sie sich in einem Land, in dem Englisch – eine ihnen bekannte Sprache – die Hauptverkehrssprache ist, leichter integrieren und erfolgreich sein können.

Daher gilt Deutschland bei den Studierenden, die hierher kommen, aus all den oben genannten Gründen zwar als attraktives Studienland, bleibt aber trotzdem vor allem eine hervorragende zweite Wahl nach den USA.

Sazana Jayadeva, Bildungshunger: Indische Studierende in Deutschland, GIGA Focus, Asien, Nr. 5, September 2016; www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_asien_1605.pdf

eher mittelmäßiger Qualität. Überhaupt rangieren indische Hochschulen in internationalen Rankings auf den hinteren Plätzen, eine Folge der starken Trennung von Forschung (die in eigenen Instituten stattfindet) und Lehre, finanzieller Unterausstattung und politisch motivierter Stellenbesetzung, die unter der neuen Regierung Modi wieder Fahrt aufgenommen hat.

Im auffallenden Missverhältnis zum wirtschaftlichen Aufschwung des Landes und zum beabsichtigten Ausbau der Industrie steckt der Zustand des Berufsschulwesens. Weniger als zehn Prozent der Arbeitskräfte in der Industrie haben eine Ausbildung, insgesamt gibt es nur 11000 Berufsschulen in Indien (in China sind es 500000). Seit 2009 existiert nun ein neues Programm, das neue Trainingszentren finanziert und dabei Verbindung zu den Betrieben hält.

Gesundheit

Ähnliche Defizite wie die Bildung weist der Gesundheitsbereich auf: Indiens Ranking-Werte sind auch hier nicht besser als diejenigen benachbarter ärmerer Staaten. Auch hier liegen die Ursachen in mangelnder Finanzausstattung des staatlichen Gesundheitswesens, mäßigem Engagement des dort beschäftigten Personals (zugunsten ihrer privaten Praxis nach Dienstschluss) und fehlender Medikamente. So suchen selbst arme Patienten lieber private Anbieter auf.

Der private Gesundheitsbereich wird allerdings nur begrenzt überwacht, die Qualität der Dienste weist große Unterschiede auf. Vor allem sind diese Dienste mangels ausreichender Abdeckung durch Versicherungen bar zu bezahlen. Das stellt in Indien nach wie vor ein hohes Verarmungsrisiko dar.

Immerhin wurde mit einem neuen Programm (*Rashtriya Swasthya Bima Yojana, RSBY*, seit 2008) ein Anfang mit der Versicherung armer Familien für die stationäre Behandlung definierter Krankheiten gemacht. Mittlerweile sollen 150 Millionen Menschen in Indien davon erfasst sein. Auch wurde die Ausstattung der staatlichen Krankenhäuser auf dem Land durch ein weiteres Programm (*National Rural Health Mission*,

NRHM, seit 2005) deutlich verbessert, vor allem im Bereich der Geburtshilfe. Dieses Programm wurde unlängst auf die Städte ausgedehnt. Angesichts der sogenannten epidemiologischen Transition in Indien – also des vermehrten Auftretens nicht übertragbarer Krankheiten wie Krebs, Herz- und Kreislauferkrankungen und Diabetes – bei gleichzeitig noch massenhaftem Vorherrschen übertragbarer Krankheiten dürften die neuen staatlichen Anstrengungen bei Weitem nicht ausreichen.

Armutsbekämpfung

Neue Wege bei der Armutsbekämpfung werden mit einem 2005 aufgelegten Beschäftigungsprogramm (*Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Act, MGNREGA*) beschritten. Im Gegensatz zu seinen Vorläufern enthält es einen Rechtsanspruch auf Beschäftigung für 100 Tage pro Jahr für jeweils eine Person aus unterbeschäftigten Landarbeiterfamilien, die mit dem jeweils geltenden Mindestlohn vergütet wird. Das Programm finanziert Gemeinschaftsvorhaben, die von den lokalen Dorf- und Distrikträten ausgewählt werden. Es hat zwar die Zielmarke von 100 Tagen garantierter Arbeit nicht erreicht (der Durchschnitt lag zuletzt bei 33 Tagen pro Familie), den Konsum und die Sparfähigkeit der Begünstigten aber erheblich verbessert, im Übrigen wohl auch zu einem allgemeinen Anstieg der Landarbeiterlöhne beigetragen.

Das traditionelle System der Nahrungsmittelsubventionen über staatliche Ankäufe und Abgabe über *fair price shops* zu vergünstigten Preisen (*public distribution system, PDS*), das wegen hoher Streuverluste, Korruption und Unterschlagung schon lange in der Kritik steht, erhielt durch eine Direktive des Obersten Gerichts zur Ernährungssicherheit neuen Schub: Der *National Food Security Act* von 2013 verspricht immerhin zwei Dritteln der Gesamtbevölkerung den Bezug vergünstigter Nahrungsmittel. Ohne Verringerung der bisherigen Streuverluste wird das teuer, weshalb staatlicherseits Überlegungen angestellt werden, das ganze System zu digitalisieren oder besser gleich auf Barüberweisungen für die Nutznießer umzusteigen.



Die Defizite des staatlichen Gesundheitswesens lassen viele, auch ärmere Inder auf private Angebote zurückgreifen. Krankheit wird zum Verarmungsrisiko. Ein Krankensaal im Balrampur Hospital von Lucknow, Uttar Pradesh, 2015



Seit 2013 sichert ein Gesetz zwei Dritteln der Bevölkerung den Bezug vergünstigter Lebensmittel zu. Diese sind bislang in fair price shops erhältlich, wie hier in Kolkata 2012.

JOACHIM BETZ

Politisches System

Indien ist die größte Demokratie der Welt, ihr föderales System wirkt stabilisierend und sie genießt große Akzeptanz in der Bevölkerung. Ein breites Spektrum an Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen vertritt die Interessen der gesellschaftlichen Gruppen. Justiz und Polizei sind unabhängig, leiden aber unter Überlastung und Korruption.

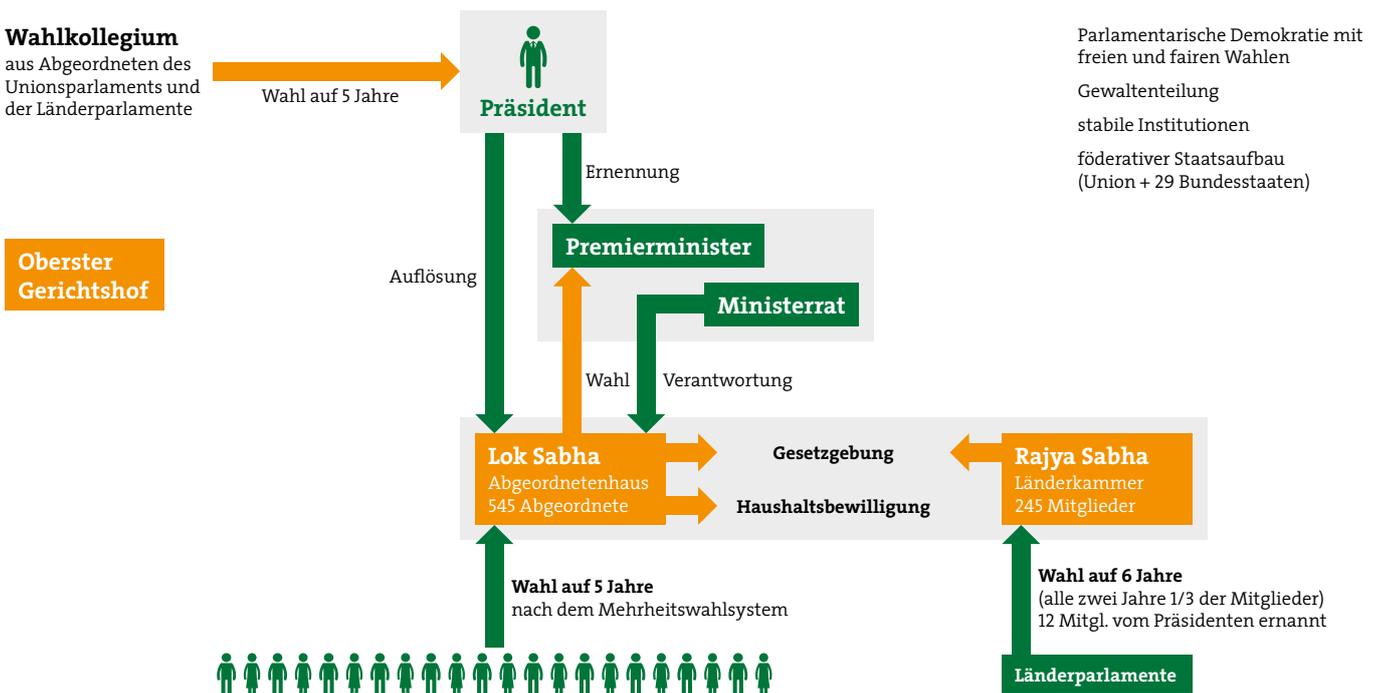
Indien feiert sich gern als „größte Demokratie der Welt“. Dieser Stolz ist – bei aller Kritik an Menschenrechtsverletzungen und der zeitweisen oder regionalen Aushebelung demokratischer Verfahren – durchaus gerechtfertigt, speziell in Anbetracht der Entwicklung, die andere Staaten nach ihrer Unabhängigkeit beschritten haben. Die Demokratie ist von allen wichtigen Gruppen als einzig legitime Herrschaftsform anerkannt, es gibt kaum politische Bewegungen, die Einfluss auf außerparlamentarischem Weg suchen, das Militär unterliegt strikter ziviler Kontrolle. Man kann allenfalls darüber streiten, ob die prozedurale Demokratie (also die formalen politischen Freiheiten) und die proklamierte politische Gleichheit auch ein ausreichendes Fundament von materieller Chancengleichheit geschaffen haben und ob sozioökonomische Ungleichheit sich nicht in stark unterschiedlichen politischen Einflusschancen niederschlägt.

Verfassung

Die Verfassung der Republik Indien atmet den Geist westlich-liberaler Staatstraditionen. Sie ist mit ihren 395 Artikeln eine der längsten Verfassungen der Welt; sie enthält das allgemeine Wahlrecht, einen Menschenrechtskatalog (darunter auch die Gleichheit vor dem Gesetz), das Verbot der Diskriminierung nach Religion, Kaste und Geschlecht sowie großzügige Rechtsweegegarantien. Die Durchführung der Wahlen wurde in die Hände einer unabhängigen Wahlkommission gelegt. Den Dalits und Adivasi wurden Sonderrechte gewährt (Reservierungen im öffentlichen Dienst und bei den Ausbildungsplätzen der Hochschulen), die sie an die Mehrheitsbevölkerung heranführen sollen.

Eine Besonderheit der indischen Verfassung sind die Leitlinien des politischen Handelns, welche der Regierung vorgegeben werden, also etwa die Verpflichtung des Staates für die Wohlfahrt, Beschäftigung und Ausbildung seiner Bürger zu sorgen. Diese Prinzipien waren mangels Ausführungsgesetzen zunächst nicht gerichtlich einklagbar und sind daher oft als folgenlos belächelt worden. Zu Unrecht, denn in den vergangenen Dekaden zwang das Oberste Gericht die Regierung dazu, dem Recht auf Nahrung, Bildung und Beschäftigung durch einschlägige Programme Raum zu geben.

Das politische System Indiens





Reuters / Sucheta Das JS / TW



Reuters / Harendra Prakash



Visum



xinhua / photofinder.com

Links oben: Eine Konditorei in Kolkata verkauft Kekse mit Symbolen der konkurrierenden Parteien (2004). Rechts oben: Wählen nach Geschlechtern getrennt, Schlange vor einem Wahllokal in Allahabad (2017). Links unten: Im Wahllokal des Dorfes Ghoma, Ahmedabad, wird über die Kandidierenden für die Lok Sabha, das Unterhaus des Parlaments, abgestimmt (2009). Rechts unten: Auszählung der Stimmen anlässlich der landesweiten Wahlen in Guwahati, Assam (2014).

Demokratische Freiheiten und Wahlen

Die durch die Verfassung gewährten demokratischen Freiheiten unterliegen in Indien deutlichen, wenn auch oft nur zeitweiligen Beschränkungen. Ist die innere und äußere Sicherheit des Landes bedroht, kann der Staatspräsident auf Anraten des Premierministers Notstandsmaßnahmen ergreifen und die bürgerlichen Freiheiten aufheben. Dies bedarf nach Ablauf eines halben Jahres aber der Bestätigung durch beide Kammern des Parlaments. Im Übrigen kann der Präsident auch einen Unionsstaat unter Kuratel der Zentralregierung stellen, wenn Recht und Ordnung gefährdet sind oder die Landesregierung über keine Mehrheit mehr verfügt. Schließlich kann die Pressefreiheit im Interesse der Integrität des Staates und der öffentlichen Moral eingeschränkt werden und es kann Vorbeugehaft zur Abwehr interner Unruhen angeordnet werden.

Die Wahlbeteiligung in Indien ist angesichts des Umstands, dass man sich dafür registrieren lassen muss, recht hoch (bei den Wahlen zum Unterhaus 2014 über 66 Prozent, bei den 2016/17 stattgefundenen Wahlen zu den legislativen Versammlungen der Unionsstaaten bis zu 83 Prozent). Zwischen Frauen und Männern gibt es dabei kaum Unterschiede, Ärmere beteiligen sich häufiger als Wohlhabende, haben also offenbar den Eindruck, dass ihre Stimme Gewicht hat.

An der Freiheit der Wahlentscheidung ist nicht zu zweifeln. Die unabhängige Wahlkommission überwacht noch strenger als früher, welche Beeinträchtigungen der Wahl – etwa in

Form von Gewalttätigkeiten, Stimmenkauf, Betrug oder Raub von Wahlurnen – Nachwahlen erfordern. Sie zwingt die Kandidaten, ihre Vermögensverhältnisse und ihren Bildungsstand offenzulegen sowie zu erklären, ob gegen sie Strafverfahren anhängig sind. Sie überwacht auch die Umsetzung ihres Verhaltenskodex, der die Verteilung von Wahlgeschenken durch die amtierende Regierung oder einzelne Amtsträger streng untersagt und die Ausgaben für die Wahlkampagne der Kandidaten beschränkt.

Auch weil die Grenzen für die Wahlkampfausgaben viel zu niedrig angesetzt wurden, war deren Deckelung nur begrenzt erfolgreich. Die politische Konkurrenz zwischen potenziellen Kandidaten und Parteien hat sich wegen deren Vervielfachung deutlich erhöht; das liegt nicht zuletzt daran, dass ein Wahlmandat auch finanziell attraktiv ist. Konsequenterweise drängen auch weniger seriöse Aspiranten in die Politik. Ein Fünftel der Unterhausabgeordneten ist in Strafrechtsprozesse verwickelt, darunter auch wegen schwerer Straftaten bis zum Mord. Die Neigung der Parteien, Kandidaten mit krimineller Karriere aufzustellen, liegt daran, dass diese finanziell potent sind und über einen „schlagkräftigen“ Anhang verfügen. Sie sind in Wahlen eher erfolgreich als andere. Heute sind bereits verurteilte oder inhaftierte Politiker von der Kandidatur ausgeschlossen. Dem voraus ging eine längere Auseinandersetzung des Obersten Gerichts mit den Parteien, die diese Bestimmung zu blockieren versuchten.

Politische Institutionen

Gesetzgebende Gewalt

Die verfassungsmäßige Vorrangstellung der nationalen indischen Volksvertretung (geteilt in zwei Kammern, Unterhaus, *Lok Sabha*, und Oberhaus, *Rajya Sabha*) wird beschränkt durch die Gesetzgebungskompetenz der unionsstaatlichen legislativen Versammlungen, durch die Grundrechte und – zuletzt mit steigender Bedeutung – durch die in der Verfassung verankerten Leitprinzipien staatlichen Handelns (etwa das Recht auf Bildung), deren Durchsetzung das Oberste Gericht neuerdings nachdrücklich einfordert und überwacht.

Das Unterhaus zählt 545 Abgeordnete, die in Einerwahlkreisen bestimmt werden. Ein knappes Viertel der Wahlkreise ist den Vertretern der Dalits und der Adivasi vorbehalten, was die Parteien zur Aufstellung entsprechender Kandidaten zwingt. Die Legislaturperiode beträgt fünf Jahre, der Premierminister kann jedoch eine vorherige Auflösung beantragen und Neuwahlen ansetzen. Dem Parlament kommen die in westlichen Demokratien üblichen Funktionen wie Gesetzgebung und Kontrolle der Regierung zu und es verfügt dazu über die entsprechenden Mittel wie Misstrauensvotum, Genehmigung des Haushaltes oder des Ausnahmezustandes und das Ansetzen von Fragestunden. Wie in anderen parlamentarischen Systemen werden die Parlamentsmehrheit und die Regierung von derselben Parteienkoalition gestellt, was der Parlamentsmehrheit kooperative Zusammenarbeit mit der Regierung nahelegt.

Die Ausformulierung von Gesetzesvorschlägen obliegt weitgehend der Regierung bzw. der ihr nachgeordneten Bürokratie. Regierungsverordnungen sind vom Parlament zu bestätigen, internationale Abkommen dagegen nicht. Das Parlament ist auch nicht berechtigt, Untersuchungsausschüsse einzusetzen; seine Ausschüsse sind traditionell eher schwach. Abgeordnete

verstehen sich in Indien eher als Vertreter ihrer Wahlkreise, für die sie Mittel zu mobilisieren versuchen, denn als Fürsprecher des Gemeinwohls.

Das Oberhaus, die Vertretung der Bundesstaaten auf nationaler Ebene, ist politisch schwächer als das Unterhaus. Der Haushaltsplan kann nur vom Unterhaus verabschiedet werden, bei Konflikten zwischen beiden Kammern fällt in gemeinsamer Sitzung, die vom Staatspräsidenten einberufen wird, das zahlenmäßig größere Gewicht der Unterhausabgeordneten in die Waagschale. Das Oberhaus hat nämlich nur maximal 250 Mitglieder (derzeit sind es 245; davon 12 vom Staatspräsidenten ernannte, die anderen werden nach Bevölkerungsumfang der Unionsstaaten bestimmt), die für sechs Jahre gewählt, aber alle zwei Jahre zu einem Drittel erneuert werden. Verfassungsänderungen bedürfen ebenso wie einfache Gesetze der Zustimmung beider Häuser, das Oberhaus kann also durchaus blockieren, vor allem bei instabilen Mehrheitsverhältnissen.

Die Bedeutung des Parlaments leidet seit einigen Jahren darunter, dass die jeweils größte Oppositionspartei die parlamentarische Arbeit blockiert, weshalb sich die ohnedies nicht sehr zahlreichen Sitzungstage noch weiter auf unter 70 pro Jahr vermindert haben und Gesetzesvorschläge daher im Schnellverfahren durchgewunken oder durch exekutive Dekrete ersetzt werden. Für Fragestunden und Debatten bleibt neuerdings kaum noch Zeit. Das politische System wird daher faktisch von der Exekutive dominiert.

Exekutive

Die indische Verfassung verleiht dem Staatspräsidenten beachtliche Vollmachten. Er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte, ernennt den Premierminister und auf dessen Rat die Minister, die Mitglieder der Wahlkommission und die Gouverneure. Er hat das Recht, den nationalen Ausnahmezustand auszurufen.



Der Sitz der nationalen indischen Volksvertretung in Neu-Delhi, hier zu Beginn der winterlichen Sitzungsperiode im November 2012



Reuters / Anhan Abidi

Ram Nath Kovind, seit Juli 2017 der Staatspräsident Indiens.

fen, kann Landesregierungen abberufen und die entsprechenden Bundesstaaten unter die Kontrolle der Zentralregierung stellen (*president's rule*), jedoch ist hierzu die Zustimmung beider Häuser des Parlaments notwendig. Der Staatspräsident wiederum muss allen Gesetzen zustimmen, bevor sie in Kraft treten. Entscheidend ist, dass der Präsident in Ausübung seiner Funktionen dem Ratschlag des Premierministers und seines Kabinetts folgen soll. Unabhängigen Einfluss, etwa bei der Bestellung des Premierministers, kann er daher nur dann ausüben, wenn keine Partei(-enkoalition) über eine klare Mehrheit verfügt.

Eindeutiges politisches Machtzentrum ist der Premier, der zusammen mit dem Ministerrat die Regierungsgeschäfte führt und die Richtlinienkompetenz besitzt. Der Premierminister wird für jeweils fünf Jahre gewählt, verfügt über ein größeres Büro (*Prime Minister's Office*), das sich zur Schaltzentrale der Macht entwickelt hat und auch die Geheimdienste beaufsichtigt. Wie das Kabinett arbeitet, ist freilich in den vergangenen Jahren stark durch die Koalitionsarithmetik bestimmt. Durch Koalitionen mit zahlreichen Parteien hat die Anzahl der Ministerien auf insgesamt über 70 zugenommen, wobei aber nur etwa die Hälfte der Minister auch dem Kabinett angehört. Die damit schwieriger werdende Koordination wird durch zahlreiche interministerielle Arbeitsgruppen und durch Gremien zur Koordination der Koalitionsparteien zu bewerkstelligen versucht.

Rechtsprechung

Indien verfügt über eine angesehene, weitgehend unabhängige, jedoch völlig überlastete Justiz. An der Spitze steht in jedem Bundesstaat das Hohe Gericht (*High Court*), darüber zentral das Oberste Gericht (*Supreme Court*) in Neu-Delhi. Das Oberste Gericht besteht zurzeit (*de iure*) aus 31 Richtern. Sie können nur durch Amtsenthebungsverfahren abgesetzt werden und ihr Gehalt ist festgesetzt; früher wurden sie vom Staatspräsidenten ernannt, nun werden sie, wie die Richter an den Hohen Gerichten, durch eine unabhängige Justizkommission bestimmt, die sich aus Vertretern der obersten Richter und des Justizministeriums zusammensetzt.

In der Anfangsphase beschränkte sich das Oberste Gericht auf die Auslegung der Verfassung und erkannte bei Verfassungsänderungen die Vorrangstellung des Parlaments an. Dies änderte sich ab Ende der 1960er-Jahre, als die Regierung zunehmend versuchte, ihre politischen Ziele über Verfassungsänderungen durchzusetzen. Im Jahr 1973 entschied das Oberste Gericht, dass die grundlegende Struktur der Verfassung der Kompetenz des Parlaments entzogen sei. Das ist bis heute so geblieben, überdies ist das Gericht seitdem zunehmend aktiver geworden und hat sich zu einer sehr machtvollen Institution entwickelt.

Bereits verfassungsgemäß obliegt ihm eine Fülle wichtiger Aufgaben: Es ist Hüter der Verfassung und der Grundrechte, entscheidet Streitfälle zwischen der Union und den Bundesstaaten oder zwischen den Bundesstaaten, ist oberste Appellationsinstanz in zivil- und strafgerichtlichen Fällen und berät den Staatspräsidenten in wichtigen verfassungsrechtlichen Fragen. Zudem hat es in einer Reihe spektakulärer Urteile den Staat auf den Schutz der Umwelt, die Gewährleistung seiner sozialen Pflichten (etwa bei der Grundbildung, Ernährungssicherung und Beschäftigung) und den Schutz der Bürgerrechte festgelegt, nach Aufsehen erregenden Korruptionsfällen für die Unabhängigkeit der zentralen Ermittlungsbehörde gesorgt und die Entkriminalisierung der Politik zu fördern versucht.

Das Oberste Gericht ist damit zum Hoffnungsträger bei der Durchsetzung sozial gerechter und einigermaßen korruptionsfreier Politik geworden, nach Aussagen mancher zum mächtigsten Gericht der Welt; es stößt sich allerdings an der zögerlichen Umsetzung seiner Urteile durch die Politik.

Popularklagen (*public interest litigations*) sind seit den 1980er-Jahren relativ häufig geworden; sie erlauben auch Bürgern und Institutionen, die nicht vom Klagegegenstand betroffen sind, die Oberen Gerichte um Klärung anzugehen. Beklagte Missstände finden sich meist in den Bereichen Gesundheit, Umwelt und Korruptionsbekämpfung. Gerichte sind damit dort tätig geworden, wo andere staatliche Instanzen versagten; freilich haben sie ihre verfassungsrechtlichen Grenzen dadurch weit ausgereizt und ihre Kapazitäten überfordert.

Die notorische Überlastung der indischen Gerichte hat mit der Nichtbesetzung vieler Richterstellen zu tun, mit der Klagefreudigkeit indischer Bürger und den zahlreichen Verzögerungsmöglichkeiten bei Prozessen. Dazu kommen teilweise



Sonu Mehta/Hindustan Times via Getty Images

Premierminister Narendra Modi (re.) begrüßt 2016 auf einer Konferenz in Neu-Delhi Jagdish Singh Khehar, damals Vorsitzender des nationalen Obersten Gerichts.

antiquierte und sich widersprechende Gesetze, eine Anwaltschaft, die von der Anzahl der Klagen und der Termine vor Gericht profitiert, und Richter, die bei unliebsamen Urteilen Versetzungen fürchten und die Urteilsprechung daher lieber ihrem Nachfolger überlassen. So sind derzeit bei indischen Gerichten insgesamt etwa 30 Millionen unerledigte Klagen anhängig, davon ein Viertel schon seit mindestens fünf Jahren. Vermutete oder tatsächliche Straftäter harren daher oft jahrelang im Untersuchungsgefängnis aus, die Hälfte davon bereits länger, als es der erwarteten Höchststrafe für das ihnen zur Last gelegte Delikt entsprechen würde.

Staatliche Verwaltung

Von der britischen Kolonialmacht übernahm Indien einen leistungsfähigen, hoch angesehenen Verwaltungsapparat (heutiger Name: *Indian Administrative Service*), der allerdings von Beginn an in einem Spannungsverhältnis zur parallel betriebenen Entwicklungsplanung und den Selbstständigkeitsbestrebungen der Bundesstaaten stand.

Das Bild der indischen Verwaltung wird aber nicht von diesem ziemlich professionellen Dienst bestimmt, sondern von den sehr viel stärker besetzten mittleren und unteren Rängen in den Verwaltungen des Bundes und der Länder. Diese leiden unter zunehmender Politisierung, Schwächung ihrer Unabhängigkeit sowie mangelnden Anreizen zur Leistungssteigerung und zur Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgern.

Im öffentlichen Dienst einschließlich der Staatsunternehmen sind in Indien etwa 30 Millionen Arbeitnehmer beschäftigt, die im Hinblick auf ihre Vergütung sowie die Sicherheit des Arbeitsplatzes zumindest in den unteren und mittleren Rängen zu den absolut Privilegierten gehören. An mangelnden finanziellen Reizen kann es also nicht liegen, wenn sich nur 15 Prozent der Bevölkerung mit den öffentlichen Leistungen zufrieden zeigen oder wenn regelmäßig Lehrer und Ärzte im Staatsdienst ihrem Arbeitsplatz fernbleiben und Leistungen oft nur bei zusätzlicher Bezahlung erbracht werden.

Einstellungen und Beförderungen im öffentlichen Dienst erfolgen im Wesentlichen nach politischen Kriterien, freilich auch nach Entrichtung entsprechender Zahlungen an Entscheidungsträger. In den oberen Rängen werden Beamte häufig versetzt, im Durchschnitt jedes Jahr einmal. Gründe hierfür sind Regierungswechsel, mangelnde Anpassung an Wünsche der jeweiligen Exekutive, aber auch die besondere Attraktivität bestimmter Posten, die jeder gern einmal besetzen würde.



Aufgrund mancher Unzulänglichkeiten genießt die Polizei in Indien ein eher niedriges Ansehen. Polizeiaktion anlässlich einer Kampagne zur Verbesserung der Sicherheit Punes, Maharashtra, 2017

So ist es denn kaum verwunderlich, wenn Indien in Bezug auf die Qualität der Regierungsführung eher hintere Ränge einnimmt. Ein besonderes Problem ist die weit verbreitete Bestechlichkeit der Staatsdiener: Viele Bürger zahlen Schmiergelder, wenn sie mit Stromversorgungsbetrieben, Bauämtern und Steuerinspektoren zu tun haben sowie Dienstleistungen oder Genehmigungen benötigen. Gegen mögliche Entlassungen korrupter Beamter schützt Artikel 311 der Verfassung, der deren Strafverfolgung von der Einwilligung des zuständigen Ministers abhängig macht.

Ursachen der Korruption im öffentlichen Dienst sind der immer noch umfangreiche staatliche Unternehmensbesitz, die zahlreichen Eingriffsmöglichkeiten der Verwaltung in die Wirtschaft, der Mangel an Transparenz des Verwaltungshandelns, die fehlende Kompetenz der Antikorruptionsbehörden zur eigenständigen Ermittlung und Ahndung von Delikten, die geringe Gefahr der Delinquenten, entdeckt zu werden, und die Kosten des Postenerwerbs im öffentlichen Dienst, die während der Amtszeit wieder hereingeholt werden müssen. Keineswegs mangelt es aber an Behörden zur Bekämpfung von Korruption, allenfalls an deren Ausstattung und Kompetenzen. Hauptleidtragende der Korruption sind die Armen in der Gesellschaft, denn die Reichen können sich private Dienste leisten.

Es gibt seit Jahren deutliche Bemühungen, den Problemen von Korruption und mangelndem Leistungseinsatz der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst zu begegnen. So haben Nichtregierungsorganisationen deutliche Leistungssteigerungen bei der Verwaltung und im Bildungswesen erzielt, indem sie Bewertungsbögen an die Nutzer ausgaben und die Ergebnisse veröffentlichten. Manche Landesregierungen knüpfen die Bezahlung der Lehrer an ihre Präsenz, die Landesregierung von Karnataka hatte einen Stopp von Beamtentransfers verordnet und das 2005 in Kraft getretene Gesetz zum Recht auf Information erlaubt den Bürgern Akteneinsicht in Verwaltungsvorgänge.

Noch mehr Bewegung brachten spektakuläre Korruptionsfälle zur Zeit der letzten Koalitionsregierung unter Premierminister Singh (2009–14). Dabei ging es um die Vergabe von Mobilfunklizenzen an private Anbieter, bei der sich ein Minister bereicherte. Weitere Skandale waren überzogene Rechnungen bei der Ausrichtung der *Commonwealth*-Spiele wenig später und insbesondere das sogenannte *Coalgate*, bei dem Lizenzen für die Ausbeutung von Kohlelagerstätten zu billig an nahestehende Unternehmer vergeben wurden.

Als Folge bildete sich 2011 eine rasch wachsende soziale Bewegung, die sich für neue gesetzliche Regelungen zur Verhinderung von Korruption und für die Einsetzung eines Ombudsamtes stark machte. Dieses sollte einschlägige Beschwerden gegen alle Amtsträger (also auch Mitglieder der Regierung sowie Abgeordnete) entgegennehmen, untersuchen und auch durch Sondergerichte verfolgen.

Die meisten etablierten Parteien trachteten danach, diese Initiative zu verwässern. Infolgedessen beschneidete das Ende 2013 verabschiedete Gesetz die Kompetenzen des Ombudsamtes merklich: So unterliegt das Militär nicht seiner Zuständigkeit, der Korruption Bezichtigte müssen vor der Einleitung von Untersuchungen erst gehört werden und die Untersuchungen selbst obliegen dem zentralen Polizeiapparat. Auch steht die vollständige Besetzung des Amtes immer noch aus, einer von acht Amtsträgern ist noch nicht ernannt. Dennoch stellt diese Einrichtung einen großen, für viele Beobachter zu großen Wandel dar. Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen entstand aus der Antikorruptionsbewegung eine neue Partei, die *Aam Aadmi Party* (AAP), die

Offensive für eine bargeldlose Zukunft

Das Dorf Dhasai liegt im indischen Bundesstaat Maharashtra, etwa 140 Kilometer östlich der Küstenmetropole Mumbai. Die Exkursion führt zum Tante-Emma-Laden des Ortes und das Lernziel ist der richtige Gebrauch eines Stückes Plastik. Vor ihrem Aufbruch in der Schule bekommen die Mädchen und Jungen aus Dhasai von ihrer Lehrerin einige Instruktionen. Dann geht es [...] in die Ortsmitte, wo das Geschäft von Swapnil Patkar liegt. Dort können die Dorfbewohner ihren kompletten Haushaltsbedarf decken: Haarwaschmittel, Kekse, Zucker, Kugelschreiber. Jedes der Kinder macht einen kleinen Einkauf [...]. Aber die Schüler zahlen nicht mit ihrem Taschengeld. Sie zahlen mit einer Geldkarte, die ihre Lehrerin ihnen in die Hand gedrückt hat.

Der Ausflug ist Teil eines gewaltigen Reformprojekts, mit dem die indische Regierung die Wirtschaft des Landes umstülpen will. Seit Premierminister Narendra Modi im [...] November [2016] in einer beispiellosen Blitzaktion die 500- und 1000-Rupien-Noten aus dem Verkehr gezogen hat, die mehr als 85 Prozent der zirkulierenden Geldmenge ausmachten, versucht Indien, den Zahlungsverkehr zu digitalisieren. Die entwerteten Scheine werden zwar durch neue ersetzt, aber das eigentliche Ziel ist es, die Rolle des Bargelds in der Wirtschaft stark zu reduzieren. [...]

Das Regierungsprojekt *cashless economy* hat zwei Nahziele: Es soll die grassierende Korruption bekämpfen und die Steuerrückzahlung erschweren. Beide Phänomene profitieren von der Dominanz des Bargelds. Immobiliengeschäfte, bei denen Koffer voller Scheine den Besitzer wechseln, ohne dass die Transaktion irgendeine kontrollierbare Spur hinterlässt, sind zum Inbegriff einer wuchernden Schwarzgeldwirtschaft geworden. Aber bei der Reformanstrengung geht es um mehr: um eine Art befreienden Modernisierungsschock.

Kann das gelingen – in einem Land, in dem zwar die IT-Industrie auf den globalen Märkten des 21. Jahrhunderts konkurriert, aber zugleich zahllose Bauern und Tagelöhner in einer ökonomischen Vorzeit leben?

In den bürgerlichen Wohnvierteln von Delhi und anderen großen Städten sind die Zukunftsideen und das ganze technokratische Weltbild des Premierministers hochpopulär: So will das aufstrebende Indien sein und in der Welt gesehen werden. [...]

Trotzdem ist der Weg zur „finanziellen Inklusion“, wie das offizielle Ziel der Digitaloffensive lautet, für viele Inder unvorstellbar lang. [...] Eine Weltbank-Studie aus dem Jahr 2015 hat festgestellt, dass bloß 15 Prozent aller erwachsenen Inder über ein aktives, für Transaktionen verwendetes Konto verfügten. Im Rahmen einer Regierungsinitiative wurden in den vergangenen beiden Jahren mehr als 270 Millionen neue Konten eröffnet – gebührenfrei und ohne Mindesteinlage –, davon fast 170 Millionen auf dem Land. Doch deswegen sind die Leute noch lange nicht ins moderne Finanzsystem integriert.

In Mumbai, dem indischen Hafen- und Wirtschaftszentrum, liegt am Rande des riesigen Slumgebiets Dharavi ein Gelände, das wie eine Müllhalde aussieht. [...] Für die 53-jährige Witwe Hanumanti Kamble ist diese Wüstenei ihre Geschäftsgrundlage. Sie sucht aus dem Müll Mumbais Metall- und Plastikteile heraus und verkauft sie an Altwarenhändler weiter. [...] Für Kunststoff bekommt sie 15 bis 20 Rupien pro Kilogramm (umgerechnet etwa 20 bis 30 Euro-Cent), für Metall 100 Rupien.

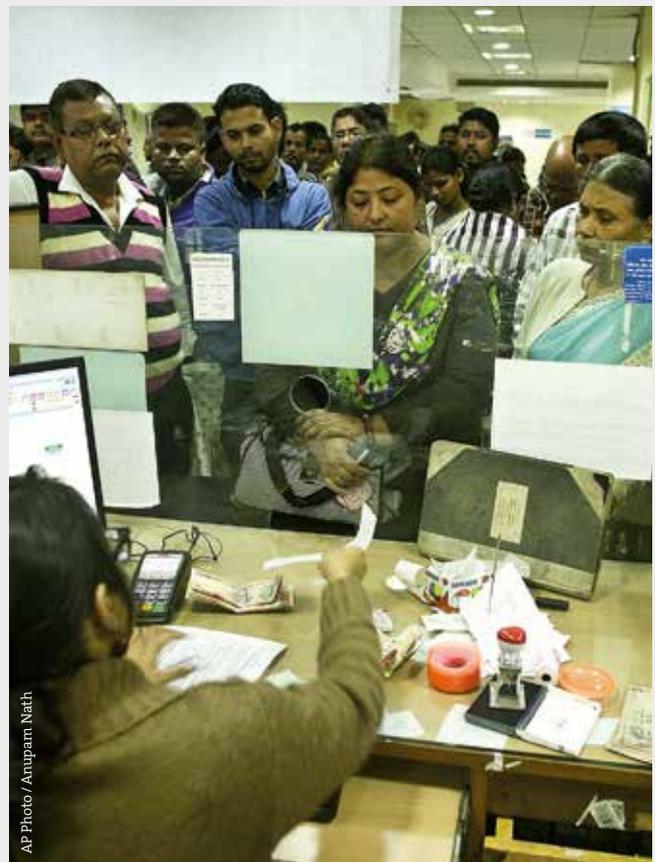
Als die indische Regierung im November die alten 500- und 1000-Rupien-Scheine aus dem Verkehr zog (und es noch nicht

genug neue Banknoten gab), war das ein schwerer Schlag für das Recycling-Business. Die Fahrer, die den Müll anliefern, die Hilfskräfte, die Kleinunternehmerin Kamble beschäftigt, der Teeverkäufer für die Erfrischung zwischendurch: Sie alle wollen bar bezahlt werden. Für einen Monat lag das Geschäft komplett danieder. Es hat sich inzwischen wieder erholt – dank neuer Geldscheine, nicht wegen irgendwelcher Digitalfortschritte. [...]

Solche prekären Existenzen, in denen sich Menschen mit Müll ihren Lebensunterhalt verdienen, sind in Indien keine Seltenheit. In der Welt der Armen gelten sie als normal. [...] Bauarbeiter, Hausangestellte, Riksha-Fahrer, Nachtwächter, Straßenhändler und Erntehelfer bilden in Indien einen gigantischen Kosmos der „informellen Ökonomie“, in dem die meisten Leute [...] ohne festes Gehalt, ohne Bankdarlehen, ohne Einkommensteuern, ohne Rentenansprüche [leben]. Der Anteil der Beschäftigten in der informellen Ökonomie an der indischen Bevölkerung wird auf bis zu drei Viertel geschätzt. Das, was auch „nicht organisiertes“ Arbeiten genannt wird, ist nicht die Ausnahme – sondern die Regel.

[...] Indien muss sich aus dieser Rückständigkeit herausentwickeln, wenn es seiner Milliardenbevölkerung ein menschenwürdiges Leben bieten will. So weit ist nichts verkehrt an Modernisierungsprojekten wie der Digitaloffensive. [...] [Doch] [m]an wird Indien nicht verändern können, wenn man seine Wirklichkeit nicht wahrhaben will.

Jan Roß, „Bares wird Rares“, in: Die Zeit Nr. 18 vom 27. April 2017



Im November 2016 zog Indiens Regierung in einer Überraschungsaktion 500- und 1000-Rupien-Banknoten aus dem Verkehr und brachte damit viele Inder in Zahlungsschwierigkeiten. Rückgabeaktion in einer Bank in Guwahati, Assam

bei den Landtagswahlen in Delhi 2015 einen spektakulären Wahlsieg einfuhr. Bereits 2014 versprach die neue Regierung Modi, zügig Abhilfe zu schaffen, etwa durch die Zusammenlegung von zahlreichen staatlichen Prüfagenturen und die elektronische Bearbeitung von Anträgen, die die Korruption vermindern sollen. Zwangsläufig dauert es aber relativ lange, bis eine etwas träge Verwaltung tatsächlich effektiver wird.

Noch schlechter als das Ansehen der allgemeinen Verwaltung ist in Indien das der Polizei. Diese unterliegt rechtlich weitgehend der Zuständigkeit der Unionsstaaten, daneben existieren aber noch eine Reihe zentralstaatlicher, paramilitärischer Verbände. Die Ursachen mangelnder Effektivität der Polizei sind ihre völlig unzureichende Ausstattung mit Personal sowie die massive Politisierung des Dienstes und damit ihre Komplizenschaft in politischen Auseinandersetzungen, bei denen die Polizei (auf Geheiß der Landesregierung) oft untätig bleibt wie bei den Übergriffen auf die Muslime in Gujarat 2002. Berichte über falsche Anschuldigungen, schleppende Aufnahme von Anzeigen vor allem von armen Indern oder Frauen, Misshandlungen und Folterungen von Personen im Polizeigewahrsam oder den Schutz krimineller Elemente durch die Polizei sind an der Tagesordnung.

Die Aufklärungsquote von Verbrechen ist dagegen bestürzend niedrig. Eine Direktive des Obersten Gerichts von 2006 sieht die Auswahl (und nicht Ernennung) der Polizeichefs durch unabhängige Kommissionen aus den Reihen der erfahrenen Kräfte sowie die Trennung von Abteilungen zur Ermittlung und Strafverfolgung vor und räumt den Kommissionen das Recht zum Vorgehen gegen korrupte Polizisten ein. Die Umsetzung dieser Direktive wurde von den meisten Unionsstaaten verzögert.

Föderalismus

Ein bedeutsamer Faktor der politischen Stabilität Indiens ist die Tatsache, dass das Land eine der wenigen funktionierenden Föderationen weltweit darstellt. Zwar werden das Rechtswesen und die Spitze der Verwaltung einheitlich geführt, die Unionsstaaten sind auch auf Transfers der Zentrale zur Finanzierung ihrer Aufgaben angewiesen, und die Zentralregierung verfügt mit dem Instrument des *president's rule* über erhebliche Durchgriffsrechte gegenüber den Unionsstaaten. Trotz dieser Einschränkungen verfügen die Landesregierungen aber über breite Kompetenzen bei der Bereitstellung und Verteilung basisnaher öffentlicher Leistungen und Subventionen, bei der Landverteilung und der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst. Das ist eine wesentliche Ursache dafür, dass Wähler bei den unionsstaatlichen Wahlen oft regional verankerte Parteien bevorzugen.

Die Schaffung neuer Bundesstaaten oder teilautonomer Gebiete innerhalb derselben ist in Indien eine bevorzugte politische Strategie gewesen, um dem Begehren nach kultureller Identität regionaler Kräfte entgegenzukommen, separatistische Eliten politisch zu beteiligen und regionale Konflikte zu befrieden. Diese Probleme konnten nach der Unabhängigkeit zunächst durch die Einbindung regionaler Eliten in die Partei- und Staatsführung bearbeitet werden, da die Kongresspartei auf allen Ebenen des politischen Systems dominierte. Schon bald aber entstanden Bewegungen, die eigene, sich mit den sprachlichen Grenzen deckende Bundesstaaten forderten, um damit auch den eigenen Landeskindern bessere Aufstiegschancen bieten zu können.

Nach anfänglichem Zögern – aus Angst vor Zerfallstendenzen der Union – gab die Regierung nach, verordnete 1953 die

Neuschaffung des Staates Andhra (heute Andhra Pradesh) und setzte eine Kommission zur staatlichen Neugliederung ein, deren Bericht ab 1956 zur Schaffung neuer, sprachlich relativ homogener Bundesstaaten führte. Nach der Abtrennung Haryanas vom Bundesstaat Punjab im Jahr 1966 stellten die Sikhs im Punjab die Mehrheit. Auch auf die militanten, separatistischen Kräfte im Nordosten reagierte die indische Regierung parallel zu militärischen Maßnahmen mit der Schaffung neuer Staaten (Nagaland, Meghalaya und Mizoram), die aus dem Staat Assam herausgeschnitten wurden. Im Jahr 2000 wurden drei neue Bundesstaaten geschaffen, um den politischen Bestrebungen der Adivasi Rechnung zu tragen (Chhattisgarh, Uttarakhand und Jharkhand), 2014 wurde Telangana aus Andhra Pradesh herausgelöst.

Die Schaffung neuer Unionsstaaten hat nicht immer den politischen Frieden gefördert, weil sie oftmals Minderheiten in der neuen Mehrheit schuf. Es konnte jedoch erreicht werden, dass die meisten Regionalkonflikte nur noch auf kleiner Flamme schwelen und die einstmaligen Rebellen oft die Landesregierungen führen. Beschwerden richten sich nun gegen diese statt nach Delhi. Wo sich die Schaffung neuer Unionsstaaten verbot, weil die rebellierenden Gruppen (etwa die Bodos in Assam) über ein zu geringes Siedlungsgebiet verfügten, wurde der Konflikt durch die Gewährung begrenzter lokaler Autonomie weitgehend beigelegt.

Das föderale System Indiens wurde bis zum Ende der 1960er-Jahre respektvoll behandelt, Nehru veranlasste nur einmal die Entlassung der kommunistischen Landesregierung Keralas. Seine Nachfolger (vor allem seine Tochter Indira Gandhi) zeigten aber eine starke Neigung, ihnen missliebige Landesregierungen zu Fall zu bringen. In Staaten, in denen Oppositionsregierungen an der Macht waren oder gegenwärtige Parteien die Wahlen zu gewinnen drohten, wurden etwa Straßenproteste organisiert oder durch Handgelder Überläufer gewonnen. Angesichts damit erwiesener Unfähigkeit der Regierungen, Ruhe und Ordnung zu sichern und mehrheitsfähig zu bleiben, hatte der Gouverneur eine Handhabe zur Entlassung. Schlimmer noch, die Bundesregierung verschärfte nicht selten durch politische Manipulationen zum Zwecke kurzfristigen Stimmengewinns militante Konflikte.

Seit 1989 hat der Föderalismus jedoch wieder an Profil gewonnen; vor allem das Oberste Gericht schränkte den Missbrauch der seit 1950 über einhundertmal verfügten Direktverwaltung von Unionsstaaten ein. Nach einem Urteil von 1994 muss die Zentralregierung die Gründe der Verfügung darlegen, die gerichtlich aufgehoben werden kann; überdies hat sich der Staatspräsident entsprechenden Ansinnen mehrfach verweigert. Nicht zuletzt sind die Koalitionsregierungen in Neu-Delhi auf das Wohlwollen ihrer kleineren regionalen Partner angewiesen.

Die Finanz- und Steuerbeziehungen zwischen Zentrale und Unionsstaaten einerseits und zwischen den Unionsstaaten andererseits wurden und werden durch ein kompliziertes System des vertikalen und horizontalen Finanzausgleichs und der Teilung des Steuerkuchens geregelt. Gemäß der Verfassung wurden der Zentrale die attraktiveren, aufkommensstarken Steuern (vor allem die Einkommen- und Körperschaft- sowie zentrale Umsatzsteuern) zugewiesen, den Unionsstaaten der Rest (vornehmlich Einkünfte aus der Grund-, Alkohol- und Tabaksteuer). Das reicht aber bei Weitem nicht aus, um den Unionsstaaten die Finanzierung ihrer umfangreichen Aufgaben zu ermöglichen.



Konflikte in Indien 2016	Konfliktfreie Bundesstaaten und Territorien
 Autonomie- und Abspaltungsbestrebungen	 Chandigarh
 Ideologie- und Systemveränderung	1 Himachal Pradesh
 Ethnische und/oder religiöse Dominanz	2 Sikkim
 sozial-ökonomische Ungleichheit und Ressourcenverteilung	3 Tripura
 Grenzkonflikt Indien - Pakistan	4 Mizoram
 Grenzkonflikt Indien - China	5 Daman & Diu
 Begrenzter Krieg	6 Dadra und Nagar Haveli
 Indisches Silicon Valley	7 Goa
	8 Lakshadweep
	9 Puducherry
	10 Andamanen und Nikobaren

Conflict Barometer 2016, Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung



In einigen Bundesstaaten gibt es ideologische Konflikte. 2016 töteten Polizisten und Soldaten einer Spezialeinheit islamistische Studenten, die zuvor aus einem Hochsicherheitsgefängnis in Bhopal, Madhya Pradesh, geflohen waren.



Andere Staaten sind mit Abspaltungsbestrebungen konfrontiert. Demonstranten fordern 2017 in Bengaluru die Abspaltung von Gorkhaland aus Westbengalen.



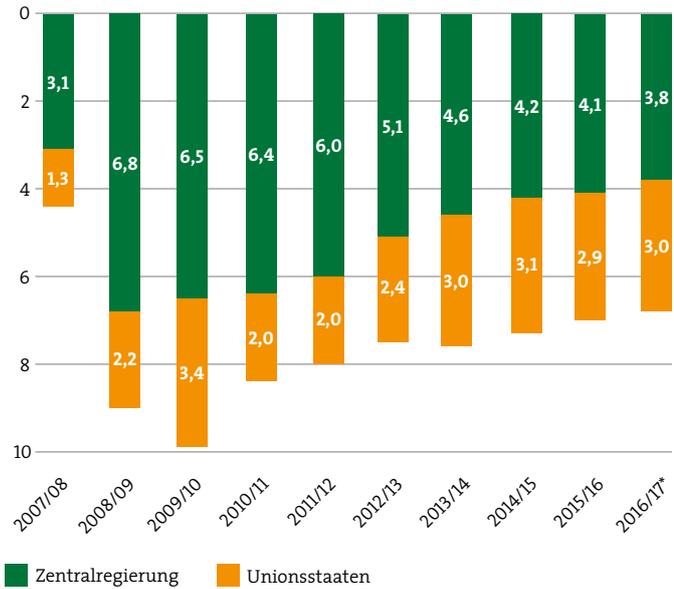
2016 löst eine extreme Dürre einen Ressourcenkonflikt aus. Nach einer Entscheidung des Obersten Gerichts sollte Karnataka Wasser an den Nachbarstaat Tamil Nadu abgeben. In Bengaluru eskalieren daraufhin die Proteste.



Infolge ethnischer Auseinandersetzungen wird 2016 in Balajan Tinali ein Markt des Bodo-Stammes überfallen. Bodo-Frauen warten auf den Ministerpräsidenten Assams, um von ihm Gerechtigkeit für die Opfer der Attacke einzufordern.

Haushaltsdefizit der Zentralregierung und der Unionsstaaten

2007–2017, in Prozent des BSP



IMF, Article IV Consultations, verschiedene Jahre

*Prognose

Um die erhebliche Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schließen, wurden auf dem Weg einer alle fünf Jahre eingesetzten Finanzkommission die Einkünfte aus zentral erhobenen Steuern vertikal und horizontal neu verteilt, seit der Verfassungsänderung 2000 alle diese Einkünfte. Dazu kommen noch Zuweisungen an die Einzelstaaten für die Umsetzung einer Vielzahl (zeitweise über 200) zentral geplanter, aber unionsstaatlich durchgeführter Programme, etwa für die Bekämpfung von

Tuberkulose. Im Zeitablauf stieg der Anteil der auf die Staaten verteilten Steuern deutlich (ab 2015 auf 42 Prozent), gleichzeitig reduzierten sich die Zuweisungen für die zentral bezuschussten Programme etwas. Im Ergebnis stellt sich die Finanzsituation der Unionsstaaten also zwar besser dar als früher, sie bleiben aber nach wie vor von der Zentralregierung abhängig. Die Zuweisungen seitens der Finanzkommission orientierten sich zunächst fast völlig am unterschiedlichen Bevölkerungsumfang der Staaten, mittlerweile auch an ihrer relativen Rückständigkeit, an der Qualität ihres Finanzmanagements und letztlich auch an der jeweiligen Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen. Dieses komplizierte System des Finanzausgleichs hat nur begrenzt zu einer Angleichung der Leistungsfähigkeit der Staaten geführt, die ärmeren hängen nach wie vor zu über der Hälfte ihrer Ausgaben am Tropf der Zentralregierung.

Lokale Selbstverwaltung

Das unabhängige Indien erbt von der britischen Kolonialmacht lediglich Ansätze einer effektiven, demokratischen Lokalverwaltung. Die Gemeinden und Distrikte verfügten nur über geringe Mittel zum Bau von Straßen, Schulen und zur Gesundheitsfürsorge, zudem unterstanden sie einer von oben eingesetzten Administration, der nur zögerlich gewählte Räte zur Seite gestellt wurden.

Nach der Unabhängigkeit änderte sich daran zunächst wenig, obwohl Vorkehrungen für die Wiederbelebung der alten Dorfräte auf Druck Gandhis in die Verfassung aufgenommen wurden. Die Umsetzung gestaltete sich aber zumeist zäh und die sich ausbildenden Gemeinde- und Distrikträte wiesen in Kompetenzen und Finanzzuweisung erhebliche Unterschiede auf. Ihr Spielraum wurde zudem durch den Aufbau einer Parallelverwaltung zur lokalen Entwicklung beschränkt.

Im Jahr 1977 erhielten Distrikträte die Kontrolle über alle staatlichen Entwicklungsaktivitäten auf unterer Ebene; einen Durchbruch zu echter demokratischer Selbstverwaltung



Die Anfang der 1990er-Jahre gebildeten Dorfversammlungen politisieren die lokale Ebene, ihre Macht ist allerdings in vielen Bundesstaaten begrenzt. Im Hissar-Distrikt im nördlichen Bundesstaat Haryana wird 2014 über die Möglichkeit der Heirat von Angehörigen unterschiedlicher Kasten gesprochen.

brachten aber erst die Verfassungsänderungen aus den Jahren 1993/94. Diese fordern von den Unionsstaaten die Einrichtung von basisdemokratischen Dorfversammlungen sowie gewählten, nicht mehr so leicht abzusetzenden Dorf-, Kreis- und Distrikträten, lassen aber bei der tatsächlichen Macht- und Funktionsübertragung einen gewissen Spielraum. Die Räte sollten für 29 entwicklungsorientierte Aufgabenbereiche zuständig werden, begrenzt eigene Steuern und Abgaben erheben dürfen und Anspruch auf staatliche Finanzzuweisungen haben. Bei ihrer Wahl sind nun auch Parteien zugelassen. Ein Drittel der Sitze ist für Frauen reserviert, wie üblich knapp ein Viertel der Sitze für die Dalits und Adivasi.

Diese Dezentralisierung brachte eine enorme Politisierung auf lokaler Ebene. Eine echte dritte Ebene der Regierungsgewalt ist dadurch aber nicht entstanden, weil die Räte nicht für die lokale Polizei und die Gerichte zuständig wurden, die Länder ihre Entscheidungen blockieren können und bisher nur die wenigsten Länder ihnen alle vorgesehenen Aufgaben auch übertragen haben (Ausnahmen: Karnataka und Kerala). Auch die Frage, inwieweit diese Dezentralisierungsmaßnahme einen Demokratisierungsschub auslöste, muss differenziert betrachtet werden, denn sie stärkte zum Teil auch die bestehende ökonomische Machtverteilung auf lokaler Ebene.

Gesellschaftliche Organisationen

Parteien

Wie in anderen demokratischen Staaten sind Parteien auch in Indien unverzichtbar, um gesellschaftliche Interessen zu bündeln, Wähler zu mobilisieren, politisches Führungspersonal zu rekrutieren und dem Regierungshandeln eine Richtung zu geben. Die formale Anerkennung der Parteien erfolgt durch die Wahlkommission, wobei zurzeit sechs nationale und



37 Parteien haben derzeit Sitze im Unterhaus. Abgeordnete des Kongresses und der BJP (Sitzungsperiode 2014)



Das Symbol der Aam Aadmi Party, der „Partei des einfachen Mannes“, ist der Besen. Die Partei geht aus der Antikorruptionsbewegung hervor und wird im November 2012 gegründet. Anhänger in Allahabad, Uttar Pradesh, 2013

39 auf Ebene der Bundesstaaten vertretene Parteien anerkannt sowie über 400 andere registriert sind. Diese Unterscheidungen beruhen auf dem unterschiedlichen Stimmengewicht und der geografischen Verbreitung der Parteien und sind im Wesentlichen für die Zuteilung kostenfreier Sendezeiten in den staatlichen Medien (siehe auch Seite 67 ff.) von Belang. Von den Parteien wird verlangt, dass sie sich demokratischen Prinzipien verpflichten, verfassungskonform handeln, ein Statut besitzen und interne Wahlen durchführen. Die enorme Vielzahl der Parteien sollte nicht vergessen lassen, dass es nur auf die Wenigsten ankommt: Bei der jüngsten Unterhauswahl traten zwar 464 Parteien an, aber nur 37 konnten Sitze erringen, davon lediglich acht im zweistelligen Bereich.

Die bis unlängst ansteigende Fragmentierung des Parteiensystems ist frappierend für ein Mehrheitswahlsystem, das eigentlich die Konzentration auf wenige Parteien fördert. Das Rätsel löst sich teilweise, wenn man die Situation auf der unionsstaatlichen Ebene betrachtet; dort herrschen bis auf wenige Ausnahmen Zweiparteien- oder Parteienblocksysteme vor. Diese oft regional beschränkten Parteien werden aber von den Wählern auch beim Urnengang zum Unterhaus bevorzugt, der also eine Addition der Landtagswahlen darstellt. Natürlich spielen bei der Fragmentierung auch tiefer liegende Ursachen eine Rolle, insbesondere die Unfähigkeit der Kongresspartei ab Ende der 1960er-Jahre, die Eliten aufstrebender gesellschaftlicher Gruppen aufzunehmen, sowie die Zuspitzung ethnischer und kastenbezogener Konflikte seit Mitte der 1980er-Jahre.

Indische Parteien sind insgesamt recht stark an Mitgliedern, Schätzungen zu deren Anzahl liegen bei 30 Millionen und mehr.

Leitkultur Hinduismus?

Rakesh Sinha thront [...] inmitten von Zeitungstapeln und leicht vergilbten Büchern hinter einem brandneuen Laptop auf einem Schreibpodeest [...]. Auf seinem Schreibtisch in einem Hinterhaus von Hauz Khas, einem Stadtviertel der gehobenen Mittelklasse in Indiens Hauptstadt Delhi, laufen die Fäden der „India Policy Foundation“ zusammen, der Denkfabrik der indischen Massenorganisation Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), dem hindunationalistischen, paramilitärisch organisierten Reichsfreiwilligenkorps. Die Dachorganisation „Sangh Parivar“, zu der alle hindunationalistischen Organisationen inklusive der regierenden „Bharatiya Janata Party“ (BJP) gehören, betreibt laut Kritikern seit der Amtsübernahme von Narendra Modi als Premierminister im Jahr 2014 einen kompletten Umsturz traditioneller Werte. „Wir erleben gegenwärtig eine Kulturrevolution, die eine radikale Neudefinition dessen anstrebt, was es bislang bedeutete, Inder zu sein“, sagt in der Hauptstadt Delhi der Journalist Maseeh Rahman.

In seinem Büro hegt Rakesh Sinha, einer der Chefplaner der RSS, kaum Einwände. „Das Wort Kulturrevolution gefällt mir wegen der blutigen Begleitumstände damals in China nicht“, sagt der Professor, „ich würde sagen: Wir erleben die Geburt des wahren Indischseins.“

In Delhi werden Straßen mit islamischen Namen zugunsten hinduistischer Figuren umgetauft. Neue Schulbücher beschreiben das im 17. Jahrhundert vom Mughal-Herrscher Shah Jahan zu Ehren seiner Lieblingsgemahlin Mumtaz Mahal errichtete, weltbekannte Taj Mahal in der Stadt Agra als großartiges Zeugnis religiöser, nämlich hinduistischer Baukunst. Unter den Fittichen der RSS entstand gar ein Dharam Sanand (Parlament der Religionen), bei dessen regelmäßigen Treffen Sadhus (heilige Männer) dem vielschichtigen Hindu-Glauben mit seinen Tausenden von Gottheiten eine Art Hierarchie geben wollen.

Hindunationalisten haben in einigen Bundesstaaten nicht nur den Konsum, sondern auch das Schlachten von Rindern verboten – wohl wissend, dass viele Metzger des Landes und die lederverarbeitende Industrie zu einem Großteil in den Händen der Muslime liegt. Selbsternannte Kuhwächter lynchten und verprügelten muslimische Inder oder Dalits (früher Unberührbare) wegen der bloßen Unterstellung, gegen die Verbote verstoßen zu haben.

Hindutva nennen Indiens Hindunationalisten ihre Idee, die eigenen religiösen und gesellschaftlichen Regeln Indiens religiösen und ethnischen Minderheiten als Leitkultur aufzuzwingen. „Toleranz“, so begründet Rakesh Sinha die geringe Duldsamkeit gegenüber Andersdenkenden, „verursacht Aggressivität.“

Der Indien-Experte Christophe Jaffrelot bezeichnete die Ideologie der radikalhinduistischen RSS mit ihren rund 40 000 Ortsvereinen als „indische Form des Faschismus“. Die Historikerin Romila Thapar warnt: „Faschismus in Indien ist möglich.“ Der hindunationalistische Vordenker Rakesh Sinha wischt solche Warnungen beiseite und beschreibt ungerührt die Pläne seiner Sangh Parivar: „In zehn Jahren werden wir ein einheitliches Zivilrecht für alle Inder haben statt verschiedener Regeln für Minderheiten“, erläutert er den Hindutva-Plan, dem auch Premier Narendra Modi als einstiger RSS-Freiwilliger verpflichtet ist, „wir werden Familien stärken und der Hinduismus wird zu den wichtigsten Soft-Power-Faktoren der Welt gehören.“ [...]

Willi Germund, „Die radikalhinduistische Offensive“, in: Frankfurter Rundschau vom 26. August 2016



Die radikalhinduistische Organisation RSS kämpft für die Durchsetzung hinduistischer Werte. Das Schlachten von Kühen ist in einigen Bundesstaaten verboten und wird von Hindu-Nationalisten auch gewaltsam durchgesetzt.

Es muss aber bedacht werden, dass die Anforderungen an die normale Mitgliedschaft in Bezug auf Zeit und Beitrag gering sind und nur von deutlich weniger zahlreichen „aktiven Mitgliedern“ mehr verlangt wird. Diese stellen auch das Gros der Wahlkampfunterstützer. Die nationalen Parteien sind jeweils horizontal in sogenannte *frontal organizations*, also zum Beispiel Jugend- und Frauenverbände, und vertikal vom Ortsverein bis zur nationalen Exekutive gegliedert. Höchstes Organ ist formal der Parteitag bzw. -kongress, faktisch aber das Präsidium. Die Auswahl für die Nominierung von Kandidaten für das Unterhaus und die legislativen Versammlungen erfolgt durch eigene Wahlkommissionen, die sich aus den Führungspersönlichkeiten der Parteien zusammensetzen. Eine Besonderheit indischer Parteien sind sogenannte *Parliamentary Boards*, die die Fraktionen kontrollieren sollen, ein Hinweis auf deren Unterordnung unter den Parteiapparat.

Die Parteien verfügen auch über enge Beziehungen zu parteinahen Gewerkschaften, Bauern- und Kulturverbänden. Am deutlichsten fällt dies bei der hindu-nationalistischen BJP ins Auge, die aus dem Nationalen Freiwilligenverband (*Rashtriya Swayamsevak Sangh, RSS*) hervorgegangen ist, der die Partei immer noch fernsteuert. Dazu gehören der Hindu-Weltrat (*Vishva Hindu Parishad, VHP*), die Gewerkschaft *Bahartiya Mazdoor Sangh* und die militante Jugendorganisation *Bajrang Dal*, alle mit millionenstarker Mitgliedschaft. Ähnlich gut vernetzt ist die kommunistische Partei, die *Communist Party of India (Marxist) (CPM)*, mit ihrer engen Verbindung

zum Gewerkschaftsverband *Congress of Indian Trade Unions*. Schwächer ist die Kongresspartei aufgestellt, die lediglich über einen mitgliederstarken Gewerkschaftsverband – den *Indian National Trade Union Congress* – verfügt, die restlichen Verbindungen in die organisierte Gesellschaftswelt aber etwas vernachlässigt. Diese Organisationen im Vorfeld dienen den Parteien als wichtige Vehikel der Wählerbeeinflussung und -mobilisierung in Wahlkämpfen.

Die meisten indischen Parteien weisen keine klar konturierte programmatische Ausrichtung auf. Die Kongresspartei betont stärker als die BJP die Trennung von Religion und Politik und den Schutz der Minderheiten, die BJP will gerade dieses nicht, auch nicht die Beibehaltung des Sonderstatus von Kaschmir, sondern die Schaffung einer möglichst homogenen indischen Kulturnation. Die Kommunisten fallen aus dem Mainstream etwas heraus, sie bestehen weiter auf strikt blockfreier Politik und der Kontrolle des Kapitals (heben aber trotzdem die positive Rolle der Privatwirtschaft hervor), auch fordern sie die Durchsetzung von Mindestlöhnen und umfangreichen Landreformen. Die programmatischen Unterschiede werden oft bei Regierungsbeteiligung oder aus erforderlicher Rücksicht auf Koalitionspartner abgemildert und haben Allianzen zwischen eigentlich sehr unterschiedlichen Parteien zum Zweck des Machtgewinns bisher nicht verhindert.

Diese Tatsache hängt auch damit zusammen, dass die für die Entstehung der europäischen Parteiensysteme maßgeblichen

„Muskelmänner“ in Indiens Politik

Wollte man ein Lexikon über Wahlen in Indien verfassen, dürfte der Begriff „Bahubali“ nicht fehlen. [...]

Das Wort hat seine Ursprünge im alten Sanskrit und ist in mehrere indische Sprachen eingeflossen. Ins Deutsche kann man es am ehesten mit „Muskelmann“ übersetzen. Doch geht es nicht um Boxer oder Bodybuilder. Die Rede ist von mächtigen Männern, denen die Justiz im Nacken sitzt. Leute, die im Ruf stehen, Ganoven zu sein. Viele von ihnen kandidieren [...] bei den Wahlen für [...] regionale Parlamente. „Das ist ein schwerwiegendes Problem“, sagt der pensionierte Armeegeneral Anil Verma, Leiter der „Association for Democratic Reforms“. Die nicht staatliche Organisation kämpft dafür, Wahlprozesse zu verbessern, und hat eine Analyse über „kriminelle Hintergründe“ von Kandidaten veröffentlicht.

Früher halfen „Bahubali“ den Politikern im Wahlkampf mit Geld oder dadurch, dass sie den Gegner einschüchterten. Auch das kommt noch vor, doch inzwischen gehen viele Ganoven gleich selbst in die Politik. Wie stark die Kandidatenlisten von mutmaßlichen Kriminellen durchsetzt sind, lässt sich ziemlich genau beziffern: Jeder, der in Indien bei einer Wahl antritt, muss eine eidesstattliche Erklärung abgeben, ob und welche Strafverfahren gegen ihn anhängig sind. [...] Eine Kandidatur ist in Indien nur nach einer rechtskräftigen Verurteilung verboten, nicht aber, so lange ein Verfahren noch laufe. „Manche Fälle ziehen sich zehn oder zwanzig Jahre hin“, sagt Verma. Die Justiz ist völlig überlastet. [...]

Die besten Chancen haben oft die sogenannten Bahubali: Manche Wähler fühlen sich eingeschüchtert und stimmen schon aus Angst für einen Kandidaten, der sonst das Dorf bestrafen könnte. Andere sind beeindruckt von Männern, die sich mit Härte durchsetzen. Wieder andere freuen sich über Geschenke und bedanken sich mit ihrer Stimme. [...]

Der Analyst Verma spricht von den Defiziten der staatlichen Bürokratie auf dem Land, wegen derer Ärmere oft nicht zu ihrem Recht kommen. Manchmal erhalten sie nicht mal Bezugskarten für subventionierte Nahrungsmittel und suchen deshalb Hilfe bei lokalen Politikern. Sie wählen einen Paten, in der Hoffnung, dass er ihnen beisteht. Auf dem Land spielt auch eine Rolle, welcher Kaste ein Kandidat jeweils angehört. „Wenn die stimmt, ist manchem egal, wie viele Verfahren einer im Nacken hat“, so Verma. Was zähle, sei der Gedanke: Der Mann ist einer von uns.

In Fernsehshows verteidigen sich zwielichtige Kandidaten gerne, dass sie als Politiker eben mit Schmutz beworfen würden, man ihnen nur etwas anhängen wolle. Solche schmutzigen Kampagnen gibt es, doch dass stets nur leere Anschuldigungen im Spiel seien, bezweifelt Verma. „Immerhin haben Polizei und Gerichte schon Indizien gesammelt, wenn es zu einem Verfahren kommt.“ Angehörige der Mittelklasse sehen im Ganoventum, das sich der Politik bemächtigt, ein zunehmendes Problem. Doch die sozialen Verhältnisse auf dem Land, kombiniert mit der Schwäche der Verwaltung, lassen kriminellen Kräften viel Raum. Die Parteien sehen gerne weg, solange ein Kandidat nur die nötigen Stimmen für sie sammeln kann. [...]

Arne Perras, „Indische Muskelspiele“, in *Süddeutsche Zeitung* vom 11./12. März 2017

Einsatz für die Rechte von Hausangestellten

Offiziell arbeiten in Indien vier Millionen Menschen als Hausangestellte. Die „National Platform for Domestic Workers“ (NPDW), ein Zusammenschluss von Organisationen, der für die Rechte Hausangestellter eintritt, geht von weit höheren Zahlen aus. Schätzungen zufolge arbeiten allein in Neu-Delhi bis zu einer halben Million junger Frauen als Bedienstete bei reicheren indischen Familien, oftmals unter schlechten Bedingungen und für schlechte Bezahlung.

Im Durchschnitt verdienen diese Vollzeitkräfte zwischen 8000 und 10000 Rupien, das sind umgerechnet zwischen 110 und 140 Euro im Monat. Der von der Regierung festgelegte Mindestlohn für ungelernete Arbeiter in Neu-Delhi liegt aber bei 13350 Rupien im Monat.

Das „Domestic Worker Forum“ (DWF) [...] ist ein Zusammenschluss ehemaliger Dienstmädchen und Gewerkschafter, die sich für die Rechte der Maids stark machen. [...] Prince Varghese [Projektkoordinator] und die anderen Aktivistinnen [beim DWF] sehen diese Arbeit nicht grundsätzlich als ausbeuterisch und schlecht, sondern auch als Chance an – solange die Bedingungen stimmen.

Gewerkschaften und Verbände behaupten gar, die gesamte indische Wirtschaft könnte profitieren, wenn dieser Dienstleistungssektor reguliert werden würde. Doch im Moment bedeutet dieses Vakuum für die Frauen vor allem: Unsicherheit. [...]

So gesehen hatte Neelima Tirkey Glück – [...] [n]ach [...] Jahren als Maid kündigte sie, gründete eine Familie – und machte ihr Engagement zum Beruf. Mittlerweile ist sie eine der zehn Anführerinnen beim „Domestic Worker Forum“, die den Arbeitskampf in Neu-Delhi organisieren. Die Gruppe trifft sich jeden Montag zum Austausch in den Räumen der Organisation, die von kirchlichen Trägern unterstützt wird.

Im DWF sind rund 4000 Arbeiterinnen organisiert. Neelima Tirkeys Aufgabe ist es, in ihrem Gebiet – Nord- und Nord-West-Delhi – für die Hausangestellten da zu sein. Sie nimmt Beschwerden entgegen, ermutigt sie, erklärt, was sie sich nicht gefallen lassen müssen, und begleitet sie bei Bedarf zum Arbeitsplatz. „Die häufigsten Probleme“, erklärt Tirkey, „sind schlechte Bezahlung, fehlender Kündigungsschutz, kein freier Tag und des Diebstahls beschuldigt zu werden.“ Und Frauen, die selbst Kinder haben, sehen sie in der Regel nur selten, weil ihnen die langen Arbeitszeiten in Verbindung mit meist unbezahltem Urlaub keine andere Wahl lassen. [...]

Das Erstaunliche: Bereits 2011 haben Hausangestellte bei der *International Labour Conference* einen ersten großen Sieg errungen. Die Konvention für die Rechte von Hausangestellten der „International Labour Organization“ (ILO) wurde von einer Mehrheit der Mitgliedsstaaten verabschiedet. Auch Indien hat die Konvention für mehr Rechte der Hausangestellten unterschrieben – aber noch nicht umgesetzt. Ohne ein nationales Gesetz hätten Hausangestellte aber nach wie vor kaum Hoffnung auf Gerechtigkeit, so die „National Platform for Domestic Workers“ [...].

Aktivistin Tirkey sagt, Gesetze seien gut und wichtig und die ILO-Konvention sei hilfreich für ihre Arbeit. Es gebe bereits einen Entwurf, der vieles enthält, um das Leben der Maids zum Besseren zu wenden: Die Forderung nach sozialer Absicherung, einer 48-Stunden-Woche, Mindestlohn, Lohnausgleich für Überstunden, einen freien Tag pro Woche und 15 Urlaubstage im Jahr. Auch eine angemessene private Unterbringung im Haus soll den Maids per Gesetz zugesichert werden. Über den Gesetzentwurf soll demnächst im Parlament debattiert werden. Sollte tatsächlich ein Beschluss fallen, bleibt auch für Neelima Tirkey die traurige Gewissheit, dass Gesetze in Indien nicht immer eingehalten werden.

So habe ihre Gruppe in den vergangenen drei Jahren bei 150 Rettungsaktionen Frauen aus Haushalten befreit, in denen sie diskriminiert oder gar verbal oder körperlich misshandelt wurden. Im gleichen Zeitraum wurden aber nur fünf Arbeitgeber angezeigt. „Die Reichen und Mächtigen wissen sich zu helfen“, erklärt Projektkoordinator Prince Varghese. „Genau deshalb braucht es Initiativen wie unsere, in der sich Hausangestellte organisieren können. Das Ziel ist, den Maids eine Stimme zu geben und ihnen das Selbstbewusstsein zu vermitteln, sich gegenüber ihren Arbeitgebern zu behaupten.“

Die wichtigste Errungenschaft des „Domestic Worker Forums“ sieht Neelima Tirkey darin, dass die Frauen und ihre Arbeit überhaupt sichtbar gemacht werden und ihnen eine Stimme gegeben wird: „Das Kollektiv macht die einzelnen Frauen stärker. Den Arbeiterinnen helfen zu können, das macht mich stolz und glücklich.“

Lea Gölnitz, „Geordneter Aufstand“, in: Frankfurter Rundschau vom 15. November 2017



Die Aktivistinnen des Domestic Worker Forums, DWF, setzen sich für die Rechte von Hausangestellten ein, die oftmals unterbezahlt sind und schlecht behandelt werden. Eines der wöchentlichen Treffen 2017



Insgesamt sind nur etwa sechs Prozent der Arbeiterschaft in der indischen Wirtschaft organisiert, zudem ist die Gewerkschaftsbewegung stark zersplittert. Demonstration von Mitgliedern verschiedener Gewerkschaften während eines landesweiten Streiks in Ahmedabad, Gujarat, im September 2016

gesellschaftlichen Konfliktlinien zwischen Stadt und Land, Kapital und Arbeit, Kirche und Staat in Indien nur schwach ausgeprägt oder durch staatliche Politik erst entstanden bzw. verschärft worden sind. Beispielsweise begünstigte die weitgehende Rücksichtnahme auf die religiösen Minderheiten den Aufstieg der BJP und die Favorsierung der Schwerindustrie im Entwicklungsprozess gab bäuerlichen und regionalen Parteien Auftrieb. Indische Parteien mobilisieren in der Regel eindeutig nach Kastenzugehörigkeit. Dies nahm seinen Ausgang mit süd-indischen Protestparteien gegen die Vorherrschaft der Brahmanen, setzte sich fort über die Bildung der Regionalparteien, die vor allem die niederen Kasten politisch mobilisierten, und mündete in Bemühungen der nationalen Parteien, Vertreter bisher an der Herrschaft wenig beteiligter Kasten in die Führung aufzunehmen oder diese für Wahlämter zu rekrutieren. Als Folge dieser Vorgänge gewannen die lange Zeit politisch marginalisierten Schichten erheblich an Einfluss, weshalb keine Partei es sich heute leisten kann, bei der Aufstellung von Kandidaten Kastenkriterien nicht zu berücksichtigen.

Die innerparteiliche Demokratie lässt in Indien noch Wünsche offen. Die Kleinparteien sind praktisch Eigentum ihres despotischen Führers und in den nationalen Parteien wird nur ein Teil der Führungsriege gewählt, der Rest ernannt. In der Kongresspartei fanden zwanzig Jahre lang gar keine parteiinternen Wahlen statt, heute werden zumeist von der Führung ausgesuchte Kandidaten von der Basis bestätigt. Bei der BJP sieht es nicht besser aus. Auf Parteitag werden die von der Führung eingebrachten Anträge meist einstimmig verabschiedet. Dagegen ist bei den Kommunisten, die ja dem Ideal des demokratischen Zentralismus huldigen, Debatte und Dissens in wichtigen Fragen möglich, nach der Entscheidungsfindung wird aber eiserne Parteidisziplin verlangt.

Indische Parteien besitzen nur eine schwache Finanzierungsbasis. Sie können ihren Wahlkreiskandidaten daher nur einen Zuschuss zu den Wahlkampfkosten gewähren, den Rest

müssen diese über Freunde und Spender selbst mobilisieren. Die Geldgeber wiederum werden nach der Wahl Erkenntlichkeit fordern. Nur Wohlhabende oder solche Personen, an deren Kandidatur die Parteien ein gesteigertes Interesse haben, können sich deshalb den Wahlkampf leisten. Die Parteien finanzieren sich im Übrigen durch zum Teil sehr hohe „Parteisteuern“ ihrer Mandatsträger, Bewerbungsgebühren und steuerlich bis zu einer bestimmten Höhe abzugsfähige Spenden sowie mehr oder weniger verdeckte Schutzgelderpressung.

Verbände

Indien kennt nicht die schlagkräftigen Gewerkschaften und Unternehmerverbände westlicher Industriegesellschaften – bedingt vor allem durch den Stand und Charakter der indischen Entwicklung. Der Staat hielt bis Anfang der 1990er-Jahre die Spitzenpositionen der Wirtschaft besetzt und die Privatwirtschaft in Abhängigkeit, schützte ihre Gewinne freilich auch durch Fernhalten ausländischer Konkurrenz sowie durch staatliche Aufträge und Subventionen. Kleinbetriebe genossen eine gesonderte Behandlung, waren also kaum für eine gemeinsame Strategie „des Kapitals“ zu mobilisieren.

Im Übrigen war und ist die Unternehmerschaft durch Zugehörigkeit zu verschiedenen Verbänden (der eher kosmopolitisch orientierten ASSOCHAM, der *Associated Chambers of Commerce and Industry of India*, der wirtschaftsnationalistischen FICCI, der *Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry*, und der jüngeren, marktorientierten CII, der *Confederation of Indian Industry*) gespalten. Natürlich hat die wirtschaftliche Liberalisierung diese Lage etwas verändert, die Unternehmerverbände sind selbstbewusster geworden, sie haben ihre Lobbytätigkeit intensiviert und in Einzelfragen durchaus Erfolg gehabt. Die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik stellen sie jedoch nur punktuell infrage.

Auch die organisierte Arbeiterschaft in Indien verfügt nur über mäßiges politisches Gewicht. Das Gewerkschaftswesen

„Mutter Ganges“ – Indiens Kloake

„So sieht das Ergebnis unserer Bemühungen seit dem Jahr 1993 aus“, sagt Rakesh Jaiswal. Der Vorsitzende der Umweltschutzinitiative Eco Friends in der indischen Stadt Kanpur am Ufer des Ganges steht vor zwei Betonkanälen und rümpft die Nase. Das Wasser in den Rinnen, das aus einer 30 Jahre alten Kläranlage zu einem Bewässerungssystem für Ackerflächen in der Umgebung der Stadt geleitet wird, riecht ziemlich übel. Es trägt auch eine grauweiße Schaumkrone. „Wir haben Gerichtsurteile erwirkt, um den Ganges sauber zu bekommen. Wir haben Kampagnen geführt und verwesende Leichen aus dem Ganges geholt“, sagt Jaiswal, „aber der Ganges ist heute noch dreckiger als vor drei Jahrzehnten. Wir geben auf. Eco Friends macht dicht.“

[...] [D]er 57-jährige Jaiswal und seine verbliebenen Mitstreiter [...] sind nach einem knappen Vierteljahrhundert vergeblicher Mühen in Kanpur, das dank mehr als 400 Ledergerbereien als eine der schmutzigsten Städte Indiens gilt, so niedergeschlagen, dass nicht einmal ein milliardenteures Vorhaben von Indiens Regierung [...] zur Säuberung des Ganges neuen Mut macht.

Drei Milliarden Euro sollen aufgebracht werden, um den 2500 Kilometer langen Fluss, von dessen Wasser etwa 500 Millionen der 1,3 Milliarden Inder leben, von einer der schlimmsten Kloaken der Welt wieder in einen Fluss zu verwandeln, der den Namen verdient. Die Regierung in Neu-Delhi [...] ist eifrig um den Nachweis bemüht, dass ihr Vorhaben umgesetzt wird.

„Ich habe bislang nichts gesehen, was die Lage verbessert“, sagt Jaiswal [...] dennoch gut zwei Jahre, nachdem [Premierminister Narendra] Modi bei seinem Amtsantritt [...] den Indern versprach, Ma Ganga, Mutter Ganges, die Wasserqualität zu verschaffen, die Indien benötigt. [...]

Der Ganges, so glauben Indiens Hindus, besitzt selbstreinigende Kräfte. Der Mythos stirbt spätestens nahe der Stadt Haridwar. „In der Trockenzeit erreicht kein einziger Wassertropfen aus dem Himalaya mehr Kanpur“, sagt Jaiswal von Eco Friends. Stattdessen schwappt die Brühe des Yamuna-Flusses, der auf der Höhe der Hauptstadt Delhi fast kein Leben mehr enthält, im Flussbett. Papierfabriken und Zuckerraffinerien sowie Gerbereien leiten ihre Abwässer in den heiligen Fluss.

Der Ganges nimmt bis zu seiner Ankunft in der Bucht von Bengalen täglich rund zehn Milliarden Liter Abfall auf und gehört damit zu den dreckigsten Flüssen der Welt. Etwa 25 Prozent stammen aus Industrieabwässern. [...]

Kanpur [...] gab alleine rund 100 Millionen Euro für ein Kanalisationssystem aus. „Aber alle Pläne wurden nur zur Hälfte umgesetzt“, sagt Jaiswal, der gescheiterte Umweltschützer der Stadt. [...]

Ein paar Hundert Meter weiter staut sich in einem Abwasserkanal der Dreck, der eigentlich in den Ganges fließen soll. Es herrscht Monsun und Mutter Ganga nutzt die Gelegenheit zu einem Hochwasser. Der Schmutz wird verdünnt und die flüssigen Gifte aus den Gerbereien stauen sich für ein paar Wochen in den Seitenarmen.

Nur in Varanasi, rund 250 Kilometer flussabwärts, hat der Ganges auch in der Regenzeit kaum eine Chance. In der Pilgerstadt werfen Tausende von gläubigen Hindus täglich ihre Gaben in den Fluss – und jährlich die Asche von 30 000 Toten, die in der heiligen Stadt kremiert werden.

Willi Germund, „Indiens Kloake“, in: Frankfurter Rundschau vom 7. Oktober 2017



Reuters/Danish Siddiqui

Mehr als 500 Millionen Inder leben vom Wasser des Ganges, des heiligsten Flusses der Hindus. Industrie und Abwässer haben ihn in einen der weltweit schmutzigsten Flüsse verwandelt. In Kolkata reinigt ein Mann die Ufer von „Ma Ganga“.

ist extrem zersplittert. Nur ein kleiner Teil der Arbeitnehmer (etwa neun Prozent) ist in der sogenannten organisierten Wirtschaft beschäftigt, also den Betrieben mit mehr als zehn Arbeitskräften, die den Arbeitsgesetzen und der Überprüfung ihrer Einhaltung unterliegen, hiervon wiederum nur etwa die Hälfte bei den größeren Privatunternehmen. Von diesen Beschäftigten hat wiederum ein Drittel keinen regulären Arbeitsvertrag und nur die Hälfte ist gewerkschaftlich organisiert, in der Wirtschaft insgesamt nur etwa sechs Prozent.

Die Gewerkschaftsmitglieder verteilen sich auf zwölf verschiedene Dachverbände unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung und sind bis auf zwei Ausnahmen parteipolitisch gebunden. Da bereits sieben Mitglieder eine Gewerkschaft gründen können und die meisten Parteien wie auch einzelne Politiker eine Gewerkschaft halten, ist deren Gesamtzahl enorm (ca. 50 000), ihre durchschnittliche Mitgliederstärke (800) und Finanzkraft angesichts äußerst geringer Mitgliedsbeiträge aber sehr bescheiden. Infolge ihrer Zersplitterung und politischen Anbindung kämpfen die Gewerkschaften zwangsläufig fast ebenso stark gegen- wie miteinander. Lohnverhandlungen beziehen den Staat als dritten Partner ein und münden meist in Schiedssprüchen.

Das Streikrecht ist begrenzt durch das Erfordernis vorheriger staatlicher Streitschlichtung, teilweise ausgesetzt bei essenziellen Diensten sowie innerhalb zahlreicher spezieller Wirtschaftszonen. Entsprechend ist die Streikaktivität seit Jahren deutlich rückläufig. Die Arbeitskräfte im formellen Wirtschaftssektor sind im Vergleich zum Rest der indischen Gesellschaft privilegiert; das förderte lange die Tendenz der Gewerkschaften, sich eher um die Bedürfnisse der dortigen Arbeitnehmer zu kümmern als um die Arbeitskräfte im unterbezahlten informellen Bereich.

Die langjährige Begünstigung der industriellen Entwicklung brachte es mit sich, dass eine Aktionseinheit zwischen Unternehmerorganisationen, Gewerkschaften und Bauernverbänden selten zustande kam. Wie bei den Gewerkschaften sind die Bauernverbände nach parteipolitischer Anbindung, Region, nach Kasten und Einkommen der organisierten Bauern gespalten und haben sich nur selten zu gemeinsamem Handeln durchringen können. Der Versuch Ende der 1980er-Jahre, eine umfassende Bauernorganisation und eine ihr angeschlossene Partei zu gründen, scheiterte. Kollektive Aktionen waren dann möglich, wenn durch Erhöhung der staatlichen Inputpreise (etwa für Dünger), der Abnahmepreise oder durch die Folgen des indischen Beitritts zur Welthandelsorganisation die Bauernschaft insgesamt Einkommensverluste befürchten musste. Das politische Gewicht der Landwirtschaft hat seit den wirtschaftlichen Reformen erkennbar abgenommen; wohlhabender gewordene Bauern haben die Landwirtschaft teilweise verlassen, die anderen führen eine prekäre Existenz und haben für politische Betätigung wenig Zeit.

Neben diesen klassischen zivilgesellschaftlichen Organisationen entstanden eine Unzahl von Nichtregierungsorganisationen (*Non-Governmental Organizations*, NGOs), Selbsthilfegruppen und sozialen Bewegungen. Indien wurde schon als „nicht offizielle Welthauptstadt der NGOs“ bezeichnet. Schätzungen zufolge gibt es dort 1,5 Millionen NGOs, hauptsächlich in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Umwelt und Gemeindeentwicklung. Sie finanzieren sich aus Spenden Einzelner und von größeren Unternehmen in Indien (die neuerdings dazu verpflichtet sind), Zuschüssen der Entwicklungshilfe sowie Beiträgen des indischen Staates.

Die Schwerpunkte der NGOs orientierten sich an „Modewellen“ im internationalen Diskurs, aber auch an den jeweils besonderen Defiziten der Staatstätigkeit in Indien. Ihre Tätigkeit wurde sehr lange in einem äußerst freundlichen Licht gesehen (Basisnähe, besondere Effizienz, Distanz zur Politik), aber mittlerweile geraten auch die Schattenseiten in den Blick: Etliche NGOs sind Zweigstellen politischer Parteien oder politischer Amtsträger, unterstützen auch deren mitunter problematische Agenda (das gilt vor allem für NGOs im hindu-nationalistischen Umfeld), etliche sind bloße Ableger von Religionsgemeinschaften. Es ist auch richtig, wie vor allem die indischen Kommunisten hervorheben, dass NGOs im Wesentlichen die gebildeten Mittelschichten rekrutieren. Die indische Regierung, der vor allem die Tätigkeit vom Ausland finanzierter NGOs stets ein Dorn im Auge war, nutzt neuerdings den *Foreign Exchange Regulation Act* von 1976 wieder intensiver, um deren Zugang zu externen Mitteln schärfer zu kontrollieren oder gar (wie bei *Greenpeace*) zu unterbinden.

Nichtsdestoweniger gibt es eine ganze Reihe indischer NGOs, die sich um die Förderung des Gemeinwohls verdient gemacht haben und noch machen. Frauenverbände sind seit den 1970er-Jahren zunehmend aktiv; sie demonstrieren gegen Mitgiftmorde und pränatale Geschlechtsbestimmungen und engagieren sich allgemein für Gleichberechtigung. Umweltverbände wie das *Chipko Andolan Movement* setzten sich gegen die Abholzung der Wälder ein, die *Narmada Bachao Andolan* protestierten ab 1983 gegen Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen beim Bau des Sardar-Sarovar-Damms am Narmada-Fluss. Später wurden NGOs auch beim Kampf gegen Korruption sowie beim Schutz der Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte aktiv, speziell auch beim Kampf gegen die Diskriminierung der Dalits.

Zuweilen wurde die Arbeit der NGOs durch bedeutende Erfolge belohnt: So erreichte die *Association for Democratic Reforms* durch ein Urteil des Obersten Gerichts, dass Kandidaten für die Parlamentswahlen ihr Vermögen, ihren Bildungsstand und eventuell anhängige Strafverfahren gegen sie selbst offenlegen mussten; die Organisation *Mazdoor Kisan Shakti Sangathan* war maßgeblich am Zustandekommen des 2005 in Kraft getretenen *Right to Information Act* beteiligt; der *Kerala Sasthra Sahitya Parishat* erreichte, dass das Silent Valley in Kerala unter Naturschutz gestellt und der geplante Staudammbau verhindert wurde. Schließlich setzte sich die *Ekta Parishad* für die Rechte von Kleinbauern und Landarbeitern ein, insbesondere für die Rückerstattung von Land, das den Adivasi genommen wurde.

JOACHIM BETZ

Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik

Nach Jahrzehnten militärischer Zurückhaltung ist Indien auch auf diesem Gebiet Großmacht, seit 1998 Atommacht. Entsprechend selbstbewusst strebt das Land nach internationaler Geltung, ohne sich allzu eng in Bündnisse einzubinden. Regional bleiben der Konflikt mit Pakistan und eine engere Kooperation mit umliegenden Staaten bestimmend – auch, um den Einfluss Chinas zu begrenzen.

Die Außen- und Sicherheitspolitik ist in Indien immer ein Bereich gewesen, in dem die Regierung selbstständig agieren konnte, weitestgehend auch ohne größere Konsultation oder Mitentscheidung des Parlaments. Die wesentlichen Konstanten dieser Politik sind: die Aufrechterhaltung von Souveränität und territorialer Integrität Indiens, das Streben nach globalem Großmachtstatus (unter anderem durch Erlangung eines ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat) und regionaler Dominanz, außenpolitische Autonomie (also keine feste Bindung an eine Allianz) und das Heraushalten „raumfremder“ Mächte aus dem eigenen Sicherheitsbereich, der seit den 1980er-Jahren sehr weiträumig definiert wird und einen Großteil des Indischen Ozeans einschließt. Diese Grundpositionen werden von fast allen gesellschaftlichen Gruppierungen und politischen Parteien geteilt.

Haltung im Ost-West-Konflikt

Nach der Unabhängigkeit verfolgte Indien zunächst eine „idealistische Außenpolitik“, die als Ziel eine friedliche Welt mit gegenseitiger Toleranz propagierte und – mit seiner führenden Rolle in der Bewegung der Blockfreien – einen dritten Weg jenseits der Konfrontation der Supermächte suchte. Doch sollte die indische Version der Blockfreiheit schon bald eine prosovietische Schlagseite bekommen, begünstigt auch durch die staatswirtschaftliche Ausrichtung der indischen Entwicklungsstrategie und die amerikanische Aufrüstung Pakistans. Die kleineren indischen Nachbarn wurden in das von den Briten übernommene Sicherheitssystem integriert. Mit der Führung der VR China bestand Einigkeit in der antikolonialen Ausrichtung. Dies wurde durch den Abschluss eines Freundschaftsvertrages über Nichteinmischung und friedliche Konfliktbeilegung untermauert. Stärkere eigene Rüstungsanstrengungen schienen zunächst entbehrlich. Das sollte sich mit der Niederlage im

indisch-chinesischen Grenzkrieg (1962) deutlich ändern, dem auch bald eine Annäherung zwischen Pakistan und der VR China folgte. Abschlüssig beschiedene Wünsche nach Lieferung modernen Kriegsgeräts durch die USA führten Indien kurze Zeit später noch stärker an die Seite der Sowjetunion.

Die folgenden Jahre standen im Zeichen indisch-pakistanscher Konflikte. Pakistan war 1965 der Angreifer, wurde aber zurückgeschlagen. Die USA belegten die Kontrahenten mit einem Waffenembargo, die Sowjetunion vermittelte vergleichsweise unparteiisch in den Friedensverhandlungen von Taschkent. Nach den gesamt-pakistanischen Wahlen von 1971 drohte sich der Osten vom Westen des Landes abzuspalten, Millionen Menschen flohen nach Indien. In diese gespannte Situation platzte die Nachricht der amerikanisch-chinesischen Annäherung. Die indische Regierung sah sich zum Abschluss eines Vertrages mit der Sowjetunion genötigt, der im Angriffsfall sofortige Konsultationen – allerdings keinen automatischen Beistand – vorsah und nur bei großzügiger Interpretation noch



Indien gehört zu den Initiatoren der blockfreien Staaten, die den Anspruch hatten, sich im Ost-West-Konflikt neutral zu verhalten. Der damalige indische Ministerpräsident Nehru spricht am 2. September 1961 auf ihrer ersten Gipfelkonferenz in Belgrad.



In den 1970er-Jahren vertiefen Indien und die Sowjetunion ihre politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Indien profitiert unter anderem vom Technologie- und Wissenstransfer aus der UdSSR, der die ökonomische Modernisierung des Landes vorantreibt. Ingenieure beider Staaten 1975 in einer Fabrik in Haridwar, Uttarakhand

dem Kriterium von „Blockfreiheit“ genügte. Nach dem militärischen Sieg über die im Osten kämpfende westpakistanische Armee im Dezember 1971, dem die Unabhängigkeit Ostpakistans als neuer Staat Bangladesch folgte, bemühte sich die indische Regierung wieder um stärkere außenpolitische Neutralität. Das sollte sich 1979 mit der sowjetischen Intervention in Afghanistan wieder ändern, deren Verurteilung sich Indien nicht anschloss. Dies brachte der indischen Außenpolitik einen beträchtlichen Prestigeverlust.

Neuorientierung nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten

Der Zusammenbruch der sozialistischen Staatenwelt und das Ende der Blockkonfrontation veränderten die jahrzehntelang gültigen Grunddeterminanten der indischen Außenpolitik. Als Folge der Genfer Friedensverhandlungen über Afghanistan 1988 begann der Wert Pakistans als strategischer Sicherheitspartner für die USA zu sinken; parallel dazu verlor Indien für die Sowjetunion an Bedeutung, verstärkt nach deren Aussöhnung mit China.

Die Entspannung zwischen den beiden Supermächten stand im Gegensatz zur fortgesetzten Aufrüstung und Weigerung Indiens, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten, weil dieser Indien den Besitz von Atomwaffen verboten hätte. Mit der Entspannung verringerte sich auch das Gewicht der Blockfreienbewegung; Indien verlor damit eines seiner wichtigsten außenpolitischen Foren. Schließlich brachte der wirtschaftliche Zusammenbruch der vormals sozialistischen Staaten den beiderseitigen Austausch zum Erliegen.

Die offizielle indische Außenpolitik reagierte auf diese neue Lage zunächst hilflos, entschied sich aber später zu einer deut-

lichen Kurskorrektur – parallel zur wirtschaftlichen Öffnung. Beobachter sehen in dieser Korrektur einen Wechsel zu einer pragmatischen Strategie. Deren Hauptbestandteile sind die starke Annäherung an die USA, der Versuch, durch einseitige Vorleistungen engere Kooperation in Südasien zu erreichen, und eine Wendung nach Südostasien (*look east policy*). In den Zusammenhang dieses Politikwechsels gehören auch der Wille, durch Dialog mit der VR China eine Lösung der strittigen Grenzfrage zu erreichen, den bilateralen Wirtschaftsaustausch zu intensivieren und sich in Fragen der *global governance* (etwa der Handels- und Klimapolitik) abzustimmen.

Annäherung an die USA

Die Absicherung des wirtschaftlichen Aufstieges Indiens ist strategisch an die erste Stelle getreten. Das verlangt gute Beziehungen zu allen wichtigen Mächten. Die Regierung war sich im Klaren darüber, dass künftig technisches Wissen und Know-how eine herausragende Rolle in der internationalen Machtverteilung spielen werden, es darüber hinaus in einer neuen internationalen Ordnung auch auf gemeinsame politische und kulturelle Werte, insbesondere die Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie die Achtung gesellschaftlicher Pluralität, ankommt. Dabei und bei der Abwehr des internationalen Terrorismus sieht sich Indien in besonderer enger Gemeinschaft zu den Vereinigten Staaten.

Die Beziehungen zu diesen besserten sich erheblich. Zunächst betraf dies die militärische Zusammenarbeit, die sich in verstärkten indischen Rüstungskäufen, in gemeinsamen Flottenübungen und 1995 in einem bilateralen Sicherheitsabkommen niederschlug. Verstimmung brachten die indischen Nukleartests 1998, die von den USA und anderen Staaten mit Wirtschaftssanktionen beantwortet wurden, das nuklear nachziehende Pakistan aber mehr schmerzten als Indien und die bald wieder aufgehoben wurden. Auch durch die Bereitschaft der indischen Regierung, mit den USA wiederholt über

die indische Nuklearpolitik Gespräche zu führen, begannen sich die Beziehungen wieder zu bessern.

Im März 2000 kam es zu einem Staatsbesuch Präsident Bill Clintons, bei dem sich die amerikanische Seite den indischen Standpunkt in der Kaschmirfrage zu eigen machte und zwischen den „natürlichen Verbündeten“ USA und Indien eine „strategische Partnerschaft“ vereinbart wurde. In der Folgezeit versuchte Indien, sich als verantwortliche Nuklearmacht zu profilieren und verzichtete auch auf weitere Tests. So wurde im März 2006 ein bilaterales Abkommen vereinbart, nach dem Indien nach 30 Jahren Unterbrechung wieder mit Nuklearbrennstoffen und -technologie versorgt werden durfte. Dafür musste es einen Teil seiner Nuklearanlagen internationaler Inspektion öffnen. Dieser Vertrag konnte in Indien 2008 nur mit Mühe durch das Unterhaus gebracht werden.



Indisch-amerikanische Annäherung: Der damalige US-Präsident Bill Clinton wird im März 2000 in der Nähe von Jaipur, Rajasthan, willkommen geheißen.

Auch aus anderen Gründen verbesserten sich die bilateralen Beziehungen: Die USA stiegen, bedingt durch die wirtschaftliche Liberalisierung Indiens, zwischenzeitlich zum größten Handelspartner Indiens und einem der wichtigsten Investoren auf. Der Umfang der überdurchschnittlich gut ausgebildeten und finanziell bemittelten indischstämmigen Minderheit in Amerika ist erheblich gewachsen und soll heute mehr als drei Millionen Personen betragen. Indiens Einfluss in den USA wird gestärkt durch den sogenannten *Caucus on India and Indian Americans* im amerikanischen Kongress, der zurzeit 110 Abgeordnete zählt. Überdies sind beide Staaten demokratische und gesellschaftlich plurale Gemeinwesen, auch wenn die „Wertegemeinschaft“ nicht so weit führt, dass Indien nun daran Interesse hätte, die Demokratie zu exportieren oder Beziehungen zu außenwirtschaftlich wichtigen, aber undemokratischen Staaten (etwa dem Iran) zu kappen. Indien möchte sich auch keineswegs in ein von den Vereinigten Staaten gelenktes Bündnissystem zur Eindämmung der VR China einspannen lassen, sondern seine Autonomie wahren.

Das früher enge Verhältnis Indiens zur Sowjetunion / zu Russland hatte sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zunächst deutlich abgekühlt. Der strategische Wert des indischen Partners sank erheblich. Der bilaterale Handel auf Verrechnungsbasis (im Wesentlichen Öl und Rüstungsgüter gegen eher zweitklassige indische Fertigwaren) brach zusammen. Russland suchte überdies erfolgreich den Ausgleich mit China und belieferte den Konkurrenten Indiens mit Rüstungsmaterial. Zudem kritisierte Moskau die Nichtzeichnung des Atomwaffensperrvertrages durch Indien und stoppte den Export entsprechender Technologien.

Das Problem der im bilateralen Handel aufgelaufenen indischen Schulden konnte bei einem Staatsbesuch des russischen Präsidenten 1993 gelöst werden. Darüber hinaus kam es bei diesem Besuch zur Unterzeichnung eines Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit, der sich nicht mehr gegen



Am 4. September 2017 treffen sich die Staatsoberhäupter der BRICS-Staaten Jacob Zuma, Wladimir Putin, Narendra Modi, Xi Jinping und Michel Temer (von li. nach re.) zu ihrem neunten Gipfel in Xiamen, China, und versichern sich, ihre Zusammenarbeit weiter zu vertiefen.

Dritte richtete. Später nahm Russland die Lieferung schweren Wassers für die indischen Reaktoren wieder auf, protestierte allerdings gegen die indischen Atomtests.

Eine wirkliche Wende im bilateralen Verhältnis brachte erst der Amtsantritt Präsident Wladimir Putins 2000. Bei dessen erstem Staatsbesuch wurde eine „strategische Partnerschaft“ zwischen beiden Staaten vereinbart, danach die Rüstungskoope-ration wieder ausgeweitet. Indien und Russland sind sich einig in einer Abwehr amerikanischer Hegemoniebestrebungen. Russland unterstützt den Wunsch Indiens nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, arbeitet mit Indien in der Gruppe der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) zusammen und enthält sich jeglicher Kritik an den indischen Aktionen in Kaschmir.

Das bilaterale Verhältnis wird überwiegend von enger Rüstungskoope-ration geprägt, bei dem Indien auch Zugang zu modernsten russischen Technologien erhält. Das indische Militär bezieht 2/3 seiner Rüstungsgüter aus Russland, auch wenn es über die Qualität der russischen Waffen bisweilen klagt. Wirtschaftlich sind die bilateralen Beziehungen marginal – sowohl was den langsam wieder ansteigenden wechselseitigen Handel als auch die Investitionen anbetrifft. Dennoch ist die indische Führung vom Wert der Partnerschaft überzeugt, schon allein, um die weltpolitische Dominanz der USA und Chinas einzuhegen.

Indiens Politik gegenüber seinen Nachbarstaaten

Die zweite Wende betrifft das Verhältnis zu den Nachbarstaaten. Dieses war von Beginn an schwierig, weil Indien wirtschaftlich, geografisch und bevölkerungsmäßig Südasien stärker dominiert als vergleichbare Mächte (etwa Brasilien) ihre Region. Es nimmt

nicht wunder, dass daraus Ängste der Nachbarn, beherrscht zu werden, erwachsen. Eine paternalistische Großmachtattitüde, die Indien lange Zeit in der Region an den Tag legte, verstärkte diese Ängste noch. Ausdruck versuchter bzw. tatsächlicher Bevormundung, der sich die kleinen Staaten kaum entziehen konnten, waren u. a. die Freundschafts- und Beistandspakte mit Bhutan, Nepal, Bangladesch und – nach Intensivierung des dortigen Bürgerkriegs – auch mit Sri Lanka, die den Spielraum dieser Staaten verminderten. Dazu kamen indische Militärinterventionen in Sri Lanka und auf den Malediven, einseitige Maßnahmen, die die Entwicklungsmöglichkeiten der Nachbarn beschnitten (etwa der Bau des Farakka-Staudamms, der die Landwirtschaft in Bangladesch trockenlegte), sowie ausgeprägte Erpressungsversuche bei Selbstständigkeitsbestrebungen der kleineren Nachbarn, etwa die Aufkündigung des Transitabkommens mit Nepal 1989. Pakistan konnte sich als größter Nachbar diesen Bestrebungen am ehesten widersetzen, entsprechend spannungsreich verliefen die beiderseitigen Beziehungen.

Skepsis gegen Regionalabkommen

Die Dominanz Indiens war auch lange nicht mit einem regionalen Projekt verbunden, das dem Land größere Lasten oder gar Machtteilung (etwa bei der Bildung einer regionalen Gemeinschaft) abverlangt und damit den Nachbarn den Anreiz genommen hätte, die Übermacht Indiens durch Verbindung mit raumfremden Mächten zu kompensieren. Dies wurde überdies durch die lange Zeit unterschiedliche politische und wirtschaftliche Entwicklung auf dem Subkontinent verhindert. Initiativen zur Bildung einer regionalen Gemeinschaft (*South Asian Association for Regional Cooperation, SAARC*) kamen angesichts dieser Probleme nur spät (1980) in Gang, sie gingen bezeichnenderweise auch nicht von Indien, sondern von Bangladesch aus. Mitglieder der 1985 gegründeten SAARC sind Bangladesch, Bhutan, Indien, die Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka. Seit 2007 gehört Afghanistan dazu.



Die Regierungschefs der acht SAARC-Mitgliedstaaten auf der Abschlusssitzung ihres 18. und bisher letztmaligen Gipfeltreffens am 27. November 2014 in Kathmandu, Nepal. Den ursprünglich für November 2016 geplanten 19. Gipfel der Regionalorganisation boykottiert Indien aufgrund erneuter politischer Spannungen mit Pakistan.



Fragile Nachbarschaften

[...] Am 15. August 1947 wurde Indien unabhängig. Großbritannien gab seine Kolonie frei. Britisch-Indien wurde aufgeteilt in ein muslimisches Pakistan und in die indische Union. [...] Das erste Ergebnis der Teilung Indiens waren Flucht und Vertreibung von etwa 20 Millionen Menschen mit Hunderttausenden Toten. Die Idee, die Konflikte zwischen Muslimen und Hindus durch die Schaffung zweier getrennter Staaten beizulegen, war gescheitert. Aus einem Pulverfass waren zwei geworden.

Dabei waren die neuen Herren weder in Pakistan noch in Indien sonderlich religiös. Angesichts der unterschiedlichen Religionen in Indien war das wohl ein Glücksfall. [...] Man könnte die Geschichte der beiden Staaten als einen Prozess beschreiben, in dem die „Mitternachtskinder“, so der Titel von Salman Rushdies großartigem Roman über das geteilte Indien, sich immer gewalttätiger radikalisierten. Bis sie sich als Atommächte gegenüberstehen. [...]

Jahrhundertlang kamen die Invasoren Indiens aus dem Nordwesten: irakische Araber, Mamluken und Tughluqs, beide ursprünglich türkische Sklaven, Paschtunen aus Afghanistan. Bis 1835 war Persisch Amtssprache in Indien. Jahrhundertlang unterstanden die Gebiete des heutigen Nordindiens, Pakistans und Afghanistans einem Herrscher. Das Grab des Begründers des Mogulreiches zum Beispiel steht nicht in Delhi, sondern in Kabul. Das heißt nicht, dass Indien Expansionsgelüste in diese Richtung hat, es erklärt aber, warum Neu-Delhis Eliten sich so dafür interessieren, was dort passiert.

Mit Narendra Modi, geboren 1950, wurde 2014 ein radikaler Hindu-Politiker Premier des Vielvölkerstaates. [...] „Indien an erster Stelle“, das ist Modis Parole. [...]

Natürlich blickt Indien nach wie vor auf Pakistan, seinen gefährlichsten Nachbarn. Aber ökonomisch wird Indien vor allem von China bedroht. Es sind nicht nur die Millionen Billigprodukte aus China, die den Markt überschwemmen. Chinas Expansionswille wirkt sich viel massiver aus. China baut Häfen aus vor

Myanmar, Bangladesch, Sri Lanka und Pakistan. Das sind Indiens Nachbarn, das betrachtet Indien als sein Einzugsgebiet. China hat eine effektive, große Flotte. Indien ist erst dabei, eine zu bauen. China braucht eine funktionierende Verbindung zu den Golfstaaten. Indien wehrt sich. Gegen den von den Chinesen betriebenen Ausbau des pakistanischen Hafens von Gwadar vergrößert Indien seinen Hafen in Karwar im indischen Staat Karnataka. Gegen den massiven Ausbau von Kyaukpyu (Myanmar), wo China auch Pipelines installiert, baut Indien im nur 60 Kilometer entfernten Sittwe seinen eigenen Hafen- und Energiekomplex auf. [...]

Wenn das alles schon kompliziert, ja gefährlich genug erscheint, den muss man daran erinnern, dass Millionen Bangladescher nach Indien fliehen, dass Indien mit Pakistan und China um Gebiete von Kaschmir streitet. Seit Jahrzehnten. [...]

Arno Widmann, „Jede Menge Pulverfässer“, in: Berliner Zeitung vom 15. August 2017
© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt



Im Januar 2013 ist der Grenzübergang Wagah an der indisch-pakistanischen Grenze wieder abgeriegelt und wird von indischen Soldaten der Grenzsicherung bewacht.

Die indische Regierung sah die Initiative zunächst als Versuch der Nachbarn, Indien kollektiv unter Druck zu setzen, Pakistan fürchtete sich dagegen vor Überschwemmung seines Marktes mit indischen Waren. Beide Staaten hielten sich deshalb zunächst zurück. Konsequenterweise wurden daher zunächst nur Kooperationen in eher technischen, unpolitischen Sektoren und regelmäßige Gipfeltreffen vereinbart sowie auf die Behandlung sensibler Themen wie Handel, Währung, Industrialisierung und Außenpolitik verzichtet.

Erst im Mai 1993 wurde ein Handelspräferenzabkommen abgeschlossen, das einen bescheidenen Anfang zur (in anderen Regionen wie Lateinamerika oder Südostasien schneller voranschreitenden) Verringerung der intraregionalen Zölle brachte; es wurde 2004 zu einer Freihandelszone (*South Asian Free Trade Area, SAFTA*) ausgebaut. Diese operierte aber immer noch mit einer langen Negativliste nicht liberalisierter Importe, der Zollabbau zog sich lange hin und die nicht tarifären Handelshemmnisse blieben ausgenommen.

Indien hat aber neuerdings in Bezug auf seine Nachbarschaft einen deutlichen Kurswechsel vollzogen: Neben seinem aktiven Einsatz für das schon genannte Freihandelsabkommen hat es mit allen Nachbarn außer Pakistan bilaterale Abkommen geschlossen, die für die ärmeren unter ihnen (mit Ausnahme Sri Lankas) für nicht sensible Güter zollfreien Zugang zum indischen Markt ermöglichen. Bangladesch wurden Transitrechte im Handelsverkehr zu Nepal und Bhutan eingeräumt, ohne eine Gegenleistung dafür zu verlangen. Im Jahr 2015 konnte auch das lästige Problem Dutzender bangalischer bzw. indischer Enklaven auf dem jeweiligen Territorium des Nachbarn gelöst werden. Schließlich leistet Indien auch beträchtliche Entwicklungshilfe für die ärmeren südasiatischen Staaten.

Konflikt mit Pakistan

Problematisch sind nach wie vor die Beziehungen zu Pakistan, das lange versucht hatte, das Machtgefälle zu Indien durch amerikanische Waffenlieferungen auszugleichen, militärisch aber völlig ins Hintertreffen geraten ist. Pakistan wollte später seine konventionelle Unterlegenheit durch Vorantreiben der nuklearen Option kompensieren; Indien betrieb dies eher mit Blick auf China. Beide Staaten verweigerten die Unterzeichnung des Nichtweiterverbreitungsvertrags und trieben ein Kernenergieprogramm voran, das in Indien durch Eigenentwicklung, in Pakistan über verdeckte Käufe nuklearer Komponenten, Industriespionage und vermutliche Unterstützung Chinas Erfolg hatte. Im Jahr 1998 erschreckten beide Staaten die Welt mit Atombombentests und später der wiederholten Drohung, diese notfalls auch gegeneinander einzusetzen.

Deeskalation gegenüber Pakistan wäre der Testfall für eine deutlich andere Haltung Indiens gegenüber den Nachbarn. Hierbei ist die Bilanz durchwachsen. Zwar betont die indische Regierung seit geraumer Zeit, dass ein „stabiles, gemäßigtes und prosperierendes Pakistan im Frieden mit sich selbst und seinen Nachbarn“ im indischen Interesse liege und 2004 wurde auch tatsächlich ein langjähriger Dialog über nahezu jedes bilaterale Problem gestartet, der auch vorzeigbare Ergebnisse brachte (Wiedereröffnung von Konsulaten, Ankündigung von Raketentests, Schifffahrtsprotokoll etc.), leider kam dieser Prozess nach den Anschlägen von Mumbai (2008) vorläufig zum Erliegen und die pakistanische Seite reagierte mit Verzögerung der versprochenen Handelserleichterungen gegenüber Indien. Auch unter der Regierung Modi gab es bisher ein Hin und Her von Gesprächsbereitschaft und Rückzug, wobei die Gründe für den Rückzug nicht immer wirklich schwerwiegend waren.



Am 26. November 2008 attackieren zehn pakistanische Terroristen an verschiedenen Orten in Mumbai Zivilisten. Zwei der Attentäter stürmen auch den Hauptbahnhof. Nach drei Tagen gelingt es der Polizei, den letzten Angreifer zu töten. 166 Personen sind zu diesem Zeitpunkt den Terrorangriffen zum Opfer gefallen.



Um Chinas Einkreisungspolitik zu begegnen, vertieft Indien unter anderem seine Beziehungen zu Japan. Am 14. September 2017 feiern die Premierminister Shinzo Abe und Narendra Modi den Baubeginn einer Hochgeschwindigkeitseisenbahn zwischen Ahmedabad und Mumbai, der von Japan unterstützt wird.

Beziehungen zur ASEAN-Gruppe

Einen gewaltigen, schon lange anhaltenden Wandel gibt es in den Beziehungen Indiens zu den südostasiatischen Staaten in der ASEAN (*Association of Southeast Asian Nations*). Um diese Region hatte Indien lange Zeit einen großen Bogen gemacht wegen ihres engen Anschlusses an das westliche Alliansystem und ihrer ausgeprägt marktwirtschaftlichen Entwicklungsstrategie. Das hat sich mit der *look east policy* seit Mitte der 1990er-Jahre zu ändern begonnen: Indien benötigte nach den wirtschaftlichen Reformen neue Absatzmärkte und Investoren. China war allerdings beim Beziehungsaufbau zu den ASEAN-Staaten vorausgeeilt, weswegen Indien nun rasch nachzog; zunächst als Dialogpartner von ASEAN, später mit einem eigenen Freihandelsabkommen, das Indien größere Konzessionen abverlangte und daher erst nach mühseligen Verhandlungen 2010 in Kraft trat. Indien hat auch bilaterale Verteidigungsabkommen mit fast allen ASEAN-Staaten geschlossen. Sie dienen alle der Ausbalancierung der US-Suprematie im asiatisch-pazifischen Raum und der Bildung eines Gegengewichts zum Aufstieg Chinas.

Verhältnis zu China

Das chinesisch-indische Verhältnis war in neuester Zeit deutlichen Spannungen ausgesetzt; 2013 drangen chinesische Truppen in den von Indien beanspruchten Teil Ladakhs ein. Die Konfrontation wurde abgelöst durch den Rückzug der chinesischen Truppen und ein Abkommen zur Kooperation bei der Grenzverteidigung; es löste allerdings nicht die seit Jahrzehnten strittige Grenzfrage. Diese hat eine lange Vorgeschichte: Tibet war bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg britisches Protektorat, nach Lösung dieser Verbindung wurde auf der Konferenz von Shimla (1914) die McMahon-Linie vertraglich zur verbindlichen Grenze zwischen Tibet und Britisch-Indien festgelegt. China betrachtete aber Tibet stets

als „abtrünnige Provinz“ und hat daher der Grenzvereinbarung nie zugestimmt. Die Beschneidung der Autonomie Tibets nach 1949 durch die chinesische Zentralregierung führte zu einem Aufstand und der Flucht des Dalai Lama nach Indien, wo ihm und seiner Anhängerschaft Asyl gewährt wurde. China versuchte danach seine territorialen Ansprüche jenseits der McMahon-Linie durchzusetzen und errichtete militärische Außenposten in einem von Indien beanspruchten Teil Kaschmirs (dem Aksai Chin), gefolgt von Gegenreaktionen Indiens. Es kam zum Krieg (1962) und einer demütigenden Niederlage Indiens, in deren Folge China dauerhaft Teile des eroberten Gebietes besetzt hielt.

Erst in den späteren 1980er-Jahren einigten sich beide Staaten auf die Einrichtung einer Grenzkommission und die Ausdünnung der Truppenstärke jenseits der Waffenstillstandslinie. Diese Kommission schaffte es in bislang 16 Verhandlungsrunden nicht, das Problem aus der Welt zu schaffen. Dies erklärt sich durch die strategische Bedeutung der von China seit 1962 besetzten Gebiete, durch die früher die einzige Allwetterstraße von Zentralchina in die aufmüppige Provinz Sinkiang führte. Die Verzögerung bei der Lösung der Grenzfrage dient heute aber auch dazu, Indien die Risiken einer zu starken Annäherung an die USA zu demonstrieren und seiner Regierung Zurückhaltung im Umgang mit den Exilbetern aufzuzwingen.

Neben dem offenkundigen Territorialdisput geht es im indisch-chinesischen Verhältnis um die künftige politische Dominanz in Asien und die Konkurrenz um Weltgeltung. Indien fühlt sich von China zunehmend eingekreist; die außenpolitische Elite Indiens hat angefangen, das bislang praktizierte gleichwertige Engagement zu allen Großmächten zu überdenken und einen engeren Schulterschluss mit den USA zu erwägen.

China und Indien haben vor allem dann gemeinsame Interessen, wenn es darum geht, Interventionen durch die USA

und andere westliche Staaten sowie deren Forderungen zur Übernahme globaler materieller und finanzieller Verantwortung zurückzuweisen, etwa bei der Bekämpfung des Klimawandels oder der Liberalisierung des internationalen Handels.

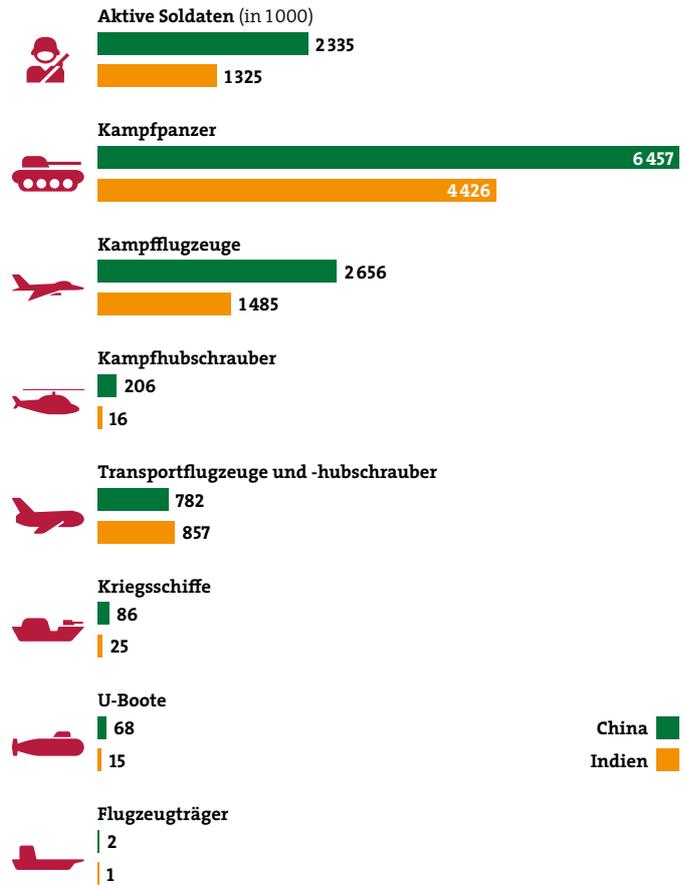
Abgesehen davon, dass Indien und China punktuell gemeinsame Interessen verfolgen, betreiben sie eine ausgeprägte geostrategische Einkreisungspolitik gegeneinander, wobei China deutlich mehr Machtmittel zur Verfügung stehen. Die chinesische Politik zielt im Kern darauf ab, Indien durch die Ermütigung mehr oder weniger feindlicher Nachbarn zu schwächen sowie südasiatische Staaten wirtschaftlich und militärisch stärker an China zu binden – durch Rüstungshilfe, Ausbau von Häfen und Horchposten –, dadurch Indien in Konflikte mit seinen regionalen Nachbarn zu verwickeln und sein Ausgreifen andernorts zu vereiteln.

Hauptsächliches Ärgernis für Indien stellt die militärische Unterstützung Pakistans durch China dar. Peking ist schon seit Jahrzehnten der verlässlichste Rüstungslieferant dieses Landes; es hat geholfen, dort die ersten drei Atomkraftwerke zu errichten. China arbeitet mit Pakistan auch bei der Raketentechnologie zusammen; Pakistan ist dadurch in der Lage, Raketen zu bauen, die zahlreiche indische Ziele erreichen könnten.

Seit geraumer Zeit begegnet Indien der chinesischen Einkreisungspolitik damit, dass es zu einem besseren Beziehungen zu den Erzfeinden Chinas (Japan, Vietnam, auch Singapur) aufbaut und zum anderen sich die zunehmenden südost- und ostasiatischen Ressentiments gegenüber einer als aggressiv empfundenen Politik Pekings im Südchinesischen Meer zunutze macht. So wurde mit Japan 2005 eine umfassende strategische Partnerschaft vereinbart und 2008 ein Abkommen über militärische Kooperation unterzeichnet. Zudem kultiviert Indien auch seit Jahren seine Beziehungen zu Vietnam; es hat mit diesem Land ein Verteidigungsabkommen geschlossen und unterstützt es bei der Modernisierung der Streitkräfte.

Militärstärken China / Indien

Konventionelle Kapazitäten im Vergleich



© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 621162; Quelle: Global Firepower Index (Schätzungen für 2015–17), eigene Recherche



In den vergangenen Jahren hat Indien seine Militärausgaben enorm gesteigert. 2016 liegen sie bei über 50 Mrd. Dollar. Bei den weltweiten Verteidigungsausgaben steht das Land somit auf dem vierten Rang. Am 6. April 2015 zelebrieren Arbeitnehmer die Fertigstellung eines U-Bootes in Mumbai, Maharashtra.

JOACHIM BETZ

Grundzüge der Wirtschaft

Indien weist hohe Wachstumsraten, konstante Beschäftigungsquoten und robuste wirtschaftliche Strukturen auf. Problematisch bleibt die hohe Staatsverschuldung und nach wie vor sind umfangreiche Reformmaßnahmen nötig, um Produktivität sowie den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand zu steigern.

Indien ist in den vergangenen Jahren zur am schnellsten wachsenden Volkswirtschaft unter den großen Entwicklungsländern geworden, mit Wachstumsraten von ca. 7,5 Prozent jährlich in den Jahren 2014 bis 2016, mit leichter Abschwächung danach. Das ist zwar etwas weniger als vor der globalen Finanzkrise 2007/08, aber genug, um die Armut im Land weiter deutlich zu verringern, damit die soziale (Bildung, Gesundheit) und wirtschaftliche Infrastruktur erheblich zu verbessern, die Arbeitslosigkeit nicht steigen zu lassen und – auf lange Sicht – zu den führenden Industrienationen aufzuschließen.

Das alles vollzieht sich, im Gegensatz zu anderen Schwerkewichten im globalen Süden, unter relativ stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (geringes Leistungsbilanzdefizit, mäßige internationale Verschuldung, sinkende Inflation). Schon heute rangiert das Land kaufkraftbereinigt auf Platz drei der größten Volkswirtschaften in der Welt (in laufender Währung auf Platz sechs), spekuliert wird auch bereits darüber, wann es die USA und China an Wirtschaftskraft und damit auch an weltweitem politischen Gewicht überholt haben wird. Manche indische Beobachter sprechen bereits vom Ausbruch eines trilateralen Zeitalters, in dem nur noch diese drei Mächte eine wesentliche Rolle spielen werden. Der Gegensatz zu den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit, als das Land ein recht dürftiges Wachstum aufwies (etwas mehr als drei Prozent pro Jahr), häufig in Zahlungsbilanzprobleme geriet, von Entwicklungshilfe abhängig war und zeitweise seine Bevölkerung nicht ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgen konnte, könnte nicht größer sein.

Wirtschaftsdaten kompakt

Basisdaten

Einwohner (in Millionen)	2017: 1 321,6 ¹
Bevölkerungswachstum (in %)	2016: 1,2
Fertilitätsrate (Geburten pro Frau)	2015: 2,4
Altersstruktur	2017: 0–14 Jahre: 27,3%; 15–24 Jahre: 17,9%; 25–54 Jahre: 41,1%; 55–64 Jahre: 7,5%; 65 Jahre und älter: 6,2%
Analphabetenquote (in %)	2015: 28,8

Wirtschaftslage

Bruttoinlandsprodukt (BIP, nom.) – Mrd. US-\$	2016: 2 264; 2017: 2 439; 2018: 2 654 ¹
BIP/Kopf (nominal) – US-\$	2016: 1 742 ¹ ; 2017: 1 852 ¹ ; 2018: 1 989 ¹
Inflationsrate (in %)	2016: 4,5; 2017: 3,8; 2018: 4,9 ¹
Arbeitslosenquote (in %)	2015/16: 5,0 (offiziell)
Durchschnittslohn (in Rupien, brutto Monatslohn, Jahresdurchschnitt; 1€ = ca. 70,6 iR, 1 US-\$ = 64,6)	2016: 12 500 bis 39 130 (Arbeiter = Fahrer, Maschinenbediener, Mechaniker, Elektriker)
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	2016: -0,7; 2017: -1,4; 2018: -1,5 ¹
Ausgaben für FuE ² (in % des BIP)	2010: 0,8; 2011: 0,8; 2015: 0,6
Staatsverschuldung (in % des BIP, brutto)	2016: 69,5; 2017: 68,7 ¹ ; 2018: 67,1 ¹

¹ Schätzung bzw. Prognose

² Forschung und Entwicklung

Von der Selbstversorgung zur marktwirtschaftlichen Öffnung

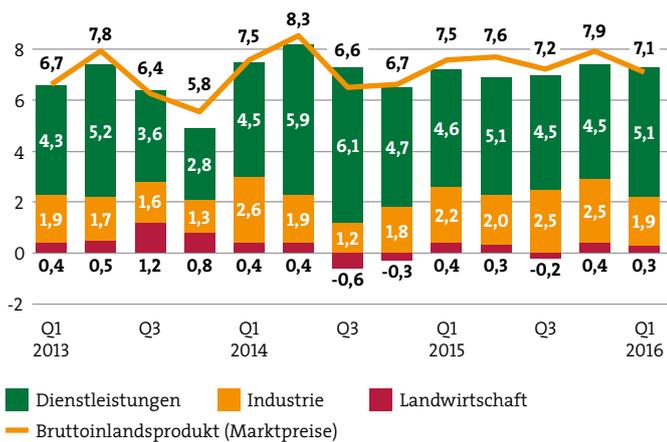
Diese Probleme waren zu einem großen Teil der nach der Unabhängigkeit gewählten Strategie weitgehender Selbstversorgung (*self-reliance*) geschuldet, damit zusammenhängend der handelspolitischen Abschließung gegenüber dem Weltmarkt, der Behinderung ausländischer Investitionen und inländischer Großbetriebe, der engmaschigen staatlichen Lenkung der Wirtschaftsbereiche, die nicht dem Staat vorbehalten waren, und der Lenkung von Bankkrediten in staatlich definierte, prioritäre Bereiche.

Dieser Strategie lagen zwar löbliche Motive zugrunde – Verhinderung wirtschaftlicher Machtkonzentration und wachsender sozialer und regionaler Disparitäten, rasche und breite Industrialisierung –, ihre Ergebnisse ließen aber zunehmend zu wünschen übrig. Mit hohem investiven Aufwand wurden geringer werdende Fortschritte erzielt, die zahlreichen Staatsbetriebe fuhren wachsende Verluste ein, die Qualität indischer Produkte blieb recht bescheiden, der Anteil Indiens am internationalen Handel sank dramatisch, das dichte Geflecht staatlicher Kontrollen behinderte die privaten Unternehmer und leistete der Korruption Vorschub.

Es darf aber nicht vergessen werden, dass Indien seine Entwicklung weitestgehend aus eigenen Mitteln finanzierte: Die Entwicklungshilfe für das Land war stark rückläufig und (relativ) nie besonders hoch, die Selbstversorgung wurde faktisch erreicht und, noch wichtiger, damit auch die Schaffung einer breit aufgestellten Industrie sowie die Ausbildung einer beachtlichen Anzahl wissenschaftlicher und technischer Fachkräfte.

Beiträge der Wirtschaftssektoren zum wirtschaftlichen Wachstum Indiens

2013–2016, in Prozent



Q= Quartal; Die Jahresangaben beziehen sich auf Geschäftsjahre/Rechnungsjahre/Steuerjahre und enden jeweils am 31. März des Folgejahres. Dargestellt wird der Ertrag der Wirtschaftssektoren, geschätzt nach Marktpreisen.
 Quellen: <http://mospi.nic.in>; CEIC Data Company (abgerufen am 1. September 2017)

Asian Development Bank, ASIAN DEVELOPMENT OUTLOOK 2016 Update, Metro Manila, Philippines 2016, S. 128 © ADB.
<https://think-asia.org/bitstream/handle/11540/7312/ado2016-update.pdf?sequence=1>, Lizenz: CC BY 3.0 IGO

Das Original ist in englischer Sprache erschienen und stellt die offizielle Version dar. Die deutsche Übersetzung und ihre Übereinstimmung mit dem Original liegen ausschließlich in der Verantwortung des Übersetzers.

Für die Umsetzung der Grafik trägt ADB keine Verantwortung.

Mitte der 1980er-Jahre leitete die Regierung Rajiv Gandhi einen vorsichtigen Kurswechsel ein und liberalisierte zunächst den Binnenmarkt. Motiviert waren die Reformen erstens dadurch, dass konkurrierende Staaten wie vor allem China Reformen früher eingeleitet hatten und an Indien wirtschaftlich vorbeizogen (mit bedenklichen sicherheitspolitischen Konsequenzen). Hinzu traten zweitens die Unzufriedenheit der wachsenden Mittelschicht mit der Auswahl und Qualität der angebotenen Konsumgüter und drittens der Druck neuer Unternehmensgruppen in fortgeschrittenen Sektoren, die ausländische Technologie benötigten.

Die erste Liberalisierungswelle brachte vor allem einen Abbau der staatlichen Unternehmensregulierung und erleichterte die Einfuhr von Investitionsgütern, strandete aber bald aufgrund wachsender Leistungsbilanzdefizite aus vielfältigen Gründen (wie z. B. Zusammenbruch des Handels mit dem Ostblock, Anstieg der Ölpreise) und machte eine als demütigend empfundene Kreditaufnahme beim Internationalen Währungsfonds Anfang 1991 unvermeidlich. Die Krise ist aus Sicht der reformbedingten Dynamik später positiv zu werten, schwächte sie doch politisch jene Kräfte, die vom bisherigen Wirtschaftskurs profitierten, also vor allem die Bürokraten und die Unternehmer bzw. Arbeitskräfte in den vor Konkurrenz geschützten Bereichen.

Die Reform von 1991 und ihre Wirkungen

Die wirtschaftlichen Reformen in den Jahren ab 1991 selbst waren nicht revolutionär, sondern umfassten die übliche wirtschaftsliberale Mischung:

- Die indische Rupie wurde gleich zu Beginn abgewertet.
- Fast alle Industriebereiche wurden liberalisiert sowie für in- und ausländische Privatinvestitionen (Ausnahmen heute: Rüstungssektor und Eisenbahnen) geöffnet.
- Das einstmals hochgradig restriktive Außenhandels- und Währungsregime wurde gelockert. Der durchschnittliche Zollsatz sank von 87 auf zwölf Prozent. Die Devisenzwangswirtschaft wurde aufgehoben, seit 1993 ist die indische Rupie im Außenhandelsverkehr voll konvertierbar, für den Kapitalverkehr wurden die Kontrollen sukzessive gelockert.
- Der Finanzsektor wurde vorsichtig für in- und ausländische Privatbanken geöffnet. Zur Stärkung der Finanzkraft der Banken wurden internationale Kapitalisierungsstandards eingeführt und eine einschlägige Überwachungsbehörde eingerichtet. Zur Entwicklung und Überwachung des Aktienmarktes wurde eine eigene Behörde gegründet, Transaktionen wurden erleichtert und Einrichtungen für den elektronischen Handel geschaffen. Die meisten Zinskontrollen gelten nicht mehr, ausländische Investmentfonds haben nun (begrenzten) Zugang zum indischen Aktienmarkt. Später wurde auch der Versicherungssektor ausländischer Beteiligung geöffnet.
- Das Steuersystem wurde wesentlich vereinfacht, die Steuersätze deutlich reduziert. Nach langem Vorlauf wurde 2017 auch erstmals eine landesweite Mehrwertsteuer eingeführt, die einen einigermaßen einheitlichen Wirtschaftsraum schaffen soll.

Diese Reformen waren vom Umfang her nicht anders oder drastischer als andernorts, sie setzten aber eine beachtliche wirtschaftliche Dynamik frei. Indien wurde nicht nur zu ei-

Ende der Geduldsprobe?

Wer braucht in Indien die stärksten Nerven? Gut möglich, dass es die Trucker sind. Nicht nur wegen des mörderischen Verkehrs, sondern auch wegen der Checkpoints, die ein indischer Lastwagen passieren muss, wenn er quer durch Indien von einem Bundesstaat zum nächsten fährt. Der Papierkrieg an innerindischen Grenzen ist schon legendär. Vor den Kontrollpunkten bilden sich oft kilometerlange Warteschlangen. Doch Indiens Spediteure hoffen, dass die Qualen der Kleinstaaterei nun bald überwunden sind. Ihre Hoffnungen konzentrieren sich auf das Kürzel mit den drei Buchstaben: GST [...] die „Goods and Services Tax“ [...]. Zahlreiche Experten betrachten diese Reform als eine der wichtigsten seit der indischen Unabhängigkeit 1947. [...]

Ist dies der Beginn eines einheitlichen indischen Binnenmarktes? Wenn das Vorhaben hält, was die Regierung von Premier Narendra Modi verspricht, werden nicht nur für Trucker neue Zeiten anbrechen. Ökonom [Damodaran] Rajasenan [von der Cochin University im südindischen Kerala] rechnet mit einem starken Schub für das Wachstum. „Zwei Prozent sind nicht übertrieben“, sagt er. Im Übrigen sei die neue Steuer auch für ausländische Firmen ein Segen. Indien-Experte Rechtsanwalt [Tillmann] Ruppert [von der Beratungsgesellschaft Rödl & Partner] sieht das ähnlich: „Für viele deutsche Unternehmer bedeutet die Reform, dass sie ihre Produkte künftig besser auf dem Subkontinent absetzen können.“

Doch zunächst noch einmal zu den indischen Fernfahrern, deren Leben bisher eine einzige Geduldsprobe zu sein scheint. [...] Gut ein Sechstel seiner Arbeitszeit verbringt ein indischer Trucker an den Checkpoints, um Steuer- und Zollformalitäten abzuwickeln, wie die Transportbehörde errechnet hat. Ein indischer Lastwagen legt jährlich eine Strecke von etwa 85 000 Kilometern zurück. In besser organisierten Staaten kann ein Truck mehr als doppelt so viele Kilometer machen. Schon daran ist zu erkennen, wie sehr das Steuergestrüpp die Wirtschaft ausbremst. Die neue Steuer soll Dutzende verschiedene Abgaben und Steuern ersetzen. Jeder Bundesstaat der indischen Union

hat eigene Regeln, Sätze und Verfahren. Sich in diesem Wirrwarr zu orientieren, ist mühsam.

[...] [Der indische] Unternehmer Arvind Datta [...] leitet die indische Tochtergesellschaft des deutschen Unternehmens Kurz mit Hauptsitz in Fürth. [...] [Er] beschäftigt 39 Mitarbeiter. Um alle Steuerformalitäten abzuwickeln, braucht er drei Fachkräfte rund um die Uhr. „Das ist ein gewaltiger Aufwand. Und ich bin mir sicher, dass wir ihn mit GST erheblich reduzieren können.“ [...] Für Premier Modi hat die GST auch politisch großes Gewicht, sie gilt als Ausweis für die Reformfähigkeit seiner Regierung. [...]

Kritiker bemerken, dass auch die nun durchgedrückte Reform nicht die ideale Vereinfachung sei, manche sagen, der Umbau sei mit zu vielen Kompromissen auf halbem Weg stecken geblieben. Tatsächlich spaltet sich die neue Mehrwertsteuer in drei Komponenten auf: Einen Teil erhebt die Zentralregierung, einen anderen die Bundesländer und darüber hinaus gibt es noch eine Mischform aus beiden. Vier verschiedene Sätze von fünf bis 28 Prozent sollen künftig gelten.

[...] Zwei große Vorteile zeichnen sich nach Ansicht von Steuer- und Wirtschaftsexperten bereits ab: Zum einen dürfte die Umstellung auf ein Online-System das Korruptionsrisiko generell vermindern. Es sind künftig weniger verschiedene Anlaufstellen involviert. Und das System ist transparenter, sodass es nicht mehr so einfach sein dürfte, künftig die Hand aufzuhalten.

Zum anderen soll die Reform das sogenannte „Kaskadensystem“ aufbrechen, das in Indien vielfach zu einer Verteuerung von Waren führt, weil einzelne Steuern nicht abzugsfähig sind oder ein möglicher Abzug nicht gut funktioniert. Das führt dazu, dass sich Steuern von Zwischenhändler zu Zwischenhändler immer weiter aufaddieren. „Das fällt nun alles weg“, erklärt der Wirtschaftswissenschaftler Rajasenan. „Weil die neue Steuer durchgängig abzugsfähig sein wird.“

Arne Perras, „Ein Kraftakt mit drei Buchstaben“, in: Süddeutsche Zeitung vom 20. April 2017



Die Mehrwertsteuer GST soll das indische Steuersystem erheblich vereinfachen und das Korruptionsrisiko senken. Anhänger der BJP befürworten die Steuerreform am 30. Juni 2017 in Mumbai.



Die Textilbranche ist eine der wichtigsten Industrien Indiens. 2015 exportierte das Land Bekleidung im Wert von 17 Milliarden US-Dollar. Dies entspricht einem globalen Marktanteil von 3,7 Prozent. Mitarbeiter einer Textilfabrik in Tiruppur, Tamil Nadu, 2016

ner der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften, sondern auch eine, deren Wachstum zum erheblichen Teil vom effizienteren Einsatz der Produktionsfaktoren getragen wurde, vor allem in Sektoren, die schon zuvor hierbei vorn lagen. Wachsende Importkonkurrenz übte also disziplinierende Wirkung aus.

Der wirtschaftliche Strukturwandel beschleunigte sich, der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt ist mittlerweile auf 17 Prozent gesunken (1990: 29 Prozent), jener der Industrie auf 30 Prozent gestiegen (1990: 26,5 Prozent), wobei freilich der Fertigwaren produzierende Sektor stagnierte (2015: 16,3 Prozent), der Anteil des Dienstleistungssektors beträgt 53 Prozent (1990: 45 Prozent). Im Dienstleistungsbereich expandierten hauptsächlich die Banken, die IT- und unternehmensbezogenen Dienste sowie die Telekommunikation. Insgesamt florieren in der Industrie die kapitalintensiven Branchen und jene, die vergleichsweise gut ausgebildete Arbeitskräfte einsetzen. Das gilt auch für die Dienstleistungen. Daher waren die Beschäftigungseffekte der Reformen relativ bescheiden.

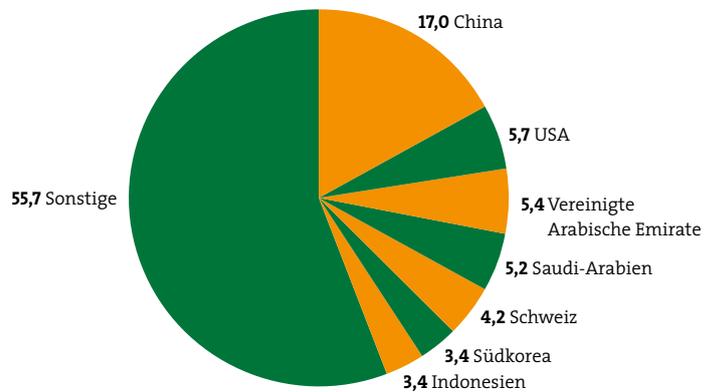
Der Außenhandel nahm nach den Reformen schwunghaft zu, die Exporte stiegen bald um 20 Prozent pro Jahr und 2015 auf 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (1990: 6,9 Prozent). Er ist im Zuge der weltwirtschaftlichen Entschleunigung bis 2015 etwas zurückgegangen, steigt aber schon wieder. Hohes Wachstum zeigen vor allem die Kommunikations- und unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Darüber hinaus ist es Indien gelungen, die Exportpalette und die Abnehmer seiner Ausfuhren deutlich zu diversifizieren. Insbesondere der Anteil der asiatischen Nachbarländer erhöhte sich, auch gefördert durch schon vereinbarte oder geplante Freihandelsabkommen. Besonders dynamische Exportsektoren sind neben den Dienstleistungen der chemische und pharmazeutische Sektor, die Textilindustrie und der Maschinenbau. Die Textilausfuhren profitieren vom Abbau der Importquoten in den Industrieländern, die im Rahmen des 2005 ausgelaufenen Welttextilabkommens festgelegt waren, die Dienstleistungsexporte wurden vom fortgesetzten Outsourcing entsprechender Unternehmensaktivitäten begünstigt.

Außenhandel (Waren)

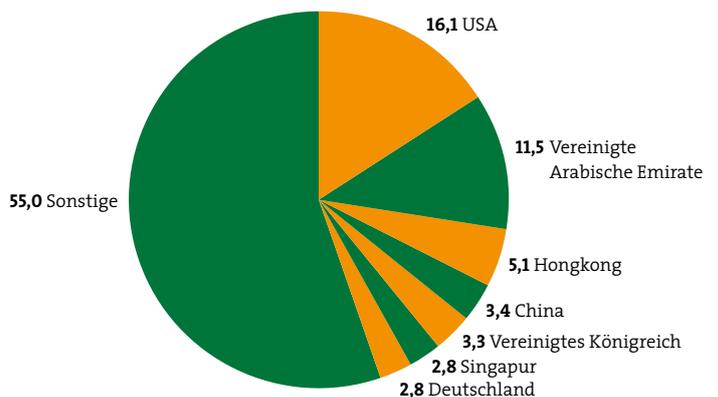
Hauptlieferländer 2016

(Anteile in Prozent)



Hauptabnehmerländer 2016

(Anteile in Prozent)



Wirtschaftsdaten kompakt. Indien. November 2017 © Germany Trade & Invest 2017

Die ausländischen Direkt- und Portfolioinvestitionen haben von einem belanglosen Volumen vor den Reformen auf 44 Milliarden US-Dollar im Jahr 2015 zugenommen. Zusammen mit den Überweisungen der im Ausland lebenden Inder finanzieren sie problemlos das Außenhandelsdefizit, also die Differenz zwischen Importen und Exporten. Allerdings beträgt der Kapitalzufluss nur einen Teil der Summe, die in die Volksrepublik China fließt. Ausländische Investitionen kommen auch nur für knapp sechs Prozent der Kapitalbildung auf, konzentrieren sich überdies auf technologie- und kapitalintensive Sektoren sowie auf den Dienstleistungsbereich und sind eher binnenmarktbezogen als exportorientiert.

Sie haben aber zusammen mit den steigenden Exporten zu einer deutlichen Verbesserung der Leistungsbilanz und Verringerung der externen Verschuldung geführt: Frühere, massive Defizite haben sich zuletzt stark reduziert oder zeitweise in einen geringen Überschuss verwandelt. Indien verfügt mittlerweile über Devisenreserven in Höhe von 360 Milliarden US-Dollar, ein ausreichender Puffer gegen mögliche externe Schocks und spekulative Attacken auf die Währung. Die externe Verschuldung ist beherrschbar und der Anteil kurzfristiger Kredite, die bei schneller Rückforderung das Land in Turbulenzen stürzen könnten, ist belanglos.

Heute gibt es keine Partei von nationaler Bedeutung, auch nicht die Kommunisten, die den Nutzen einer marktwirtschaftlichen Orientierung – zumindest grundsätzlich – bestreiten würde. Die wesentlichen Gründe für den vergleichsweise breiten marktwirtschaftlichen Konsens liegen darin, dass

- die Regierung die einschlägigen Reformen graduell und ohne scharfe Brüche durchführte;
- die Wahlbevölkerung auch durch andere Themen abgelenkt wurde, insbesondere die Auseinandersetzungen um den säkularen Charakter des Staates;
- sich die Reformen materiell auszahlten, allerdings zunächst vornehmlich für die dynamischen Regionen und urbane/gebildete Gruppen. Da weite Bevölkerungsteile von den Reformen zunächst nur begrenzt profitierten, wurde die besonders marktfreundliche BJP-Regierung zwischenzeitlich an der Wahlurne (2004) abgestraft.

Im Konkreten, so zum Beispiel bei der Privatisierung von Staatsunternehmen, der weiteren Öffnung für private Direktinvestitionen und der Preisanpassung für staatliche Leistungen, bildet sich vonseiten der Parteien zuweilen Widerstand – vor allem dann, wenn sie nicht selbst die Regierung stellen. Mit der weitgehenden Beseitigung der Investitionslenkung müssen sich nun auch einzelne Landesregierungen um private Direktinvestitionen sowie um die Verbesserung ihrer Standortbedingungen bemühen und tun dies auch – mit allerdings unterschiedlichem Erfolg.

Wirtschaftliche Zukunftsaussichten

Die künftigen Wachstumsaussichten für Indien sind relativ günstig. Das Land verfügt erstens im Gegensatz zu China über ein noch bis ca. 2040 wachsendes Arbeitskrätereservoir und damit über eine „demografische Dividende“. Zweitens gibt es noch Spielraum für die Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität, etwa durch Abzug von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft, weitere Verstärkung oder durch Effizienzsteigerungen innerhalb von einzelnen Sektoren. Drittens ist das volkswirtschaftliche Gewicht des warenproduzierenden Gewerbes noch sehr gering, ein zu erwartender wirtschaftlicher Strukturwandel wäre ebenso belebend wie die Steige-

rung des bislang schwachen intraregionalen Handels. Dazu kommt, dass Indien für seinen Entwicklungsstand über relativ gute wirtschaftliche, rechtliche und politische Institutionen verfügt: Durch die demokratische und föderale Verfassung des Landes lassen sich wirtschaftlich destabilisierende Konflikte einhegen. China hat diesen Übergang erst noch vor sich.

Man darf aber die Zukunft auch nicht in zu rosigen Farben malen; die indische Regierung veranschlagt überoptimistische Wachstumsraten von acht bis neun Prozent pro Jahr für die Zeit bis 2030 oder gar 2040. Dieses Tempo so lange durchzuhalten, haben bislang nur China und Südkorea geschafft, weil, wie die Erfahrung lehrt, nach der Ernte der relativ schnell wachsenden ersten Reformfrüchte und der anfänglichen Verringerung der Produktivitätslücke gegenüber den Konkurrenten das Wachstum sich nahezu zwangsläufig verlangsamt, vor allem dann, wenn weitere Strukturreformen ausbleiben. Diesbezüglich gibt es noch eine ganze Reihe offener Fragen.

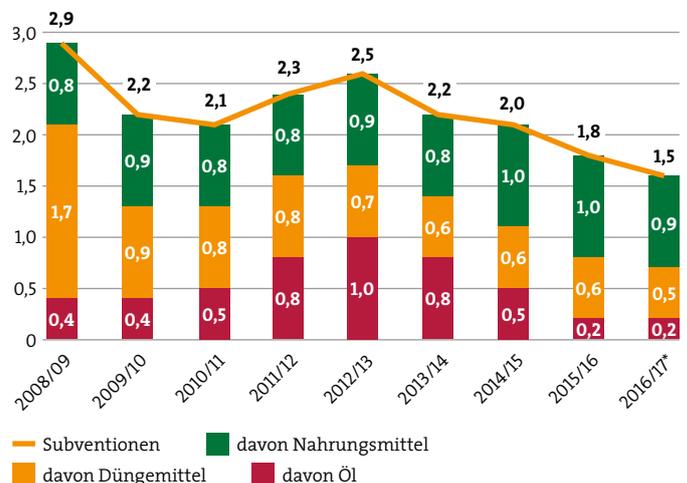
Reformdefizite

Zu den Reformdefiziten gehört zunächst die dringende Sanierung des Staatshaushalts. Das diesbezügliche Defizit ist zwar auf mittlerweile 6,5 Prozent des BIP gesunken, der Kapitaldienst für die aufgenommenen Schulden verschlingt aber immer noch 25 Prozent der Haushaltsausgaben (weitere 13 Prozent entfallen auf die Landesverteidigung) und erschwert dem Staat den dringend notwendigen Ausbau der Infrastruktur, des Bildungs- und Gesundheitswesens und des sozialen Schutzes. Im Übrigen schränkt die hohe Verschuldung auch den Kreditspielraum für private Investitionen ein.

Die Ursachen dieser dauerhaft hohen Defizite sind weitgehend politischer Natur. Erstens entfällt ein beträchtlicher Teil der Staatsausgaben auf Subventionen für Nahrungsmittel, Wasser, Düngemittel und Energie, die entweder vor allem vergleichsweise wohlhabenden Haushalten/Bauern zugutekommen oder die Armen nur mit hohen Streuverlusten erreichen. Zweitens ist die Bezahlung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten nicht gerade spärlich und wird alle fünf Jahre

Staatliche Subventionen

2008–2017, in Prozent des BSP



IMF, Article IV Consultations, verschiedene Jahre
Abweichungen in der Summe der Prozente sind rundungsbedingt.

*Prognose

durch Lohnkommissionen kräftig aufgestockt. Drittens sind die Steuereinnahmen im Vergleich zu anderen Demokratien gleicher Entwicklungsstufe gering, weil nur ein kleiner Teil der Beschäftigten (knapp sechs Prozent) Steuern entrichtet, die Höchstsätze bei der Einkommens- bzw. Körperschaftsteuer gesenkt, die Steuerschlupflöcher aber nicht beseitigt wurden. Immerhin wurden schon vor Jahren eine gesetzliche Verpflichtung zum Defizitabbau beim Bund und den Ländern beschlossen (diese allerdings zwischenzeitlich ausgesetzt) so wie ab 2010 eine deutliche Verringerung der Energiesubventionen.

Stromversorgung

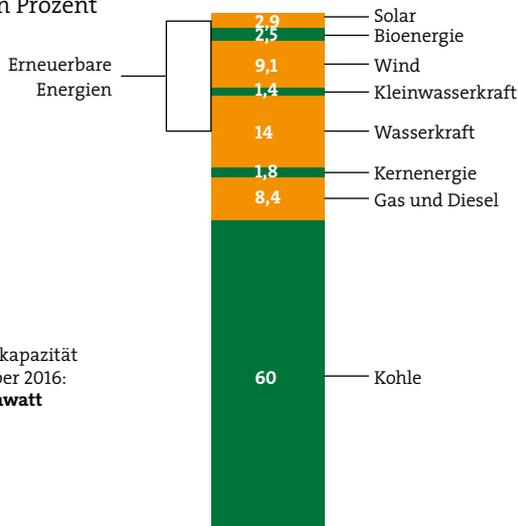
Das rasche indische Wirtschaftswachstum seit Einleitung der Reformen brachte deutliche Mängel der infrastrukturellen Ausstattung ans Licht bzw. verschärfte diese. Sie sind weniger relevant bei den unternehmensbezogenen oder IT-Dienstleistungen, die nicht viel Infrastruktur benötigen, sondern kommen besonders in den klassischen Industriesektoren zum Tragen. Wirtschaftsexperten sind sich einig, dass sich die staatlichen Infrastrukturaufwendungen mindestens verdoppeln müssen, wenn die von der Regierung angestrebte Wachstumsrate dauerhaft erreicht werden soll.



Indien könnte in den nächsten Jahren zum wichtigsten Markt für Fotovoltaikanlagen werden. Angestellter in einer Solarzellenfabrik in Baddi, Himachal Pradesh, 2017

Anteil der Stromkapazität

nach Quelle, in Prozent



Reuters
Quelle: Mercom Capital Group, C. Inton, 12. April 2017

Indische Energiewende

[...] Noch ist Indien ein Kohleland. Die rund 600 Kraftwerke, die den fossilen Rohstoff verbrennen, liefern über 60 Prozent des in dem Staat mit seinen 1,3 Milliarden Bewohnen verbrauchten Stroms. Der *Coal-India*-Konzern [größter Kohleproduzent des Landes] produziert rund 80 Prozent davon. Bereits im vergangenen Jahr hat er 15 Bergwerke geschlossen, in diesem Jahr sollen laut indischem Wirtschaftsblatt „The Economic Times“ 37 weitere Produktionsstätten folgen und noch einmal rund 60 in den nächsten zwei bis drei Jahren. Grund ist die mangelnde Rentabilität der Minen, die vielfach auch minderwertige Kohlequalität liefern. Eine Untersuchung zeigte 2015, dass nur 15 der 400 *Coal-India*-Minen sehr effizient arbeiten und vom Rest rund 90 so umstrukturiert werden können, dass sie wirtschaftlich sind.

Indien hat wie das weltweite Kohleland Nummer eins, China, seine Pläne für den Neubau fossiler Kraftwerke seit Anfang 2016 zusammengestrichen. Das war auch eine Folge des im Dezember 2015 geschlossenen Paris-Klimavertrags, der weltweit einen Stopp der Nutzung von Kohle, Erdöl und Erdgas nach 2050 fordert. Neu-Delhi hat sich verpflichtet, den Anteil der Erneuerbaren am Energieverbrauch bis 2030 auf 40 Prozent zu steigern.

Eine große Rolle für die schlechteren Aussichten im Kohlektor spielt, dass die Regierung die Solarstromerzeugung massiv puscht. Bereits bis 2020 sollen die installierten Fotovoltaikkapazitäten nach ihren Plänen von derzeit 14 000 auf 100 000 Megawatt (MW) ansteigen. Zum Vergleich: Die Leistung der Kohlekraftwerke beträgt derzeit rund 194 000 MW.

Wie billig der Solarstrom in dem sonnenreichen Land inzwischen ist, zeigen die Ergebnisse der im ersten Halbjahr 2016 vom Staat durchgeführten Ausschreibungen für Fotovoltaikkraftwerke. Hier bekamen Unternehmen den Zuschlag, die Kilowattstunde für nur 2,44 Rupien (umgerechnet 3,1 Cent) angeboten hatten. Der größte Stromkonzern Indiens, *National Thermal Power*, verkauft Kohlestrom laut dem deutschen Ökoenergie-Branchendienst IWR für 3,2 Rupien pro Kilowattstunde.

Energieexperten rechnen angesichts dieser Entwicklungen damit, dass Indien in den nächsten Jahren zum wichtigsten Markt für Fotovoltaikanlagen wird. Aktuell dominiert noch China, das 2016 mit über 34 000 MW alleine knapp die Hälfte des weltweiten Zubaus auf sich vereinigte. Zum Vergleich: Deutschland kam auf 1500 MW. Für Indien erwartet das Marktforschungsunternehmen *Lux Research* aus Boston, dass bis 2021 jährlich im Schnitt rund 18 000 MW hinzukommen, während China wegen sinkender Vergütungssätze und Netzanschluss-Problemen zurückfällt.

Aufsehen erregte die indische Regierung mit dem Plan, ab 2030 nur noch Elektrofahrzeuge neu zuzulassen. Damit sollen die gewaltigen Smogprobleme in den indischen Metropolen eingedämmt werden.

Joachim Wille, „Indien legt den Schalter um“, in: Frankfurter Rundschau vom 23. August 2017 © Alle Rechte vorbehalten Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt

Hauptdefizit ist die für Firmen teure, nicht ausreichende und unzuverlässige Stromversorgung. So wird in Indien häufiger der Strom abgestellt, Unternehmen müssen sich daher Generatoren anschaffen und erleiden Verluste durch Geräteschäden. Ursache für diese Probleme ist, dass es den meist staatlichen Stromverteilungskonzernen untersagt ist, von den privaten Kunden, insbesondere den wahlpolitisch wichtigen Bauern, kostendeckende Tarife zu verlangen – entsprechend hoch sind die Tarife für industrielle Abnehmer –, die Stromversorgung säumiger Kunden einzustellen oder heimliche Stromentnahmen auch nur zu ahnden. Entsprechend fehlen ihnen Mittel, um in die Erweiterung der Netze zu investieren oder ausreichend Strom zu kaufen.

Indische Regierungen haben auf die sich seit Jahren stetig verschärfende Stromkrise seit 1991 mit einer ganzen Serie von Regeländerungen geantwortet, die vor allem Privatinvestoren für die Stromgewinnung interessieren sollten, die Teilung der unionsstaatlichen Stromkonzerne in die Gewinnung, den Transport und die Verteilung von Strom vorsahen und Regulierungsbehörden zur Festsetzung der Stromtarife einsetzten. Bisher zeigten diese Maßnahmen nur mäßigen Erfolg, weil sich an der Ertragslage der Stromverteilungsunternehmen aufgrund



2014 verfügen knapp 20 Prozent der indischen Bevölkerung über keinen Zugang zu Elektrizität. Um Strom zu erhalten, schließen Personen selbst Kabel an die örtlichen Stromleitungen an. Patna, Bihar, 2015

zu geringer Tariferhöhungen und begrenzter Unterbindung von rekordhohen Transmissionsverlusten nur wenig geändert hat. Kürzlich wurde erneut ein Sanierungsprogramm für die Stromverteilungsunternehmen vorgelegt, das ihnen Schulden-erlass bei nachprüfbarer Leistungsverbesserung verspricht.

Transportwesen

Auch das Transportwesen und die Hafeninfrastruktur sind noch verbesserungsbedürftig. Immerhin wurde von der BJP-geführten Regierung ab 1999 ein umfangreiches Pro-

Das Zweirad als Aufstiegssymbol

[...] Das Zweirad ist in Indien ein viel weiter verbreitetes Transportmittel als im Westen. Pro Jahr werden hier mehr als fünf Millionen Scooter und über zehn Millionen Motorräder verkauft. Für die Jahre 2016 und 2017 erwartet die Branche ein Umsatzwachstum von neun bis zehn Prozent. Das Zweirad nutzen nicht bloß junge Leute, sondern ebenso Angestellte, die ins Büro fahren. Es befördert ganze Familien, manchmal sieht man fünf Personen aus drei Generationen auf einen Sattel gequetscht. Nicht das Auto, das für die meisten Inder unerschwinglich bleibt, sondern der Scooter und das Motorrad sind der erste Schritt in die moderne Mobilität. Sie ebnen den Weg zu neuen Lebenschancen: Wer motorisiert ist, kann einen Job annehmen, der sonst zu weit weg wäre. Mädchen und Frauen werden unabhängig von Bussen und Autorikschas, in denen sie oft der Zudringlichkeit von Männern ausgesetzt sind.

[...] Kein anderes Produkt, abgesehen vom Mobiltelefon, verkörpert den Umbruch und die Dynamik auch in der breiten Masse der indischen Milliardengesellschaft so sehr wie das Zweirad. Das Motorrad ist das Gefährt und das Erkennungszeichen der *aspirational class*, die Marketingexperten, Politikern und Soziologen gleichermaßen als Schlüssel zur Zukunft des Landes gilt: jene Leute, die noch lange nicht zur wohlhabenden Mittelschicht gehören, aber schon ein bisschen Geld haben und eine Menge Träume. [...] Die Moderne kommt nach Indien – auf zwei Rädern.

Lehrer [Jaldhir] Singh hat sein Motorrad vor ein paar Jahren für umgerechnet etwa 500 Euro gekauft. Mit seinem Gehalt konnte er es sich erlauben, die Summe bar zu bezahlen. Als Lehrer steht er am oberen Ende der Sozial- und Einkommenspyramide in der Zweiradwelt, er ist sogar schon dabei, aus diesem Gesellschaftssegment hinauszuwachsen: In ein paar Monaten will er ein Auto anschaffen. Solche großen Sprünge sind für die meisten Zweiradkunden unvorstellbar, viele müssen ihren Kauf mit einem Kredit finanzieren. Der Benzinpreis spielt für die indischen Zweiradfahrer dagegen keine große Rolle: Die verbrauchsgünstigsten Motorräder schaffen mit einem Liter Kraftstoff mehr als hundert Kilometer.

Das Zweirad steht in Indien für die Ausdehnung der Konsumgesellschaft über das wohl situierte Bürgertum hinaus. Und es steht für eine andere Grenzüberschreitung: für die zunehmend verfließende Trennlinie zwischen Stadt und Land. [...] Statt der alten, klaren Unterscheidung zwischen einem urbanen und einem ruralen Indien bildet sich im 21. Jahrhundert eine bisher ungekannte Mischrealität heraus: das „rurbane“ Indien. Die Zukunft ist weder ländlich noch städtisch, sie ist beides. Und das Zweirad ist ihr Vehikel.

Jan Roß, „Aufstieg auf zwei Rädern“, in: DIE ZEIT Nr. 45 vom 27. Oktober 2016



Exoticaim / JIG via Getty Images

Um den Güterverkehr auf der Straße zu entlasten, plant Indien, den Schienentransport umfangreich auszubauen, um ihn schneller und zuverlässiger zu machen. Güterzug im Februar 2013 in Panaji, Goa



Reuters / Stharam V

LKW-Fahrer müssen bislang ihre Güter an zahlreichen Zollstellen im Land kontrollieren lassen. Zwei LKW-Fahrer holen im September 2015 in einer Zollstelle bei Coimbatore, Tamil Nadu, an der Grenze zu Kerala, ihre Passiergenehmigung ab.

gramm zum Bau von Schnellstraßen zwischen den indischen Metropolen aufgelegt und ein anderes zum Ausbau ländlicher Verbindungsstraßen. Die Eisenbahnen wurden aber zunächst weiter vernachlässigt, mit der Folge, dass sich der Frachtverkehr weiter auf die Straßen verlagerte. Der Güterverkehr auf der Schiene leidet auch unter dem schneckenhaften Tempo und unter der Tatsache, dass er wegen der Kreuzsubventionierung des Personenverkehrs vergleichsweise teuer ist. Mit dem Haushaltsplan 2014/15 wurde ein umfangreiches Programm zur Verbesserung und Beschleunigung des Schienentransports angekündigt. Gleichfalls sollen die Häfen ausgebaut werden, in denen die Liegezeiten (und damit Kosten) nur wenig konkurrenzfähig sind.

Es sind aber zuletzt zwei Initiativen der indischen Regierung zu vermelden, die die infrastrukturellen Defizite des Landes grundlegend bessern sollen. Erstens wurde 2015 der Ausbau/Bau von 100 sogenannter Smart Cities beschlossen, gemeint ist damit die Sanierung bestehender oder der Bau neuer Städte

auf der grünen Wiese mit verlässlicher Wasser- und Stromversorgung, erstklassiger Verkehrsanbindung und Ausstattung mit Bildungsinstitutionen. Dies soll mithilfe privaten (auch ausländischen) Kapitals umgesetzt werden. Zweitens wurde ein staatlicher Fonds zur Finanzierung von Infrastruktur gegründet, der Mittel an den Kapitalmärkten aufnehmen und an private Infrastrukturunternehmen ausleihen soll.

Arbeitsrecht

Als wichtige Investitionsbremse galt und gilt das indische Arbeitsrecht. Es wird durch 54 einzelne, zum Teil antiquierte Gesetzeswerke geregelt. Der koloniale *Trade Unions Act* erlaubte die problemlose Gründung von Gewerkschaften, die sich daher vervielfachten und gegenseitig zu überbieten trachteten, wenngleich die einstmals häufige Streikaktivität mittlerweile deutlich zurückgegangen ist. Der *Industrial Disputes Act* von 1948 beschränkt Entlassungen, Versetzungen und die Anwendung neuer Technologien. Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten müssen für Entlassungen staatliche Genehmigungen einholen, die selten gewährt werden. Dazu kommen hohe Abfindungen bei genehmigten Entlassungen, Behinderungen der Leiharbeit und zahlreiche andere Auflagen.

Behauptet wurde, dass die arbeitsrechtlichen Bestimmungen kapitalintensives Wachstum gefördert und Beschäftigung verhindert hätten, weil Unternehmen aus Angst, die neue Belegschaft nicht mehr loszuwerden, Arbeitskräfte gar nicht erst eingestellt hätten. Arbeitsgesetze können aber kaum ein wesentliches Beschäftigungshindernis darstellen, weil der größte Teil der Arbeitskräfte (annähernd 90 Prozent) gar nicht im formalen und damit im allein kontrollierten Wirtschaftssektor beschäftigt ist, etliche Bereiche (z. B. die *Special Economic Zones* = Exportplattformen) davon ausgenommen sind, betroffene Unternehmer sich entweder nicht registrieren ließen, Leiharbeiter einstellten oder die Produktion teilweise in Unternehmen des informellen Sektors auslagerten. Manche Unionsstaaten haben auch die Genehmigung von Massenentlassungen heraufgesetzt oder von Leiharbeit großzügiger gehandhabt. Das Regime der Arbeitssicherheit ist also bereits ziemlich löcherig geworden.

Miet-, Immobilien-, Boden- und Insolvenzrecht

Das Miet-, Immobilien- und Bodenrecht ist stark reformbedürftig. Wegen mangelhafter Aufzeichnungen erschweren unklare Besitztitel die Übereignung und verringern das Angebot an entwicklungsfähigen Flächen. Veraltete und inflexible Flächennutzungspläne frieren nicht mehr genutzte Flächen – etwa von bankrotten Unternehmen – ein, unrealistisch niedrige Mieten haben zu einer Verknappung des Angebots geführt, während auf dem „freien“ Markt die Preise in die Höhe schießen. Dazu kommen noch zum Teil massive „Stempelgebühren“ für den Grunderwerb.

Wesentlich gravierender sind die Defizite beim Insolvenzrecht: Die Reorganisation, der Bankrott und die Liquidation werden in Indien durch unterschiedliche Gesetzeswerke geregelt. Die Liquidation insolventer Unternehmen ist zudem ein rechtlich schwieriges Unterfangen und trifft auf staatliche Stellen, die versuchen, zum Schutz der Arbeitskräfte den Bankrott hinauszuzögern, und auf völlig überlastete Abwicklungstribunale. Eine Unternehmensliquidation dauert im Durchschnitt 4,3 Jahre (in China 1,7 Jahre) und bringt den Gläubigern gerade einmal ein Viertel ihrer Forderungen ein. Ein Gesetz von 2002 erlaubte Banken immerhin die schnellere Übernahme der verpfändeten Sicherheiten; zu deren weiterem Schutz wurde 2016 endlich ein neuer Kodex vorgelegt, der die Unternehmensabwicklung vorsieht, wenn rückständige Schulden nicht innerhalb von sechs Monaten beglichen werden.

Landwirtschaft

Völlig vernachlässigt wurden längere Zeit Reformen im Bereich der Landwirtschaft, in der noch immer fast 50 Prozent der indischen Arbeitskräfte beschäftigt sind. Das landwirt-

schaftliche Wachstum insgesamt war in den vergangenen Jahren recht schwach, die Zunahme der Produktivität ist auf äußerst bescheidene Werte gesunken. Dies rührt daher, dass die bisher verfolgte landwirtschaftliche Strategie (Nahrungsmittelselbstversorgung durch Preisstützung für die Bauern, Ausbau der künstlichen Bewässerung, Subventionen für Dünger, Strom und Wasser sowie strenge Regulierung der Märkte) und die frühere, massive Produktionssteigerung durch den Anbau von Hohertragsorten im Rahmen der sogenannten Grünen Revolution zunehmend an Schwungkraft eingebüßt haben und an ihre ökologischen Grenzen stoßen. Produzentensubventionen verdrängten Ausgaben für die ländliche Infrastruktur, die landwirtschaftliche Beratung und Forschung sowie den Unterhalt der bisherigen Investitionen; auch haben sie eine regressive Verteilungswirkung – das Gros wird durch reiche Bauern und Unionsstaaten abgeschöpft.

Die indische Regierung konnte sich wegen der starken Bauernlobby und ihres wahlentscheidenden Gewichts bisher nicht zu wesentlichen Reformen durchringen, verlangt aber gleichzeitig von anderen den Abbau der Exportsubventionen. Immerhin beschloss die Regierung unter Premierminister Singh nach 2004 ehrgeizige Programme für den ländlichen Wohnungs- und Straßenbau, die Elektrifizierung sowie die Revitalisierung des ländlichen Kreditwesens. Diese sind schon teilweise umgesetzt. Angestrebt ist auch eine Diversifikation der Landwirtschaft in Richtung höherwertiger Produkte wie Obst und Gemüse und – weil der Staat die dafür notwendige Infrastruktur nicht allein erstellen kann – mehr Raum für Direktverbindungen zwischen Bauern und privaten Verarbeitungsunternehmen.



Reis ist das wichtigste Grundnahrungsmittel in Indien. Knapp 104 Millionen Tonnen davon werden 2016/2017 im Land geerntet. Schwierigkeiten in der Wasserversorgung gefährden jedoch den nachhaltigen Anbau. Arbeit auf den Reisfeldern im Bundesstaat Karnataka 2014



Die ungleiche Wasserverteilung ist ein zunehmendes Problem. Durch den Klimawandel nehmen extreme Wettersituationen wie lange Dürreperioden zu. Ausgetrockneter See im April 2016 bei Ahmedabad, Gujarat

Streit ums Wasser

Am 12. September war plötzlich alles anders. Die Metropole Bangalore, sonst als Aushängeschild indischer Innovation in der ganzen Welt bekannt, zeigte auf einmal ein furchterregendes Gesicht. Wut tobte sich auf den Straßen des Hightech-Standorts aus, der sonst Bilder eines erfindungsreichen und friedlichen Aufschwungs produziert. Randalierer zündeten Autos und Busse an, zwei Menschen kamen im Chaos ums Leben. [...]

Der Zorn, der in Gewalt umschlug, war einem sehr existenziellen Bedürfnis entsprungen: dem Verlangen nach Wasser. Im Süden Indiens macht sich Angst breit, es könnte schon bald nicht mehr reichen. Der Bundesstaat Karnataka mit seiner Hauptstadt Bangalore liegt im Streit mit seinem Nachbarn Tamil Nadu, beide beklagen, dass ihnen jeweils zu wenig Wasser aus dem Kaveri River zugebilligt werde. Der Strom entspringt in der Bergkette der Westghats und windet sich über 760 Kilometer in südöstlicher Richtung durch Karnataka und Tamil Nadu, wo sich der Fluss schließlich in einem Delta in den Golf von Bengalen ergießt. Der Kaveri ist eine der großen Lebensadern Indiens, am Tropf des Flusses hängen zwei große Bundesstaaten, in denen so viele Menschen wohnen wie in Deutschland und Frankreich zusammen: 140 Millionen Inder. [...]

Auslöser des Aufstands war ein Beschluss des obersten indischen Gerichts. Demnach ist Karnataka verpflichtet, pro Sekunde 340 000 Liter Wasser nach Tamil Nadu fließen zu lassen. Viel zu viel, protestierten die Leute am Oberlauf des Kaveri. Viel zu wenig, beklagten die Leute an seinem Unterlauf. In beiden Staaten sorgen sich die Farmer um ihren Reis, der ohne ausreichende Bewässerung nicht gedeiht.

Gibt die Krise einen Vorgeschmack auf etwas, das Indien nun häufiger und heftiger erschüttern könnte – Revolten oder gar Kriege wegen Wassermangels? Zumindest ist erkennbar, dass die Spannungen zunehmen. Der Soziologe Venni Krishna kommt in einer Studie zum Schluss, dass bereits mehr als 200 Konflikte

in Indien auf Umweltprobleme zurückgehen, 59 davon wurzeln im unzureichenden Wassermanagement. [...]

Der Bedarf an Wasser ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Zum einen intensivieren die Bauern die Landwirtschaft, „in Tamil Nadu ernteten die Bauern früher nur einmal im Jahr Reis, jetzt gibt es wegen der Bewässerungsmöglichkeiten zwei Ernten“, sagt [die Umweltpertin Sunita] Narain [vom *Centre for Science and Environment* in Delhi]. Und in Karnataka bauen sie neben Reis inzwischen auch viel Zuckerrohr an, das hohen Wasserbedarf hat. Zusätzlich verbrauchen die wachsenden Städte mehr Flusswasser als früher, Bangalore bezieht 80 Prozent seines Bedarfs aus dem Kaveri. Damit fehlt inzwischen der nötige Puffer, um bei schwankenden Regenfällen die Bedürfnisse aller noch zu decken.

Dennoch hält Expertin Narain es für falsch, die simple Gleichung aufzumachen, nach der allerorts in Indien immer mehr Menschen immer weniger Wasser zur Verfügung hätten. Die Verteilung sei sehr ungleich und häufig schwer absehbar: Extreme Wettersituationen wie Dürre, Stürme und Überschwemmungen nehmen zu, der Wasserhaushalt im Hochgebirge verändert sich wegen der schmelzenden Gletscher – all diese Entwicklungen schreiben Wissenschaftler dem Klimawandel zu. [...]

„Wir brauchen ein weit besseres Wassermanagement“, meint deshalb die Umweltaktivistin. „Wir müssen Wege finden, sorgfältiger mit dieser Ressource umzugehen und die Verschwendung einzudämmen.“ Die Möglichkeiten, Wasser zu sparen, sind noch lange nicht ausgeschöpft. [...]

Weil die Wirtschaft jedoch weiter wächst, steigt auch der Verbrauch: Allein in Bangalore soll er in den kommenden neun Jahren um 71 Prozent in die Höhe schnellen. Welches Gesicht die Stadt in Zukunft zeigen wird, hängt auch davon ab, ob dieser Bedarf gestillt werden kann.

Arne Perras, „Gefährlich trocken“, in: Süddeutsche Zeitung vom 20. September 2016

Bürokratie

Eine weitere deutliche Entbürokratisierung des Landes wird von vielen Experten als notwendig betrachtet. Hierbei zeichnen sich unter der Regierung Modi schon deutliche Verbesserungen bei der Entschlackung des einstmaligen byzantinischen Lizenzierungswesens ab. Im Endstadium der Reformen sollen etwa Betriebsgenehmigungen durch eine einzige Anlaufstelle und weitgehend auf elektronischem Weg sowie auf Basis von Selbstauskünften der Antragsteller bearbeitet werden. Damit würden für zahlreiche Stellen die Möglichkeiten zur Vorteilsnahme entfallen, was diese Reformansätze in der Bürokratie nicht unbedingt beliebt macht. Erste Erfolge scheinen sich abzuzeichnen: Indien ist beim einschlägigen Index der Weltbank neuerdings deutlich nach vorne gerückt (von Platz 142 von 185 Ländern in 2015 auf jetzt Platz 100 von 190). Es ist bei der Verbesserung des Investitionsklimas zum ersten Mal in die Riege der besten 10 aufgestiegen, hat vor allem durch schlankere Beantragungsprozeduren und ein neues Insolvenzverfahren Boden gut gemacht.

Bank- und Kreditwesen

Auch die Tiefe des indischen Finanzmarktes ist für die rasch wachsende Wirtschaft noch zu gering. Banken sind gezwungen, einen hohen, freilich sinkenden Anteil ihrer Aktiva (zurzeit 21,5 Prozent) in Staatspapieren anzulegen und 40 Prozent des Rests für prioritäre Belange (etwa die Landwirtschaft) zu reservieren. Das drückt den Kreditspielraum der übrigen Wirtschaft, insbesondere der Klein- und Mittelbetriebe. Die Unternehmen finanzieren sich stark durch relativ kurzfristige Bankkredite, nicht aber durch Anleihen, die andernorts einen guten Teil des aufgenommenen Kapitals stellen. In der Folge hat die Verschuldung von Betrieben durch kurzfristige Bankkredite deutlich zugenommen.

Die Kapitaldecke dieser Banken ist an sich ausreichend, sie sitzen aber auf einem wachsenden Berg „fauler“ Kredite, für die schon seit über 90 Tagen keine Zinsen entrichtet wurden. Stromverteilungsunternehmen und halbstaatliche Infrastrukturprogramme gehören zu den wichtigsten säumigen Schuldnern. Früher wurden bankrotte Firmen auf Kosten der Gläubiger (zum Erhalt der Arbeitsplätze) lange am Leben gehalten. Seit 2016 erlaubt ein neues Konkursrecht den Gläubigern im Falle des Zinsverzuges die schnellere Einleitung eines Insolvenzverfahrens.

Immerhin hat sich der Anteil von Bürgern mit eigener Bankverbindung durch ein neues, 2014 gestartetes Programm deutlich erhöht. Dies wird es ermöglichen – zusammen mit der Schaffung neuer Bankfilialen bzw. mobiler Bankvertreter, der Erfassung der indischen Bevölkerung durch Identifikationskarten und der nahezu flächendeckenden Verbreitung von Mobiltelefonen –, allen Bürger staatliche Transfers direkt zukommen zu lassen, also Mittelsmänner auszuschließen und die bisherigen Sachsubventionen (etwa für Energie und Lebensmittel) durch Direktzahlungen zu ersetzen, zweifelsohne ein beachtlicher Fortschritt.

Beschäftigungssituation

Wichtiger als der aufgelistete Reformbedarf in Einzelbereichen ist die Tatsache, dass die wirtschaftliche Dynamisierung des Landes nur vergleichsweise begrenzte Breitenwirkung entfaltet hat. Das betrifft vor allem die Beschäftigungssituation: Jedes Jahr drängen ca. zwölf Millionen neue Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt, die Beschäftigungsintensität des Wachstums (also wie viel mehr Arbeitskräfte bei einer bestimmten Wachstumsrate eingestellt werden) ist aber nach den Reformen so weit gefallen, dass eine dauerhafte Steigerung der Wirtschaftsleistung um acht bis zehn Prozent nötig wäre, um die Arbeitslosigkeit nicht steigen zu lassen.



Seit dem Reformprogramm von 2014 verfügen deutlich mehr indische Haushalte über ein Bankkonto. Dies schränkt Möglichkeiten der Korruption und der Steuervermeidung ein. Kunden am 30. Dezember 2016 vor einem Bankschalter in Jammu, Jammu und Kashmir



Arbeitsuchende Personen im März 2012 in Allahabad, Uttar Pradesh. Unqualifizierte Arbeitnehmer finden auf dem Arbeitsmarkt nur schwer eine Anstellung, ...



... gut ausgebildete Arbeitskräfte sind in Indiens Wirtschaft hingegen gefragt. Ingenieure im September 2017 in Noida, einer Vorstadt Neu-Delhis in Uttar Pradesh

Indiens Wachstum ist stark kapitalintensiv und absorbiert im formalen Sektor vor allem gut ausgebildete Arbeitskräfte in Industrie und Dienstleistungen, nicht aber die Masse der Un- und Angelernten. Das hat dazu geführt, dass noch zu viele Arbeitskräfte in der unterproduktiven Landwirtschaft verharren und dass das Wachstum nicht zu einer deutlicheren Verringerung der absoluten Armut geführt hat. Der überwiegende Teil neuer Arbeitsplätze in der Industrie und im Dienstleistungsbereich entstand im informellen Sektor; dieser bietet aber vergleichsweise schlechte Bezahlung und wenig Beschäftigungssicherheit (Zunahme der Leiharbeit) oder bedeutet Scheinselbstständigkeit.

Indien droht bei der Fortsetzung dieser Entwicklung eine dauerhafte Spaltung des Arbeitsmarktes (in privilegierte Arbeitnehmer und den Rest) mit allen dadurch erzeugten sozialen Spannungen. Aus diesem Dilemma gibt es nur zwei Auswege: Entweder man versucht, die Basis arbeitsintensiver industrieller Fertigung deutlich zu verbreitern oder in Indien findet eine wahre Ausbildungsrevolution statt, die das dortige Kompetenzniveau so weit anhebt, dass das Land in der Breite international auch bei technologisch anspruchsvolleren Gütern und Diensten konkurrieren kann. Auf beiden Wegen versucht die jetzige Regierung, Boden zu gewinnen.

12 Millionen auf Arbeitssuche

[...] Jedes Jahr betreten zwölf Millionen junge Menschen den Arbeitsmarkt. Nur zehn Prozent finden in der (staatlichen und privaten) Industrie eine Anstellung. Die große Mehrheit ist im informellen Dienstleistungssektor tätig. Informell ist ein Euphemismus dafür, dass die Menschen meist unterbeschäftigte Gelegenheitsarbeiter sind und auf eigene Faust eine Beschäftigung ausüben, und sei es, auf dem Gehsteig den Passanten das Schmalz aus den Ohren zu entfernen.

Diese Millionen von Menschen sind meist unsichtbar, denn sie fallen noch nicht einmal durch staatliche Auffangnetze und erscheinen so auch nicht in der regulären Arbeitslosenstatistik. So müssten die offiziellen Arbeitslosenzahlen eigentlich überaus hoch ausfallen, da von den jährlich zwölf Millionen Arbeitsmarktneulingen nur etwa 1,5 Millionen einen festen Job erhalten. Das Gegenteil ist der Fall. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen lagen 2014 bei rund sechs Prozent. Dahinter liegt ein definitorischer Trick: Arbeitslos ist nur, wer zuvor bereits für einen Lohn gearbeitet hat – und das haben die wenigsten. Zudem können es sich die meisten Armen gar nicht leisten, arbeitslos zu sein. „In Indien ist Arbeitslosigkeit ein Luxus“, schrieb die Wirtschaftszeitung „Mint“, „denn ein offizieller Arbeitsloser signalisiert damit, dass er genug Geld hat, um für einige Zeit ohne Lohn zu leben.“ [...]

Bisher hatten Politiker immer von Indiens demografischer Dividende geschwärmt: Das große Bevölkerungsbecken der jungen indischen Bevölkerung werde auf Jahrzehnte hinaus die Welt mit arbeitsfähigen Menschen versorgen. Während der Bevölkerungsrückgang in den Industriestaaten zur Überalterung der großen Nationen führt, wird Indiens junge Bevölkerung von 757 Millionen (2010) auf 972 Millionen im Jahr 2030 wachsen und damit Chinas sinkenden Anteil an der Weltbevölkerung überholen. 25 Prozent der Arbeitsbevölkerung weltweit sind dann Inder.

Doch die Definition „arbeitsfähig“ bezieht sich nur auf das Alter der 19- bis 59-Jährigen und nicht auf deren berufliche Fähigkeiten. Nur rund drei Prozent haben eine Berufsschule durchlaufen. Selbst unter den Absolventen der Hochschulen sind heute zwölf Millionen arbeitslos. War es nur Bürokratie und Korruption, die die Auslandsstrategie der Tatas und anderer Firmengruppen erklärten? Oder war es auch der Mangel an ausgebildeten Arbeitern, Technikern und Ingenieuren aus dem eigenen Land? [...]

Die sinkende Arbeitsproduktivität der indischen Landwirtschaft wird auf jeden Fall nicht mehr lange imstande sein, die Millionen von *unemployable youth* mit Gelegenheitsarbeit durchzufüttern. Heute produzieren 150 Millionen Bauern gleich viel Nahrungsmittel wie sechs Millionen Amerikaner. Dies erklärt den Abwanderungssog in die Städte. Aber dort müssen sich 85 Prozent der Arbeitswilligen mit Gelegenheitsjobs durchkämpfen. Denn sie haben nichts vorzuweisen, was ihnen im formellen Sektor der Fabriken, Callcenter und Amtsstuben einen Job verschaffen würde. Es ist eine Arbeit ohne Sozial- und Gesundheitsschutz, ohne Minimallöhne, Ferien und Pensionskasse. „Informelle Arbeit“, so lautete das Urteil des Unternehmers Manish Sabharwal, „ist die Sklaverei des 21. Jahrhunderts.“ [...]

Bernard Imhasly, Indien. Ein Länderporträt, 2., aktual. Auflage, Ch. Links Verlag Berlin 2016, S. 125ff.



Indien hat eine breite Presselandschaft. Die knapp 80 000 registrierten Zeitungen haben 2016 einen Umsatz in Höhe von 4,76 Milliarden US-Dollar erzielt. Aufgrund ihrer niedrigen Preise sind indische Tageszeitungen auch für arme Bevölkerungsschichten erschwinglich. Zeitungskiosk in Mumbai im März 2016

JOACHIM BETZ

Indiens Medienlandschaft

Indiens Medienbereich ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Rundfunk und Fernsehen sind weit verbreitet, die Filmindustrie ist die größte der Welt und trifft auf reges Publikumsinteresse. Dies gilt auch für die breite, auflagenstarke Presselandschaft, die jedoch mit Einschränkungen der Meinungsfreiheit zu kämpfen hat.

Eine freie Medienlandschaft wird nicht zu Unrecht als eine wesentliche Voraussetzung nachhaltiger Demokratie, der Ermächtigung der Bürger und damit auch der Förderung guter Regierungsführung angesehen. Bezüglich der Vielfalt und relativer Freiheit der Medien schneidet Indien vergleichsweise gut ab, auch wenn es bereits verfassungsmäßige Einschränkungen dieser Freiheiten gibt und Vertreter von Gruppen, die sich durch allzu freie Darstellungen provoziert fühlen, mit Einschüchterungsversuchen reagieren.

Die indische Regierung stellt die zweifelsohne gegebene kulturelle Ausstrahlung des Landes denn auch gebührend unter dem Stichwort Soft Power heraus. Der Medienbereich ist zudem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor geworden, sein Umsatz lag 2014 bei etwa 20 Milliarden Euro mit jährlich zweistelligen Wachstumsraten.

Presse

Die Presse Indiens schaut auf eine lange Geschichte zurück. Die erste Wochenzeitung erschien bereits 1780. Ab 1838 entstanden die ersten englischsprachigen Tageszeitungen (*Times of India*, *The Statesman*, *The Hindu*), die heute noch zu den auflagenstarken Blättern gehören. In derselben Zeit entwickelte sich eine landessprachliche Presse. Diese war noch mehr als die genannten Zeitungen scharfer Verfolgung und Zensur durch die Kolonialbehörden ausgesetzt, zumal sie deutlich den Unabhängigkeitskampf zu unterstützen begann.

Nach der Unabhängigkeit gab es keine völlige Pressefreiheit, vielmehr wurde der *Press Trust of India (PTI)* mit der Aufsicht über die Zeitungen betraut. Volksverhetzung etwa oder der Aufruf zur Verletzung von Recht und Ordnung und die Störung der Moral erlaubten die gerichtliche Schließung der entsprechenden Organe. Nach scharfer Kritik an diesen Vorgaben und dem Auslaufen einschlägiger Ausführungsgesetze wurde die Aufsicht über die Presse 1954 dem *Press Council of India* unterstellt, in dem im Sinn der Selbstdisziplinierung der Presse auch Journalisten vertreten sind und der überdies für die gerechte Verteilung knappen Zeitungspapiers und die Kontrolle der Werbung sorgen soll.

Nach der Unabhängigkeit verließen etliche britische Zeitungsverleger das Land und überließen das Geschäft indischen Nachfolgern. Seit dieser Zeit hat die Anzahl, Auflage und Leserschaft von Tages- und Wochenzeitungen relativ wohl mehr als in jedem anderen Land der Welt zugenommen. Im Gegensatz zu den entsprechenden Märkten andernorts expandiert derjenige Indiens weiter. Heute gibt es über 80 000 registrierte Zeitungen (davon etwa 4500 Tageszeitungen) mit einer Gesamtauflage von täglich ca. 200 Millionen. Die indischen Tageszeitungen gehören damit zu den auflagenstärksten weltweit. Im Vergleich dazu fallen Auflagen und Umsatz von Illustrierten deutlich ab.

Spitzenreiter sind die hindisprachigen Tageszeitungen mit Auflagen von bis zu 18 Millionen. Die Auflagen von Zeitungen in den Regionalsprachen liegen darunter, die englischsprachige Presse hat anteilsbezogen Leser verloren, die *Times of India* kommt aber immer noch auf eine Leserschaft von knapp acht Millionen. Verstärkt hat sich durch den Aufstieg der landessprachlichen Organe die Konzentration der Inhalte auf lokale und regionale Themen, wobei Zeitungen deutliche Vorteile etwa gegenüber dem Fernsehen haben. Die Konkurrenz der Zeitungen durch das Internet ist noch moderat, nur etwa zehn Prozent der Nutzer lesen ihre Zeitung täglich online.

Die indische Presse wird – nicht nur von ihr selbst – als eine für ein weniger entwickeltes Land beispiellos plurale, kritische und qualitativ hochrangige Institution angesehen. Es soll aber dennoch auf einige Probleme hingewiesen werden, die das Bild etwas trüben. Indische Tageszeitungen sind extrem billig und können daher mit entsprechenden Einnahmen ihre Kosten nicht im Entferntesten decken, sondern bestreiten diese zu mehr als zwei Dritteln durch Werbung.

Dies hat zum verbreiteten Übelstand „bezahlter Nachrichten“ geführt, also zu Werbung, die sich als Nachricht tarnt und deutliche Rücksicht auf die Werbekunden nimmt. Dies wird gefördert durch Verbindungen (auch finanzieller Art) von Verlegern zu Werbeagenturen. Bezahlte Nachrichten gibt es auch für Parteikandidaten bei Wahlen, in denen de-

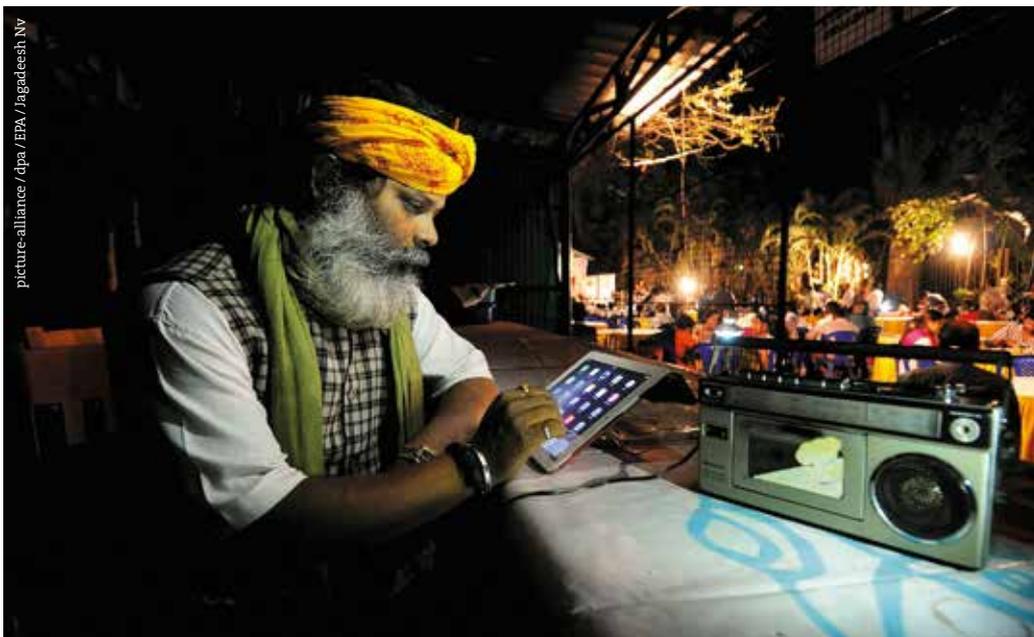
ren Verdienste gebührend herausgestellt werden. Der Kampf um Auflagen und das teure Zeitungspapier fördern das Verfassen sehr kurzer Texte, sie fördern die Trivialisierung und verengen den Spielraum für journalistische Qualität. Nicht verwunderlich ist daher, dass Journalisten in Indien heute wenig vertraut wird.

In Rankings zur Pressefreiheit rangiert Indien auf den hinteren Plätzen. 2017 listete Reporter ohne Grenzen Indien auf Platz 136 von 180 Nationen. Das hat nicht nur damit zu tun, dass Journalisten in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt sind, sondern auch von interessierten Kreisen, wie z.B. der Unterwelt oder den Naxaliten, physisch bedroht werden. Zudem haben sich die Arbeitsbedingungen der Journalisten, die zunehmend wie in Deutschland als freie Mitarbeiter arbeiten, deutlich verschlechtert.

Rundfunk

Die Rundfunkübertragung startete in Indien 1924 mit einem privaten Programm. Der Rundfunk wurde alsbald von der Kolonialherrschaft zum Zweck ihrer politischen Stärkung nationalisiert und von der BBC auf den Stand der Technik gebracht. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit verfügte Indien über sechs Radiostationen und 18 Sender; deren Zahl wurde im Rahmen der Fünfjahrespläne rasch gesteigert.

Die indische Regierung setzte die Tradition des Staatsfunks fort und unterstellte ihn (als Instrument der Entwicklung) direkt dem Informationsministerium. Die Kritik an dieser staatlichen Instrumentalisierung des Rundfunks riss jedoch nicht ab. Trotz der Berichte mehrerer Kommissionen, die eine Autonomie des Rundfunks forderten, änderte sich aber lange nichts, bis ein Urteil des Obersten Gerichts (1995) und ein daraufhin verabschiedetes neues Rundfunkgesetz das Staatsmonopol beendeten. Dieses Gesetz unterband auch vorsorglich den Kauf von Rundfunk- und Fernsehsendern durch Presseunternehmer, erlaubte gleichzeitig aber ausländische



In Indien besitzt beinahe jeder Haushalt ein Radio. Viele der Sender sind zunehmend auch online verfügbar. Tablet- und Radionutzer im Januar 2015 in Bengaluru, Karnataka

Beteiligung am Satellitenfunk und -fernsehen. Damit und mit dem Beginn von UKW-Übertragungen (ebenfalls 1995) erlebte der Rundfunk einen rasanten Aufschwung, trotz gleichzeitig rascher Ausbreitung des Fernsehens.

Heute verfügt nahezu jeder indische Haushalt über Radioempfang. Massiv zugenommen hat vor allem die Anzahl der lokalen Sender, die mit geringer Reichweite nur einen entsprechend kleinen Teil der Bevölkerung versorgen und sich auf die Wiedergabe von Filmmusik und lokalen Nachrichten sowie auf eher jugendliche Hörer konzentrieren. Es gibt zurzeit etwa 800 UKW-Sender in Indien, die zunehmend auch online gehört werden können. Die staatlichen Richtlinien zur Etablierung solcher Sender wurden zunehmend liberalisiert, als Betreiber auch Ausbildungsinstitutionen und Nichtregierungsorganisationen zugelassen.

Fernsehen

Das Fernsehen kam recht zögerlich nach Indien und verdankte seinen Start zunächst der Überlassung entsprechender Ausrüstung durch Philips, die vom *All India Radio* 1959 zur ersten Ausstrahlung genutzt wurde. Premierminister Nehru hielt Fernsehen für entbehrlichen Luxus. Es dauerte lange, bis täglich ein einstündiges Programm ausgestrahlt wurde. Werbung im Fernsehen war zunächst verboten, eine erste Fabrik für die Herstellung von Fernsehgeräten gab es erst 1969.

Indira Gandhi verstand das Fernsehen dagegen als geeignetes Instrument zur Bildung und Beeinflussung der Massen. Während ihrer Regierungszeit wurden Stationen in ganz Indien eingerichtet, das Fernsehen vom Rundfunk getrennt, ab 1976 auch Werbung erlaubt. Zum Massenmedium wurde das Fernsehen aber erst in den 1980er-Jahren. Dazu trugen die Errichtung eines Netzwerkes von satellitengestützter Transmission, der breitere

Raum für Unterhaltungssendungen im Programm und seine Kommerzialisierung sowie die Einführung des Farbfernsehens bei. Die straffe staatliche Kontrolle blieb aber bestehen.

Privates Fernsehen entstand erst 1991 im halblegalen Rahmen, da Television rechtlich noch immer staatliches Monopol war. Star TV mit Sitz in Hongkong begann Sendungen im Gefolge des Golfkrieges auszustrahlen, die über die massiv einsetzende Verbreitung von Satellitenschüsseln empfangen werden konnten. Diese Schüsseln wurden von Privatunternehmern gekauft und gegen Gebühr mit Haushalten verbunden. Damit verlor die Regierung die Kontrolle über das Medium, intervenierte aber aus Angst vor negativen Reaktionen ausländischer Investoren nicht. Die privaten Fernsehgesellschaften sind danach rasch groß geworden und haben sich internationalisiert. So verfügt zum Beispiel Zee TV über 17 internationale und 25 nationale Kanäle. Die privaten Programme werden auch von vielen Auslandsindern gesehen. Indien ist nun nicht mehr nur eine Nation, die mediale Botschaften von anderswo empfängt, es ist der drittgrößte TV-Markt weltweit geworden. Kein globaler Sender kann diesen Markt ignorieren. Die BBC hat 2007 ein spezielles Programm für Indien aufgelegt, Australiens ABC bereits 2006.

Um sich der Konkurrenz der privaten Anbieter zu erwehren, veranlasste die Regierung den staatlichen Fernsehsender (*Doordarshan*), der bislang im Wesentlichen als staatliches Propagandainstrument gedient hatte, zusätzlich fünf Unterhaltungskanäle einzurichten. Diesen war freilich kaum Erfolg beschieden. Im Jahr 1997 erhielt der staatliche Sender auch mehr Autonomie. *Doordarshan* wird seither finanziell kürzer gehalten, der Sender soll sich – über vermehrte Werbeeinnahmen – nun auch am Markt bewähren.

Alle Sender sind in starkem Maß von Werbung abhängig geworden. Das gilt besonders für die privaten Ableger, weil der größte Teil der TV-Gebühren von den Kabelanbietern absorbiert wird, die aber – mangels Registrierung – oft gar nicht wissen, wie viele Kunden sie wirklich haben. Kulturkritisch



Der Fernsehmarkt ist der wichtigste Sektor in Indiens Medienlandschaft. Knapp 64 Prozent der Bevölkerung besitzen Zugang zu einem Fernsehgerät. Parabolspiegel sichern den Empfang von Satellitensendern 2013 in Mumbai.



Indien ist der größte Filmproduzent der Welt. Das Land ist vor allem für seine Hindu-Filme (auch: „Bollywood-Filme“) berühmt, die sich durch bunte Kulissen sowie lange Gesangs- und Tanzeinlagen auszeichnen. Handgezeichnetes „Bollywood“-Plakat, April 2017

wird in Indien vermerkt, dass diese Abhängigkeit von den Einschaltquoten die Programmqualität nachhaltig verschlechtert habe; ständig habe sich der Anteil von Seifenoperen, Quizsendungen und Realityshows erhöht.

Film

Der erste Film wurde in Indien 1896 aufgeführt, drei Jahre später war die erste eigene Produktion fertig. Die indische Filmindustrie hatte lange Zeit einen schwierigen Stand, weil sie bis 1998 nicht den Status einer Wirtschaftsbranche zugesprochen bekam und ihre Produktion daher auch nicht mit Bankkrediten finanzieren konnte. Zudem unterlagen Filme der Zensur, die – wie im Fall der Presse – bereits zur Kolonialzeit bestand und von der Regierung des unabhängigen Indien fortgesetzt wurde. Die durchaus nicht billigen Filme wurden deshalb häufig im Halbdunkel der Geldwäsche, später durch Filmvertriebe finanziert. Davon profitierten aber nur die als erfolgreich angesehenen Streifen. Für als gut befundene Filme gab es zum Teil staatliche Subventionen.

Stars sind der wichtigste Produktionsfaktor indischer Filme und verschlingen etwa die Hälfte der Gesteungskosten. Heutzutage ist es in finanzieller Hinsicht einfacher, Filme in Indien zu produzieren, da eine Beteiligung für privates Kapital zunehmend attraktiv geworden ist. Gründe dafür sind die internationale Verbreitung der Filme, zunehmende Koproduktionen mit ausländischen Filmgesellschaften und steigende Einnahmen aus dem Verkauf dieser Filme (insbesondere in die USA, nach Kanada, Großbritannien und in den Nahen Osten) sowie aus dem Verkauf von Kabel- und Satellitenrechten.

Indien ist mit heute ca. 800 Filmen pro Jahr der größte Filmproduzent der Welt geworden. Der Kinobesuch in Indien ist das Freizeitvergnügen Nr. 1; jeden Tag schauen sich etwa 15 Millionen Besucher einen Kinofilm an, obwohl die Eintrittskarten nicht mehr sonderlich preiswert sind. Es gibt im ganzen Land etwa 13 000 Kinos.

Vorführungen beginnen mit einem staatlich gesponserten Dokumentarfilm, den Hauptteil bilden lange, mit Gesangs-, Kampf- und Tanzeinlagen versehene, oft melodramatische Streifen mit klarer moralischer Botschaft und ohne übertrieben stringente Handlung. Die indische Filmzensur sorgte lange Zeit dafür, dass direkte erotische Darstellungen ausblieben, nur wenig kaschierte Szenen haben Eingang gefunden. Den musikalischen Einlagen kommt entscheidende Bedeutung für den Erfolg eines Filmes zu. Soundtracks sind schon ein bis zwei Monate vor Erscheinen verfügbar und stellen eine wichtige Einnahmequelle der Filmindustrie dar.

Neben diesen traditionellen Hindi-Filmen gibt es Produktionen, die stärker an der Realität orientiert sind und es auch in westlichen Ländern zu Erfolg gebracht haben (etwa „Salaam Bombay“ von 1988 oder „Slumdog Millionär“ von 2008).

Der Anteil der aus Hollywood gezeigten Produktionen in Indien ist mit zehn Prozent sehr gering, deutlich geringer als in China, wenn auch langsam ansteigend. Markterfolg haben nur amerikanische Actionfilme; Dramen und Filmkomödien aus den USA tun sich in Indien ausgesprochen schwer. Ein erhebliches Problem für die indische Filmindustrie war und ist die Produktpiraterie, also die schnelle Kopie urheberrechtlich geschützter Filme. Sie hat auch mit den vergleichsweise hohen Eintrittspreisen und Sätzen der indischen Vergnügungssteuern zu tun, ist allerdings zuletzt durch die rasche Produktion von DVDs etwas zurückgegangen.

Bundesstaaten und Unionsterritorien

	Name	Bundesstaat bzw Unionsterritorium	Hauptstadt	Bevölkerungsreichste Stadt	Fläche (in km ²)	Bevölkerung
1	Andamanen und Nikobaren	Unionsterritorium	Port Blair	Port Blair	8249	379944
2	Andhra Pradesh		Amaravati	Visakhapatnam	275 045	84 665 533
3	Arunachal Pradesh		Itanagar	Itanagar	83 743	1 382 611
4	Assam		Dispur	Guwahati	78 438	31 169 272
5	Bihar		Patna	Patna	94 163	103 804 637
6	Chandigarh	Unionsterritorium	Chandigarh	Chandigarh	114	1 054 686
7	Chhattisgarh		Raipur	Raipur	135 192	25 540 196
8	Dadra und Nagar Haveli	Unionsterritorium	Silvassa	Silvassa	491	342 853
9	Daman und Diu	Unionsterritorium	Daman	Daman	111	242 911
10	Goa		Panaji	Vasco da Gama	3702	1 457 723
11	Gujarat		Gandhinagar	Ahmedabad	196 244	60 383 628
12	Haryana		Chandigarh	Faridabad	44 212	25 353 081
13	Himachal Pradesh		Shimla (Sommer) Dharamshala (2. Hauptstadt im Winter)	Shimla	55 673	6 856 509
14	Jammu und Kashmir		Srinagar (Sommer) Jammu (Winter)	Srinagar	222 236	12 548 926
15	Jharkhand		Ranchi	Jamshedpur	79 716	32 966 238
16	Karnataka		Bengaluru	Bengaluru	191 791	61 130 704
17	Kerala		Thiruvananthapuram	Kochi	38 852	33 387 677
18	Lakshadweep	Unionsterritorium	Kavaratti	Andrott	30	64 429
19	Madhya Pradesh		Bhopal	Indore	308 252	72 597 565
20	Maharashtra		Mumbai	Mumbai	307 713	112 372 972
21	Manipur		Imphal	Imphal	22 327	2 721 756
22	Meghalaya		Shillong	Shillong	22 429	2 964 007
23	Mizoram		Aizawi	Aizawi	21 081	1 091 014
24	Nagaland		Kohima	Dimapur	16 579	1 980 602
25	Nationales Hauptstadt- territorium Delhi (NCT)	Unionsterritorium	Delhi	Delhi	1483	16 753 235
26	Odisha		Bhubaneswar	Bhubaneswar	155 707	41 947 358
27	Puducherry	Unionsterritorium	Puducherry	Puducherry	490	1 244 464
28	Punjab		Chandigarh	Ludhiana	50 362	27 704 236
29	Rajasthan		Jaipur	Jaipur	342 239	68 621 012
30	Sikkim		Gangtok	Gangtok	7096	607 688
31	Tamil Nadu		Chennai	Chennai	130 060	72 138 958
32	Telangana		Hyderabad	Hyderabad		
33	Tripura		Agartala	Agartala	10 486	3 671 032
34	Uttar Pradesh		Lucknow	Lucknow	240 928	199 581 477
35	Uttarakhand		Dehradun	Dehradun	53 483	10 116 752
36	Westbengalen		Kolkata	Kolkata	88 752	91 347 736
Gesamt					3 287 240	1 210 193 422

Quellen:

Auflistung der Webseiten der Staaten: <https://www.india.gov.in/india-glance/states-india>; Statistiken für Fläche, die Hauptstadt, bevölkerungsreichste Stadt: <http://www.census2011.co.in/states.php>; Statistiken für die Bevölkerungsverteilung nach Staat, Männern und Frauen: http://censusindia.gov.in/2011-prov-results/data_files/india/paper_contentsetc.pdf; Statistiken für die Alphabetisierungsrate, Bevölkerungsverteilung und Geschlechterverhältnis: http://censusindia.gov.in/2011-prov-results/data_files/india/pov_popu_total_presentation_2011.pdf

Davon Männer	Davon Frauen	Geschlechterverhältnis (Frauen pro 1000 Männer; Frauen pro Mann)	Alphabetisierungsrate, in Prozent	Alphabetisierungsrate Männer, in Prozent	Alphabetisierungsrate Frauen, in Prozent
202330	177614	878 (1 : 0,878)	86,3	90,1	81,8
42509881	42155652	992 (1 : 0,992)	67,7	75,6	59,7
720232	662379	920 (1 : 0,920)	67	73,7	59,6
15954927	15214345	954 (1 : 0,954)	73,2	78,8	67,3
54185347	49619290	916 (1 : 0,916)	63,8	73,5	53,3
580282	474404	818(1 : 0,818)	86,4	90,5	81,4
12827915	12712281	991 (1 : 0,911)	71	81,5	60,6
193178	149675	775 (1 : 0,775)	77,7	86,5	65,9
150100	92811	618 (1 : 0,618)	87,1	91,5	79,6
740711	717012	968 (1 : 0,968)	87,4	92,8	81,8
31482282	28901346	918 (1 : 0,918)	79,3	87,2	70,7
13505130	11847951	877 (1 : 0,877)	76,6	85,4	66,8
3473892	3382617	974 (1 : 0,974)	83,8	90,8	76,6
6665561	5883365	833 (1 : 0,833)	68,7	78,3	58
16931688	16034550	947 (1 : 0,947)	67,6	78,5	56,2
31057742	30072962	968 (1 : 0,968)	75,6	82,8	68,1
16021290	17366387	1084 (1 : 1,084)	93,9	96	92
33106	31323	946 (1 : 0,946)	92,3	96,1	88,2
37612920	34984645	930 (1 : 0,93)	70,6	80,5	60
58361397	54011575	925 (1 : 0,925)	82,9	89,8	75,5
1369764	1351992	987 (1 : 0,987)	79,8	86,5	73,2
1492668	1471339	986 (1 : 0,986)	75,5	77,2	73,8
552339	538675	975 (1 : 0,975)	91,6	93,7	89,4
1025775	954895	931 (1 : 0,931)	80,1	83,3	76,7
8976410	7776825	866 (1 : 0,866)	86,3	91	89,9
21201678	20745680	978 (1 : 0,978)	73,5	82,4	64,4
610485	633979	1038 (1 : 1,038)	86,5	92,1	81,2
14634819	13069417	893 (1 : 0,893)	76,7	81,5	71,3
35620086	33000926	926 (1 : 0,926)	67,1	80,5	52,7
321661	286027	889 (1 : 0,889)	82,2	87,3	76,4
36158871	35980087	995 (1 : 0,995)	80,3	86,8	73,9
1871867	1799165	961 (1 : 0,961)	87,8	92,2	83,1
104596415	94985062	908 (1 : 0,908)	69,7	79,2	59,3
5154178	4962574	963 (1 : 0,963)	79,6	88,3	70,7
46927389	44420347	947 (1 : 0,947)	77,1	82,7	71,2
623724248	586469174	940 (1 : 0,94)	778454120 (74,04%)	444203762 (82,1%)	334250358 (65,46%)

Weitere hilfreiche Statistiken: http://censusindia.gov.in/2011-prov-results/prov_results_paper1_india.html;
http://censusindia.gov.in/2011-prov-results/data_files/india/pov_popu_total_presentation_2011.pdf

Literaturhinweise

Allgemeines

Joshi, Vijay: *India's Long Road. The Search for Prosperity*, Oxford 2017, 320 S.

Der Autor bietet einen exzellenten Überblick über die wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Reformblockaden in Indien.

Imhasly, Bernard: *Indien. Ein Länderporträt*, 2., aktual. Auflage, Berlin 2016, 208 S.

Kenntnisreich arbeitet der Autor Widersprüche, Probleme und Chancen Indiens heraus.

Politisches System

Hardgrave, Robert L. / Kochanek, Stanley A.: *India. Government and Politics in a Developing Nation*, Boston 2008, 560 S.

Mit einem historischen Schwerpunkt informiert der Klassiker über das politische System Indiens.

Jayal, Niraja Gopal / Mehta, Pratap Bhanu (Hg.): *The Oxford Companion to Politics in India*, Oxford 2010, 552 S.

Dieses Handbuch liefert kritische, meist sehr gute Beiträge zum sozio-ökonomischen Rahmen des politischen Systems, seinen Institutionen, Akteuren, Themenfeldern und den relevanten politischen Konflikten, allerdings kaum Daten.

Wagner, Christian: *Das politische System Indiens. Eine Einführung*, 2. Auflage, Wiesbaden 2016, 295 S.

Ähnlich aufgebaut wie Hardgrave / Kochanek deckt diese Neuauflage alles Wesentliche zum politischen System Indiens ab.

Sozialpolitik

Drèze, Jean / Sen, Amartya: *Indien. Ein Land und seine Widersprüche*, München 2014, 376 S.

Dieses sehr kritische, aber gut informierende Buch befasst sich mit der Sozialpolitik Indiens, auch im Vergleich zu anderen sich entwickelnden Staaten.

Außenpolitik

Debiel, Tobias / Wulf, Herbert: *Indiens BRICS-Politik: Unentschlossen im Club*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 50–51/2013)*, Bonn 2013, S. 30–35. Als PDF verfügbar unter: www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/173808/brics

Malone, David / Mohan, C. Raja / Raghavan, Srinath (Hg.): *The Oxford Handbook of Indian Foreign Policy*, Oxford 2015, 700 S.

Das Handbuch berichtet informativ zu außenpolitischen Ideen, Strategien, allen Handlungsfeldern und Partnern.

Scott, David (Hg.): *Handbook of India's International Relations*, London and New York 2011, 370 S.

Das Buch ist ähnlich aufgebaut und seriös wie Malone/Mohan/Raghavan, hat aber einen stärkeren Schwerpunkt auf den Beziehungen zu einzelnen Ländern.

Wirtschaft

Debroy, Bibek / Tellis, Ashley J. / Trevor, Reece (Hg.): *Getting India Back on Track. An Action Agenda for Reform*, Washington, D.C. 2014, 348 S.

Eine Sammlung ausgezeichneter Beiträge zu den Hauptproblemen indischer Wirtschaftsentwicklung, allerdings ohne Datensätze oder Tabellen.

Medien

Sahay, Uday (Hg.): *Making News. Handbook of the Media in Contemporary India*, New Delhi 2006, 281 S.

Eine Sammlung von Beiträgen bedeutender indischer Medienexperten zeigt, wie Nachrichten in Fernsehen, Presse und Radio aufbereitet und verbreitet werden und wie über Themen z. B. aus Sport, Wirtschaft und Unterhaltung berichtet wird.

Internetadressen

Indien: Zahlen, Daten, Fakten – nützliche Links im Internet

Im Internet finden sich viele Quellen mit frei zugänglichen Daten und Texten zu Indien. Hier einige Beispiele.

Asian Development Outlook 2017

www.adb.org/publications/series/asian-development-outlook

Der *Asian Development Outlook* analysiert wirtschaftliche und entwicklungspolitische Fragestellungen in den sich entwickelnden Ländern Asiens, unter anderem auch Indiens, und wird von der Asiatischen Entwicklungsbank (*Asian Development Bank*) herausgegeben.

Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien im Asienhaus in Köln

www.asienhaus.de/soainfo/suedostasien-informationenstelle/warum-suedostasien-infostelle/

Der Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien möchte die deutschsprachige Öffentlichkeit über die Verhältnisse und Entwicklungen in den Ländern Südostasiens unterrichten, zur Förderung internationaler Gesinnung und zur Durchsetzung der Menschenrechte in der Region beitragen.

Auswärtiges Amt

www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/indien-node

Auf den Seiten des Auswärtigen Amtes finden sich sowohl allgemeine Informationen zu Indien wie aktuelle Reise- und Sicherheitshinweise.

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

www.bpb.de/internationales/asien/indien/

bpb-Dossier zu Indien

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

www.bmz.de/de/laender_regionen/asien/indien/profil.html

Auf der Seite des BMZ finden sich aktuelle Informationen unter anderem zur Entwicklungszusammenarbeit, zu Armut, Wirtschaft, Bildung, Gesundheit und Umwelt.

Census of India

<http://censusindia.gov.in>

Hier sind die Ergebnisse der letzten Volkszählung aus dem Jahr 2011 abrufbar. Unter dem Reiter „*Census Info*“ gelangt man zum „*CensusInfo India Dashboard*“. Hier kann man sich zahlreiche Daten kartografisch oder in Diagrammform darstellen lassen.

Länderprofil Indien

www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Internationales/Land/Asien/Indien.html

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht statistische Länderprofile aller G-20-Staaten. Die international vergleichbaren Daten geben einen Überblick über Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt der einzelnen Länder.

Weltbank, Büro Neu-Delhi

<http://documents.worldbank.org/curated/en/107761495798437741/India-development-update-unlocking-women-s-potential>

Der Bericht der Weltbank befasst sich mit der Lage der indischen Frauen auf dem Arbeitsmarkt und bietet eine Reihe von Statistiken in Grafiken und Tabellen.

GIGA-Institut für Asien-Studien (IAS)

www.giga-hamburg.de/de/giga-institut-für-asien-studien

Das IAS analysiert seit 1956 die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen u. a. in Indien. Thematisch konzentriert sich das IAS aktuell auf die Untersuchung politischer Regime und Parteiensysteme, Konflikte und deren Bewältigung, Migration und Sozialpolitik, Innovation und Direktinvestitionen sowie regionale Führungsmächte. Die Erkenntnisse dienen unter anderem Entschei-

Trägern aus dem privaten und öffentlichen Bereich als bedeutende Wissensquelle.

IMF Country Report India 2017 – Länderbericht des IWF zu Indien

www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2017/02/22/India-2017-Article-IV-Consultation-Press-Release-Staff-Report-and-Statement-by-the-Executive-44670

Trends und umfangreiche statistische Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung Indiens bietet dieser Länderbericht des Internationalen Währungsfonds

UNDP-India (Indisches Büro des Entwicklungshilfeprogramms der Vereinten Nationen)

www.in.undp.org

Auf der Seite findet sich ein recht gutes Länderporträt Indiens, in dem zahlreiche relevante Indikatoren für Indien und für die einzelnen Bundesstaaten dargestellt werden. Zudem werden aktuelle Projekte vorgestellt, teilweise mit kurzen und ansprechenden Videoclips.

Government of India

<http://india.gov.in>

Die offizielle Seite der indischen Bundesregierung bietet zahlreiche allgemeine Informationen über das Land, unter der Rubrik „*India at a glance*“. Wer sich aber für bestimmte Politikbereiche interessiert, wird hier genauso fündig („*topics*“) wie diejenigen, die Daten (über den Kurzlink data.gov.in) oder die Verfassung Indiens (unter „*My Government*“) suchen.

Economic Survey

www.indiabudget.nic.in/index.asp

Detailreich, mit vielen interessanten Schaubildern versehen und für eine Regierungspublikation recht selbstkritisch in Bezug auf weitere Reformbedürfnisse ist der *Economic Survey* des indischen Finanzministeriums.

Economic and Political Weekly

www.jstor.org/action/showPublisher?publisherCode=epw

Die Zeitschrift *Economic and Political Weekly* ist ein Forum des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurses in Indien. Die Beiträge befassen sich mit aktuellen Themen ebenso wie mit grundsätzlichen Fragen der Entwicklung des Landes. Bei JSTOR sind alle Ausgaben, die älter als fünf Jahre sind, kostenlos als PDF erhältlich.

GIZ

www.liportal.de/indien/ueberblick/

Diese Seite bietet landeskundliche Informationen der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Regierungen der Bundesstaaten

www.maharashtra.gov.in

Exemplarisch wird hier die Homepage des Bundesstaates Maharashtra genannt. Die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten bieten in aller Regel Kurzprofile, aktuelle Daten und zahlreiche Berichte, die ebenfalls eine wertvolle Informationsquelle sein können. Nicht alle Homepages sind übersichtlich strukturiert und manchmal bedarf es ein wenig Geduld, bis man zum Ziel gelangt.

Maps of India

www.mapsofindia.com

Wer Karten zu Indien sucht, kommt an „*Maps of India*“ kaum vorbei. Die Karten sind nicht immer von zweifelsfreier Qualität, weil nicht immer nachvollziehbar ist, woher die verwendeten Daten stammen oder welche Kartengrundlage verwendet wurde. Bei entsprechend kritischer Handhabung findet man aber hier zahlreiche Materialien.

Ministry of Statistics and Programme Implementation (MOSPI)

www.mospi.nic.in

Das Internetportal der indischen Regierung erarbeitet und veröffentlicht unter anderem Statistiken der Zentralregierung und der Bundesstaaten zu Wirtschaftsdaten.

The National Institution for Transforming India, NITI Aayog – Nationale Institution für die Transformation Indiens

<http://niti.gov.in/>

Die Nationale Institution für die Transformation Indiens, auch NITI Aayog genannt, ist die führende politische Denkfabrik (*Think Tank*) der indischen Regierung. Sie wurde im Januar 2015 als Nachfolgerin der *Planning Commission* mit dem Ziel gegründet, nachhaltige Entwicklungsziele umzusetzen. Sie berät sowohl die Zentrale wie die Bundesstaaten. NITI Aayog fördert, dass die Staaten gemeinsam im nationalen Interesse zusammenarbeiten und unterstützt daher einen kooperativen Föderalismus.

OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

OECD: Economic Surveys India 2017

www.oecd.org/eco/surveys/INDIA-2017-OECD-economic-survey-overview.pdf

South Aasia Terrorism Portal

www.satp.org

Wer sich mit Terrorismus und Konflikten in Indien und seinen Nachbarstaaten beschäftigen möchte, findet auf dem SATP zahlreiche Materialien, Karten und Hintergrundinformationen. Die Seite ist grafisch nicht besonders ansprechend gestaltet, dafür inhaltlich sehr ergiebig.

Indische Internet-Gemeinschaft in Deutschland

www.theinder.net

theinder.net wurde im Jahr 2000 als Kommunikations- und Informationsplattform sowie Indien-Netzwerk gegründet. Es ist Deutschlands führendes Indien-Portal und wird online herausgegeben von Indien-Netzwerk e.V.

Times of India

www.timesofindia.indiatimes.com

Stellvertretend für die großen englischsprachigen Tageszeitungen in Indien (unter anderem „*The Hindu*“ oder „*Daily News and Analysis*“) wird hier die Seite der „*Times of India*“ genannt. Die meisten indischen Tageszeitungen bieten aktuelle Artikel und Meldungen auf ihren Homepages kostenlos an. Wer sich also über aktuelle Debatten, Wahlausgänge, Konflikte etc. informieren möchte, kann hier auf zahlreiche Materialien zurückgreifen.

Zusammengestellt u. a. nach Carsten Butsch (Universität Köln), in: Geographische Rundschau 1/2015, S. 54

Der Autor

Professor Dr. rer. soc. Joachim Betz, Jahrgang 1946, war Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Asien-Studien des GIGA (*German Institute of Global and Area Studies / Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien*) und ist Prof. emeritus für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg.

Seine fachlichen Schwerpunkte sind Politik und Wirtschaft Südasiens, Verschuldung, Rohstoffpolitik, Globalisierung und Entwicklungsfinanzierung.

Kontakt: betz@giga-hamburg.de

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Peter Schuller

Außenlektorat und -redaktion:

Gabi Gumbel, Mannheim

Redaktionelle Mitarbeit:

Jonas Geweke, Göttingen

Titelbild:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth; unter Verwendung von Fotolia (Boggy, Rawpixel.com); picture alliance (Archiv Peter Ruehe, Bildagentur-online, Bildarchiv Monheim, dpa, dpa-Zentralbild, NurPhoto, Pacific Press Agency, REUTERS, robertharding, TT NEWS AGENCY, ullstein bild, ZUMA Press)

Kartenteil/Kartographie:

mr-kartographie, 99867 Gotha

Anzeige Seite 75:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth

Umschlag-Rückseite:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth; unter Verwendung von plainpicture (Elektrons 08)

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Schwabacher Straße 261, 90763 Fürth

Druck:

apm alpha print medien AG, 64295 Darmstadt

Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:

vierteljährlich

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 450 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

Dezember 2017

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Anforderungen

bitte schriftlich an

Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock

Fax: 03 82 04/66-273 oder direkt bestellen unter www.bpb.de/informationen-zur-politischen-bildung

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0 Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.



Die Länderberichte der bpb-Schriftenreihe:



und demnächst „Kanada“
www.bpb.de/laenderberichte

Neugierig geworden?



Wer mehr über andere Länder erfahren will,
findet Dossiers unter

www.bpb.de/internationales

und die Länderberichte der bpb-Schriftenreihe unter

www.bpb.de/laenderberichte